



LAG·FW



Freie Wohlfahrtspflege in Niedersachsen

Jahresbericht 2022

der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege
in Niedersachsen e. V.

LAG·FW

Jahresbericht 2022

Vorgelegt auf der Sitzung des Vorstandes
der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege
in Niedersachsen e. V. am 21.08.2023 in Hannover



Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	04			
1	Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e.V. – Mitgliederversammlung – Der Vorstand – Verbandsstruktur (Organigramm) – Besondere Aktionen und Pressearbeit	06	4	Jahresbericht der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit Bildung Teilhabe (LAG A B T) in Niedersachsen	61
2	Kurzberichte der Ausschüsse	14	5	Jahresbericht der Niedersächsischen Landesstelle für Suchtfragen (NLS)	66
3	Jahresbericht der Stelle für Soziale Innovation	56	6	Jahresbericht der Landesstelle Jugendschutz (LJS)	73
			7	Anschriftenverzeichnis der Mitgliedsverbände der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e.V.	81

Sozial geht nur gemeinsam.

„Sozial geht nur gemeinsam“ - unter diesem Leitgedanken stand das Jahr 2022 in der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen. Als wir die Jahresplanung 2022 im Dezember 2021 im Vorstand der LAG FW besprochen haben, stand dieses Motto als Zeichen der Solidarität während der Corona-Pandemie. Niemand konnte zu diesem Zeitpunkt ahnen, dass es durch den brutalen und völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 eine ganz andere Bedeutung erlangen würde.

Seit diesem Tag war die Arbeit der LAG FW und seiner 13 Mitgliedsverbände nicht mehr wie vorher. Geflüchtete Menschen aus der Ukraine, nur mit dem zum Leben Nötigsten im Gepäck, erreichten unter anderem das Drehkreuz des Bahnhofs in Laatzen und mussten versorgt werden. Ganze Einrichtungen mit Geflüchteten und ihren Betreuer*innen aus Altenheimen, Jugendhilfeeinrichtungen oder der Behindertenhilfe fragten bei den Wohlfahrtsverbänden Unterstützung an. Und relativ schnell führten die Auswirkungen des Krieges zur Verunsicherung, gerade bei Menschen in prekären Lebenssituationen - wie soll ich die teurer werdenden Energiekosten stemmen? Wo finde ich noch eine Wohnung, die ich mir leisten kann? Wie soll ich die gestiegenen Preise für Lebensmittel bezahlen? Diese Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit rückten mit einer bis dahin nicht gekannten Dringlichkeit in den Fokus unserer Arbeit und unseres politischen Engagements.

Mit diesen Herausforderungen werden immer noch viele der 230.000 Mitarbeitenden der Wohlfahrtsverbände in Niedersachsen und deren 500.000 ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen in mehr als 6.000 Einrichtungen und Diensten konfrontiert - und dies unter den erschwerten Bedingungen einer noch nicht beendeten Pandemie. Während der Pandemie haben nicht nur die Pflegekräfte, sondern auch die vielen Mitarbeitenden in der Eingliederungshilfe, der Jugendhilfe, den Kinder-

tagesstätten und den sozialen Beratungsdiensten tagtäglich Schwerstarbeit und wertvolle Arbeit geleistet.

Daher gilt mein Dank in erster Linie den Fachkräften, die unter diesen schwierigen Bedingungen den Menschen aus anderen Ländern bei der Ankunft hier in Deutschland geholfen haben, eine neue Heimat zu finden, auch wenn diese Heimat gerade für die Geflüchteten aus der Ukraine in vielen Fällen nur zeitlich begrenzt sein wird.

Mein Dank gilt genauso den Fachkräften und sozialpolitisch Verantwortlichen, die sich dafür einsetzen, dass die Menschen, die hier bereits ihre Heimat haben, in den vielen Einrichtungen und Diensten eine gute soziale Versorgung erfahren und weiter erfahren werden.

Die Mitglieder des Vorstandes der LAG FW haben es im Jahr 2022, in dem auch der Landtag in Niedersachsen neu gewählt wurde, besonders als ihre Aufgabe gesehen, bei allen Entscheidungen, Stellungnahmen, Forderungen und in den vielen Gesprächen mit Ministerien, politischen Parteien und weiteren Interessenvertretungen darauf zu achten, dass es am Ende immer darum geht, was vor Ort ankommt, um die Menschen in Niedersachsen zu unterstützen, die unsere Hilfe benötigen.

Dass uns dies auch im Jahr 2022 in der LAG FW gelungen ist, dafür danke ich den Mitgliedern des Vorstandes der LAG FW. Trotz manchen Ringens um unterschiedliche Positionen haben wir immer einen guten Weg des Miteinanders gefunden.

Ich danke aber vor allem den Mitgliedern der Fachausschüsse, der Expert*innenkreise, der Arbeitsgruppen und der Facharbeitsgemeinschaften der LAG FW. Sie unterstützen die Arbeit des Vorstandes durch ihre fachliche Expertise und tragen dazu bei, die brisanten Themen aus den Fachgebieten in die politische Diskussion zu tragen.

Flankiert wurde diese Arbeit durch umfangreiche Veranstaltungen und Maßnahmen, für deren federführende Organisation ich den Mitarbeitenden der Geschäftsstelle der LAG FW herzlich danke.

Beispielhaft waren dies:

- 02.02.2022: Durchführung der Online-Veranstaltung „eSport / Gaming – Fluch oder Segen für die Inklusion?“
- 15.02.2022: Jahresauftakt der LAG FW zum Thema „Die COVID-Pandemie trifft auf Kinderarmut – Wie wir unserer Verantwortung als einer der reichsten Industriestaaten der Welt gerecht werden (müssen)“
- 10.05.2022: Gemeinsame Durchführung des Sozialkongresses 2022 unter dem Titel „Teilhabe durch Innovation? Aktuelle Herausforderungen für den Sozialstaat von Morgen“ mit der Konrad-Adenauer-Stiftung
- 03.05.2022: Digitale Veranstaltung zum Abschlussbericht der Enquetekommission Ehrenamt mit dem Titel „Ehrenamt zu stärken ist unverzichtbar! – Was aus dem Abschlussbericht der Enquetekommission resultieren wird“ u. a. mit Boris Pistorius, Nds. Innenminister
- 17.05.2022: Politischer Sommerempfang mit Ministerpräsident Stephan Weil
- Teilnahme am Bündnis: „Niedersachsen – Gemeinsam durch die Energiekrise“ der Niedersächsischen Landesregierung
- 31.08.2022: Veröffentlichung des Anlagenberichts zur Handlungsorientierten Sozialberichterstattung zum Thema „Kinderarmut“, erstellt vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. in Hannover unter Federführung des FA Soziale Dienste

Sie sind herzlich eingeladen, sich durch die Berichte aus den Ausschüssen, Expert*innenkreisen, Arbeitsgruppen und Facharbeitsgemeinschaften ein Bild zu machen, was in der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen im Jahr 2022 alles bewegt wurde, unter: „Sozial geht nur Gemeinsam“.

Ihr

Marco Brunotte

Vorsitzender



Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V.	07
– Mitgliederversammlung	08
– Vorstand/der Geschäftsführende Ausschuss (GA)	08
– Verbandsstruktur (Organigramm)	09
– Besondere Aktionen und Pressearbeit	10



Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e.V.

In der **Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e.V.** (LAG FW) haben sich insgesamt 13 Spitzenverbände aus dem Bereich

- der **Arbeiterwohlfahrt** (AWO),
- des **Caritasverbandes** (CV),
- des **Deutschen Roten Kreuzes** (DRK),
- des **Diakonischen Werkes** (DW) sowie
- der **Jüdischen Wohlfahrt** (JW) und
- des **Paritätischen Wohlfahrtsverbandes** (PN)

zusammengeschlossen.

Die LAG FW ist zentraler Gesprächspartner für Parlament, Regierung, Behörden, Verbände und Institutionen. Die vielfältigen Aufgaben der LAG FW werden vornehmlich von zwei Organen wahrgenommen, der Mitgliederversammlung und dem Vorstand.

Facharbeitsgemeinschaften und Ausschüsse bereiten Beschlüsse und Stellungnahmen vor. Sämtliche Beschlüsse unterliegen dem Konsensprinzip, d. h. sie werden einstimmig gefasst. Der Vorsitz in der LAG FW wechselt jährlich unter den Verbänden. Die LAG FW unterhält eine Geschäftsstelle in Hannover. Ihr sind die Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen (LJS), die Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen (NLS), die Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit | Bildung | Teilhabe (LAG A | B | T) und die Stelle für soziale Innovation der Freien Wohlfahrtspflege zugeordnet.

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege erkennen Not in der Gesellschaft und begegnen ihr mit menschlicher und professioneller Hilfe. Dazu gehört auch, unbequeme Tatsachen in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu heben. Als kompetenter Dienstleister und sozialer Anwalt definiert sich die LAG FW über folgende Leistungsmerkmale:

- Hilfe für Notleidende
- Hilfen für sozial Benachteiligte Menschen, Kinder und Jugendliche
- Qualitätsmanagement
- Zusammenarbeit mit der »öffentlichen Hand«
- Motor der europäischen Sozialpolitik
- Weltweites Hilfenetzwerk

Freie Wohlfahrtspflege trägt die Mitverantwortung in unserem Land, dass die Menschen die bestmögliche Hilfe dann finden, wenn sie Hilfe benötigen.

Freie Wohlfahrtspflege trägt Mitverantwortung dafür, damit die richtigen Strukturen bereitstehen oder auch neu entstehen, um Menschen richtig und angemessen zu helfen.

Freie Wohlfahrtspflege sichert mit ihren Angeboten und Leistungen auch den sozialen Frieden in unserem Land.

Den Vorsitz in der LAG FW führen die beteiligten Spitzenverbände umlaufend in alphabetischer Reihenfolge durch einen von ihnen benannte(n) Vertreter*in jeweils für die Dauer eines Kalenderjahres.

Entscheidungen, die alle Verbände verpflichten, können nur durch einen einstimmigen Beschluss, der in der LAG FW vertretenen Spitzenverbände gefällt werden.

Im Berichtsjahr 2022 oblag die Federführung der AWO.

Mitgliederversammlung

Die stimmberechtigten Vertreter*innen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen haben im Berichtsjahr 2022 eine Mitgliederversammlung am 12.12.2022 abgehalten.

Vorstand

Der Vorstand hielt im Berichtsjahr eine zweitägige Klausur und elf Sitzungen ab, an denen zur Erörterung spezieller Themen diverse Gäste aus der Politik und dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung sowie dem Kultusministerium teilnahmen.



Marco Brunotte
AWO



Dr. Gerhard Tepe
CV



Dr. Ralf Selbach
DRK



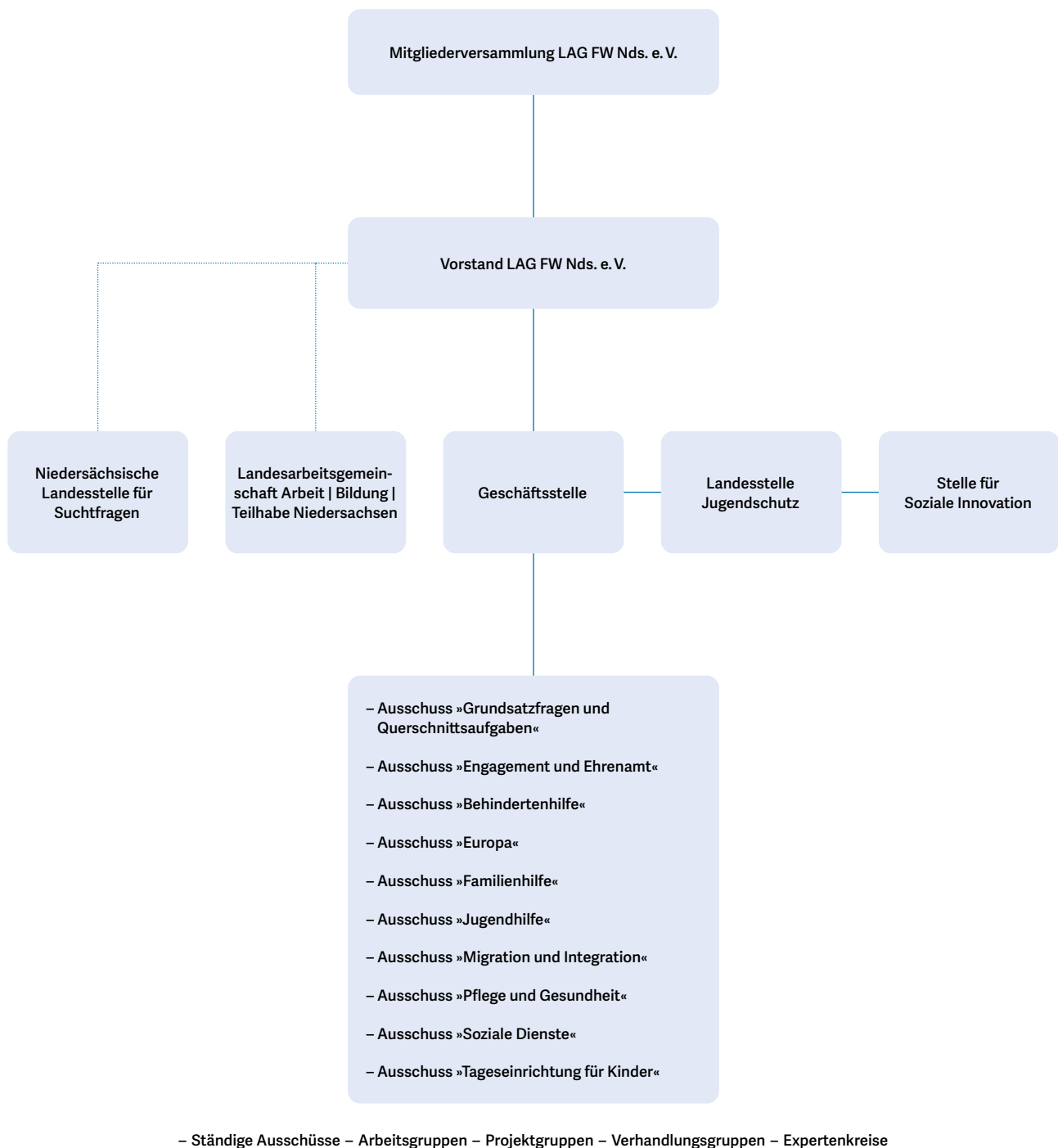
Hans-Joachim Lenke
DW



Michael Grünberg
JW



Kerstin Tack
PN



Besondere Aktionen und Pressearbeit (in chronologischer Reihenfolge)

„Gaming bedeutet für mich Freiheit.“

Am 2. Februar fand die Online-Veranstaltung zum Thema eSport / Gaming - Fluch oder Segen für die Inklusion? Statt. Innenminister Boris Pistorius hat das Grußwort zur gemeinsamen Veranstaltung der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW) zusammen mit dem Forum Artikel 30 UN-BRK / Inklusion in Kultur, Freizeit und Sport gehalten. Ein hochkarätig besetztes Podium diskutierte die Frage „Ist der eSport beziehungsweise das Gaming im Allgemeinen ein Fluch oder ein Segen für die Inklusion?“ unter verschiedensten Aspekten.

Informationsveranstaltung zum Wettbewerb Gute Nachbarschaft

Am 4. Februar fand eine digitale Informationsveranstaltung zum Wettbewerb Gute Nachbarschaft statt bei der der Wettbewerb vorgestellt wurde sowie konkrete Tipps für das Bewerbungsverfahren. Ziel der Veranstaltung war, dass mehr Verbände sich dafür bewerben.

Virtueller Erfahrungsaustausch der Betreuungsvereine

Am 9. Februar fand der virtuelle Erfahrungsaustausch zu den Themen Betreuungsrechtsreform 2023 und Digitalisierung statt. Dort diskutierten die Betreuungsvereine nach den Vorträgen von Barbara Dannhäuser und Sabine Scholz-Howind in vier Arbeitsgruppen die Umsetzung, Chancen und Risiken.

Digitaler Jahresauftakt

Am 15. Februar fand der digitale Jahresauftakt zum Thema „Die COVID-Pandemie trifft auf Kinderarmut – Wie wir unserer Verantwortung als einer der reichsten Industriestaaten der Welt gerecht werden (müssen)“ statt. Dort diskutierten Sozialministerin Daniela Behrens, Dr. Irina Volf, Autor und Aktivist Jeremias Thiel sowie der Vorsitzende Marco Brunotte und sein Stellvertreter Dr. Ralf Selbach das Thema aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln.

Pressemeldung - gegen ein vorschnelles Ende der Testpflicht für Kita-Kinder

In der Pressemeldung spricht sich die LAG FW gegen ein vorschnelles Ende der Testpflicht für Kita-Kinder vor dem Hintergrund der hohen Inzidenzen aus und plädiert stattdessen für eine Synchronisierung der Testpflicht in Schulen und Kitas.

Pressemeldung - Wohlfahrtsverbände in Niedersachsen leisten unbürokratische Hilfe - Runder Tisch in den Kommunen und auf Landesebene ist notwendig

In der Pressemeldung berichten die Wohlfahrtverbände über die unbürokratischen und unkomplizierten Hilfen, die sie für die ankommende vertriebene Menschen aus der Ukraine leisten. Auch wird darauf hingewiesen, dass Geldspenden das beste Mittel für die vertriebenen Menschen sind, um ihnen zu helfen.

Pressemeldung - Auf Worte müssen nun Taten folgen: Beratung des Abschlussberichtes der Enquetekommission Ehrenamt im Niedersächsischen Landtag

Anlässlich der Übergabe des Abschlussberichtes der Enquetekommission des Niedersächsischen Landtages „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ an Landtagspräsidentin Dr. Gabriele Andretta am 11.03.2022, weist die LAG FW auf die große gesellschaftliche Relevanz des Ehrenamtes hin und betont die Notwendigkeit von vielfältiger Unterstützung. Anlässlich der anschließenden ersten Beratungen des Abschlussberichtes betonte die LAG FW, dass die Empfehlungen der Kommission zeitnah umgesetzt und allem voran auch ausfinanziert werden müssen, um eine faktische Verbesserung der Rahmenbedingungen des ehrenamtlichen Engagements in Niedersachsen zu erzielen.

Online-Veranstaltung „Ombudtschaftliche Beratung für junge Menschen und ihre Familien: Rechte kennen, stärken und durchsetzen“

Am 20.04. fand die Online-Veranstaltung zum Thema Ombudtschaft statt. Dabei diskutierten Kathrin Harms, MS, Prof. Dr. Wolfgang Schröer sowie weitere Teil-

nehmer aus der Jugendhilfe in Workshops über die Perspektiven und Strukturen.

Ausschreibung Niedersächsischer Sozialpreises

Die LAG FW hat zum zweiten Mal zusammen mit den Unternehmerverbänden in Niedersachsen dazu aufgerufen, sich für den Sozialpreis zu bewerben. Dieser ist für Unternehmen und Organisationen, die sich sozial engagieren ausgeschrieben. Es gibt zwei Kategorien und zwei Sonderpreise. Schirmherr ist in diesem Jahr Wirtschaftsminister Olaf Lies.

Sozialkongress 2022

Am 10. Mai fand der Sozialkongress zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung unter dem Titel „Teilhabe durch Innovation“ statt. Es wurden die aktuellen Herausforderungen für den Sozialstaat von Morgen für ein soziales Niedersachsen aus verschiedensten Blickwinkeln zusammen und Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann, Zukunftsforscherin Barbara Busse und weiteren Personen aus Politik, Sozialwirtschaft und Zivilgesellschaft diskutiert.

Sommerempfang

Mehr als einhundert Gäste der niedersächsischen Sozialpolitik, darunter zahlreiche Landtagsabgeordnete, kamen am 17. Mai beim Sommerempfang der LAG FW im AWO Pflege- und Gesundheitszentrums Lotte-Lemke-Haus in Hannover-Vahrenwald zusammen. Neben dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil, waren die Niedersächsische Sozialministerin Daniela Behrens, Birgit Honé, Nds. Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung und Heiger Scholz, Staatssekretär im Nds. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, zu Gast.

Online-Info-Veranstaltung zum niedersächsischen ESF-Förderprogramm Soziale Innovation

Am 17. Mai hat die LAG FW das neue niedersächsische ESF-Förderprogramm Soziale Innovation zusammen mit Claudia Vörtmann vorgestellt und aufgezeigt, wie man die Fördermöglichkeiten aktiv nutzen kann.

Digitale Informationsveranstaltung: Angebote und Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration für Vertriebene aus der Ukraine

Am 30. Mai fand eine Digitale Informationsveranstaltung zu den Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration für die aus der Ukraine geflüchteten Menschen, die wir an die Hand geben können, statt. Kai von Hörsten, Rita Thomas, Martin Vahl und Stefan Friedrich informierten zu den relevanten Programmen zur Arbeitsmarktintegration.

Pressemeldung - Wohlfahrtsverbände in Niedersachsen fordern Konzertierte Aktion Kinderbetreuung

Die LAG FW forderte eine Konzertierte Aktion auf Landesebene für die Verbesserung der Rahmenbedingungen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege, da die Corona-Pandemie, der Fachkräftemangel und veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen tiefe Spuren hinterlassen haben. Die guten Erfahrungen der Konzertierte Aktion Pflege Niedersachsen (KAP.Ni) in den letzten Jahren könnten hier ein Vorbild für die Kinderbetreuung sein.

Positionspapier zur Bildungsoffensive für „Hilfskraftpersonal mit landesrechtlich geregelter Assistenz Ausbildung in der Pflege“ in Niedersachsen

Die LAG FW hat Lösungsvorschläge entwickelt, um ausreichend Pflegeassistenzkräfte gewinnen und damit die pflegerische Infrastruktur sicherstellen zu können.

Pressemeldung - DGB und LAG der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen legen Vorschläge anlässlich der Teuerungswelle vor

Die LAG FW und der DGB haben anlässlich der Teuerungswelle gemeinsame Positionen entwickelt, die eine Entlastung für die betroffenen Haushalte sicherstellen und einen wichtigen Beitrag zum sozialen Ausgleich liefern können.

Pressemeldung - „Kinderarmut in Niedersachsen – jedes fünfte Kind ist bedroht“

Ministerin Daniela Behrens und LAG FW stellen die Handlungsorientierte Sozialberichterstattung (HSBN) mit Statistikteil und einem Anlagenbericht der LAG FW vor

Auch im Jahr 2022 stellt die LAG FW wieder einen eigenen Bericht zum Statistikteil des Landes vor. Der Anlagenbericht befasst sich in diesem Jahr mit dem Thema Kinderarmut und ist in Zusammenarbeit mit dem renommierten Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Frankfurt (ISS) erarbeitet worden. Der Bericht zeigt anhand von Zahlen und Fakten ein genaues Bild von Kinderarmut in Niedersachsen und verdeutlicht, dass die Problematik der Kinderarmut kein neues Phänomen ist. Es handelt sich vielmehr um ein strukturelles Problem, das immer noch ungelöst ist, da es zu wenig Beachtung findet.

Techtide

Im Fokus der Panels der LAG FW auf der Techtide 2022 standen die „Chancengleichheit in der digitalen Welt – Der Einsatz von Gamification zur Teilhabe von jungen Menschen“.

Parlamentarischer Abend in Brüssel

Am 29. September fand bei der Vertretung des Landes Niedersachsen bei der EU in Brüssel ein Parlamentarischer Abend mit den Nds. Europaabgeordneten und Akteuren der Freien Wohlfahrtspflege zu den Entwicklungen der europäischen Sozialpolitik statt. Im Mittelpunkt des Parlamentarischen abends standen die europäische Säule sozialer Rechte, dem dazugehörigen Aktionsplan sowie der Erklärung von Porto. Eine der wichtigsten Aspekte war die strukturelle Beseitigung von Armut und ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf „Energiearmut“ als Querschnittsthema gelegt.

Pressemeldung - Änderungen des Infektionsschutzgesetzes für Einrichtungen der Eingliederungshilfe nicht zumutbar

Die LAG FW haben zusammen mit der LAG A | B | T auf die Änderungen des am 16.09.2022 auf Bundesebene beschlossenen Infektionsschutzgesetzes und

die verbundenen Auswirkungen auf Einrichtungen und Dienste der Eingliederungshilfe aufmerksam gemacht. Sie fordern eine sofortige Anpassung der gesetzlichen Regelungen und damit eine Gleichstellung der Menschen mit Behinderungen in Nds., die in einer Werkstatt arbeiten und die - wie alle anderen Arbeitnehmer des allgemeinen Arbeitsmarktes - einen wichtigen Beitrag für unsere Gemeinschaft leisten.

Wahlauf Ruf zur Niedersächsischen Landtagswahl am 9. Oktober

Die LAG FW hat gemeinsam mit vielen Organisation und Verbänden einen Wahlauf Ruf gestartet und alle Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens dazu aufgerufen, sich mit Ihrer Stimme einzumischen.

Pressemeldung - Freie Wohlfahrtspflege fordert: Niedersachsen braucht eine Landesregierung, die Teilhabe in den Mittelpunkt stellt!

Mit einem Forderungskatalog hat sich die LAG FW in die Koalitionsverhandlungen eingebracht und ihre Erwartungen an die neue Landesregierung verdeutlicht.

Pressemeldung - Neue Landesregierung für Niedersachsen: Wer schnell handelt, muss auch schnell liefern!

Die LAG FW fordert eine rasche Umsetzung des Koalitionsvertrages. Erstmalig ist es gelungen, dass die Sozialwirtschaft als wichtiger Wirtschaftsfaktor in Niedersachsen darin Erwähnung gefunden hat.

Niedersächsische Positionen für die Zukunft Europas - zusammen, sozial, gerecht! - Ein gemeinsames Positionspapier des Niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, des Deutschen Gewerkschaftsbunds, der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen und des Landesjugendrings

In dem gemeinsamen Papier wollen das MB, DGB, LJR und LAG FW dazu beitragen, im Sinne einer Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses die soziale Dimension der EU zu stärken, um gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratie und Teilhabe zu

fördern. Außerdem will man damit niedersächsische Interessen und Perspektiven für ein sozialeres Europa einbringen und Ansprüche an ein sozialeres Europa benennen.

Pressemeldung - Studie bestätigt Wert ambulanter Suchthilfe – Jeder Euro für die Suchtberatungsstellen spart der Gesellschaft Folgekosten von 17 € – Aktionstag

Mit dem Aktionstag Suchtberatung soll an möglichst vielen Orten gleichzeitig auf den Stellenwert der Suchtberatungsstellen aufmerksam gemacht und eine breite Öffentlichkeit über die Arbeit und die Angebote der Beratungsstellen informiert werden.

Eine Studie zur Wertschöpfung der ambulanten Suchthilfe bestätigt den hohen gesamtgesellschaftlichen Nutzen der ambulanten Suchtberatung. LAG FW und ihre Facharbeitsgemeinschaft NLS begrüßen die Aussagen zur Sucht- und Drogenberatung im Koalitionsvertrag und die Absicht der neuen Landesregierung, die Sucht und Drogenberatung in Niedersachsen finanziell absichern und ausbauen zu.

Das Onlinezugangsgesetz und sein Einfluss auf die Freie Wohlfahrtspflege (Reloaded)

Die LAG FW lud am 23. November verantwortliche Leitungskräfte zur digitalen Veranstaltung ein, um mehr über das OZG und dessen Umsetzungsprozesse zu erfahren sowie über den Einfluss auf und die Herausforderungen für Ihre Arbeitsfelder zu diskutieren.



Kurzberichte der Ausschüsse und Arbeitsgruppen

Ständige Ausschüsse und Arbeitsgruppen

Ausschuss »Behindertenhilfe«	15
Ausschuss »Engagement und Ehrenamt«	18
Ausschuss »Europa«	21
Ausschuss »Familienhilfe«	24
Arbeitsgruppe Müttergenesung	27
Ausschuss »Grundsatzfragen und Querschnittsaufgaben«	29
Ausschuss »Jugendhilfe«	34
Ausschuss »Migration und Integration«	38
Ausschuss »Pflege und Gesundheit«	40
Ausschuss »Soziale Dienste«	44
Ausschuss »Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder«	52



Kurzbericht des Ausschusses »Behindertenhilfe«

Mitglieder:

Frau Herzog	AWO
Frau von Frieling	CV
Frau Rausch	DRK
Frau Steppat	DW
Herr Steinsiek (Vorsitzender)	PN

Ständige Gäste:

Frau Rinck	LAG A B T
Herr Cuypers	NLS

Aufgaben und Zielsetzungen des Ausschusses

Der Fachausschuss Behindertenhilfe befasst sich mit allen Themen, die die Lebensverhältnisse der Menschen mit Behinderung in Niedersachsen betreffen. Ziel der Arbeit des Ausschusses ist es, dass Menschen mit Behinderung ihre Lebensverhältnisse sukzessive im Sinne einer gleichberechtigten Teilhabe weiterentwickeln können, wie dies die UN-Behindertenrechtskonvention als Ziel formuliert.

Der Ausschuss Behindertenhilfe tagt in der Regel einmal monatlich. Er lädt Gäste zum fachlichen Austausch ein. Seine Mitglieder sind in verschiedene Gremien eingebunden. Hierzu zählen z. B.:

- die Arbeitsgemeinschaft nach dem Niedersächsischen Ausführungsgesetz zum SGB IX
- die AG zur Umsetzung von Bedarfsermittlung Niedersachsen (B.E.Ni)
- der Landesbehindertenbeirat
- der Landesfachbeirat Psychiatrie Niedersachsen
- die Schiedsstelle nach dem SGB XII und SGB IX
- verschiedene Gremien zum Aktionsplan Inklusion des Landes Niedersachsen
- der Runde Tisch schwerstkranker Kinder
- der Jour fixe des Niedersächsischen Kultusministeriums
- der Runde Tisch „Ausbildung Heilerziehungspflege“ des Niedersächsischen Kultusministeriums
- der Runde Tisch „Teilhabe am Vereinssport“
- die AG Hospizarbeit und Palliativversorgung für Menschen mit Behinderung des Landesstützpunkts Hospizarbeit und Palliativversorgung Niedersachsen e. V.
- das Modellprojekt zur Erleichterung von Übergängen aus Tagesförderstätten in das Eingangsverfahren einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung

Für die Verhandlung der Landesrahmenverträge nach § 131 SGB IX wurde eine Verhandlungsgruppe eingesetzt. Diese besteht aus

- Julia Weber (AWO),
- Stefanie von Frieling (CV),
- Uta Rausch (DRK),
- Marianne Steppart (DW) und
- Eduard Schellenberg (PN).

2. Schwerpunktthemen des Jahres 2022

Mit dem Bundesteilhabegesetz wurde ein Bundesgesetz mit der Zielsetzung der Selbstbestimmung und Teilhabe für Menschen mit Beeinträchtigungen im Jahr 2017 verabschiedet. An verschiedenen Stellen wird die Umsetzung koordiniert. Im Rahmen der Landesrahmenvertragsverhandlungen wurden zu verschiedenen Themen sowohl für den Bereich „Kinder und Jugendliche“ als auch für den Bereich „Erwachsene“ Unterarbeitsgruppen für die Verhandlung eingerichtet. Als Erfolg kann gewertet werden, dass es gelungen ist, eine einheitliche Vereinbarung für den Bereich „Assistenz beim Wohnen“ zu vereinbaren, die nun sukzessive umgesetzt werden.

Zielsetzung ist, weitere Leistungen für Menschen mit Behinderung personensorientiert weiterzuentwickeln. Dabei spielt es für den Fachausschuss Behindertenhilfe eine große Rolle, dass auch Menschen mit einem höheren (Leistungs)Bedarf adäquate Leistungen erhalten.

Auf der Grundlage des Bundesteilhabegesetzes wurde das Bedarfsermittlungsinstrument B.E.Ni (Bedarfs-ermittlung Niedersachsen) entwickelt und in Niedersachsen eingeführt. Im 2. Halbjahr 2022 wurden die Ergebnisse der Evaluierung durch das Niedersächsische Sozialministerium vorgelegt. Der Fachausschuss Behindertenhilfe hat an der Vorstellung des Evaluationsberichts teilgenommen und eine Arbeitsgruppe mit Praktiker*innen gegründet, die sich mit dem Ergebnis und der derzeitigen Situation in Niedersachsen beschäftigen.

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichten Bund, Länder und Kommunen, ihre Verwaltungsleistungen auch digital anzubieten und diese über ein Portal miteinander zu verknüpfen. Niedersachsen ist in der Umsetzung für den Bereich Gesundheit zuständig. Hierzu zählen auch die Leistungen für Menschen mit Beeinträchtigungen. Der Fachausschuss hat sich im Jahr 2022 mit der Umsetzung von Leistungen für Menschen mit Behinderung beschäftigt und war als Testuser auch bei der Erarbeitung der digitalen Anträge beteiligt. Dabei war es dem Ausschuss wichtig, dass es eine hohe Zugänglichkeit für möglichst viele Menschen gibt.

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die im März 2009 in Deutschland in Kraft getreten ist, verpflichtet den Staat u. a. dazu, wirksame und zielgerichtete Maßnahmen zu ergreifen, um die Rechte der Konvention einzuhalten und umzusetzen. In Niedersachsen wurden mittlerweile drei Aktionspläne aufgestellt. Der Fachausschuss war über diverse Gremien sowohl an der Aufstellung wie auch an der Erfolgskontrolle beteiligt. Im Jahr 2022 wurde der Aktionsplan wissenschaftlich evaluiert. Das Ergebnis der Evaluierung wurden Ende des Jahres vorgestellt.

Auch im Jahr 2022 hat die Corona-Pandemie weiterhin eine hohe Bedeutung für den Bereich Behindertenhilfe gehabt. Die Impfpflicht für Menschen, die in diesem Bereich tätig sind, hat für die Organisationen eine große Herausforderung dargestellt. Darüber hinaus gab es durch den allgemein hohen Krankenstand große Anstrengungen, um die Leistungserbringung sicherzustellen.

Ein weiteres wichtiges Thema war 2022 die Kostenentwicklung. Der Fachausschuss Behindertenhilfe hat sich dabei für eine auskömmliche Refinanzierung der Leistungen eingesetzt.

3. Ausblick / Herausforderungen für 2023

Im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung sind Aussagen getroffen worden, die für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung wichtig sind. Hier erwarten wir neue Impulse. Uns ist dabei z. B. die Schulgeldfreiheit in der Heilerziehungspflege und die Weiterentwicklung der Tagesbildungsstätten wichtig.

Darüber hinaus wird auch im Jahr 2023 die Weiterentwicklung der Leistungen für Menschen mit Beeinträchtigungen im Sinne von mehr Personenzentrierung eine große Rolle spielen. Die Arbeit der Unterarbeitsgruppen zum Landesrahmenvertrag wird weitergeführt.

Mit den Erkenntnissen aus dem Ergebnis der Evaluation des Aktionsplans Inklusion wird im Jahr 2022 ein neuer landesweiter Aktionsplan aufgestellt, an dem wir uns beteiligen werden. Darüber hinaus werden wir die Umsetzung der Maßnahmen des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes begleiten. Hier geht es z. B. um das Landeskompetenzzentrum zur Barrierefreiheit, aber auch um die Umsetzung der Teilhabekonferenzen und Teilhabeberichte auf kommunaler Ebene.

Die Angebote für Menschen mit Beeinträchtigungen dürfen dabei aufgrund der derzeitigen Kostenentwicklung nicht gefährdet werden. Daher werden wir uns auf diesen Punkt auch weiterhin konzentrieren.

gez. Frank Steinsiek
Vorsitzender

Kurzbericht des Ausschusses »Engagement und Ehrenamt«

Mitglieder:

Frau Brandt (Vorsitzende)	AWO
Frau Krawczyk-Balon	CV
Frau Voltmer	DRK
Frau Altenhofen	DW
Herr Hennies	PN

Ständiger Gast:

Herr Hensel	AWO
-------------	-----

Aufgaben und Zielsetzung des Ausschusses

Der Ausschuss Engagement und Ehrenamt berät und nimmt Stellung zu aktuellen Fragen der verschiedenen Formen des freiwilligen Engagements.

Schwerpunkte und Aktivitäten 2022

Selbsthilfe in Niedersachsen

Ob sie selbst oder Angehörige betroffen sind; bei diversen Problemlagen der Gesundheitsvorsorge und der Bewältigung von krankheitsbedingten, krankheitsauslösenden und belastenden Lebenssituationen profitieren Menschen aller Altersgruppen von der Vielzahl der Selbsthilfegruppen in Niedersachsen.

Auf Grundlage des § 20 c SGB wurde im Berichtszeitraum eine neue Geschäftsordnung für die Förderung der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe aufgelegt. Diese sieht seither in der Anlage zu § 2 Zusammensetzung der Vergabesitzung unter den beratenden Mitgliedern zum Förderbereich der Selbsthilfeorganisationen keine Beteiligung mehr der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege vor.

Trotz der Forderung der LAG FW, dass die Aufnahme von mindestens eines*r Vertreters*in der LAG FW als beratendes Mitglied auf der Förderebene der Selbsthilfeorganisationen möglich sein sollte, findet fortan der „Runde Tisch Selbsthilfe“ der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV) in Niedersachsen ohne offizielle Vertreter*in der Freien Wohlfahrtspflege statt. Viele Jahre stellte diese eine konstruktive Beteiligung bei der jährlichen Diskussion über das künftige Förderverfahren und über die Grundsätze zur Selbsthilfeförderung sicher. Daher muss langfristig sichergestellt werden, dass die freie Wohlfahrtspflege wieder beim „Runden Tisch Selbsthilfe“ an der Vergabe der Fördermittel für

die Selbsthilfeorganisationen mit einer eigenen Vertretung am Tisch sitzt.

Im Rahmen des Jahresberichts 2022 des Niedersächsischen Landesrechnungshofes wird die Förderung der Kontakt- und Informationsberatungsstellen, wiederholt nach einer Prüfung im Jahr 2002, scharf kritisiert und eine konzeptionelle Neugestaltung in Form eines Erlasses einer Förderrichtlinie gefordert. Das Niedersächsische Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (MS) hat bereits einen solchen Erlass sowie eine umfassende Evaluation der bisherigen Förderung angekündigt. Eine Umfrage durch das MS unter den Selbsthilfekontaktstellen befindet sich aktuell in der ministeriellen Auswertung.

Beide Aufgaben sind für die weitere Finanzierung der Selbsthilfe von zentraler Bedeutung und erfordern eine enge Abstimmung unter den Wohlfahrtsverbänden sowie eine Struktur, die ein vorausschauendes und produktives Arbeiten unterstützt und fördert. Angesichts dieser Herausforderungen und dem bestehenden Wunsch des Fachausschusses wie auch der Vertreter*innen aus der Selbsthilfe nach einem eigenen Gremium, wurde vom Vorstand der LAG FW die Einrichtung eines „Expertenkreises Selbsthilfe“ befürwortet. Der Expertenkreis wird eigenständig, aber gleichzeitig weiterhin eng angebunden mit dem Fachausschuss zusammenarbeiten und sich gezielt auf die Beratungsaufgabe nach § 20 h SGB V konzentrieren.

Freiwilligenagenturen

Unter dem Dach der Verbände der LAG FW befinden sich 23 Freiwilligenagenturen. Die Interessen der Agenturen wurden im Rahmen der Erarbeitung des Abschlussberichtes zur Enquetekommission zur „Verbesserung der Rahmenbedingungen ehrenamtlichen Engagements“ umfangreich vertreten. Die Kommission hat die Bedeutung der Arbeit der Agentur besonders hervorgehoben und wertgeschätzt. Gerade fluide Engagementformen werden durch die Agenturen sinnvoll gefördert. Auch besteht darüber hinaus ein enger Austausch mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (LAGFA).

Das Niedersächsische Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (MS) hat die Förderkulisse für die Agenturen angepasst. Insgesamt ist die monetäre Förderung pro Agentur allerdings aufgrund der grundsätzlich als positiv zu bewertenden steigenden Anzahl von Freiwilligenagenturen gesunken. Die Enquetekommission hat eine landesseitige Erhöhung der Förderung angeregt und appelliert an die Kommunen, sich ebenfalls an der Grundfinanzierung der Agenturen zu beteiligen.

Niedersachsen-Ring

Die LAG FW Niedersachsen e. V. ist Mitglied im Niedersachsen-Ring, dem Landesbeirat zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Die LAG FW nimmt über den Fachausschuss Engagement und Ehrenamt ihre Vertretung wahr.

Im Zuge der Ergebnisse der Enquetekommission – Engagementstrategie zur Stärkung des Ehrenamtes in Niedersachsen - wurden die regulären Sitzungen des Niedersachsen-Rings ausgesetzt. Im Sinne der Ergebnisse der Enquetekommission traf sich eine AG zur Neustrukturierung. Für die Vertretung der LAG FW gab es keine Möglichkeit der Beteiligung. Der Fachausschuss nutzte die Sitzung unter Beteiligung eines Vertreters des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, um auf die klaren Aussagen im Koalitionsvertrag wie auch im Bericht der Enquetekommission bezüglich der Rolle des Niedersachsen Rings hinzuweisen. Bezüglich der Neustrukturierung des Niedersachsen-Rings hat der Fachausschuss eigene Überlegungen konzipiert, die in den weiteren Beratungsprozess einfließen sollen.

Ausblick / Herausforderungen für 2023

Das Modellprojekt „FSJ in der Pflege“, dass vor zwei Jahren unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie gestartet ist, wird in 2023 - unter dann hoffentlich endemischen Bedingungen - ins dritte Jahr geführt. Das „FSJ in der Pflege“ greift das dringende Thema der Nachwuchsgewinnung für die Ausbildung

in der Pflege auf. Junge Erwachsene, die individuelle Beeinträchtigungen haben oder soziale Benachteiligungen erfahren, absolvieren das FSJ in der Pflege mittels gezielter individueller Begleitung.

Die Verlängerung des Projektes ist aufgrund der derzeitigen Lage ein notwendiger und zudem politischer Wille. Der Fachausschuss wird auch im kommenden Jahr eine enge Verzahnung mit dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, der Universität Hildesheim und dem Expertenkreis FSJ pflegen, um das Projekt weiter zu fördern und zu begleiten.

Eine weitere zentrale Aufgabe wird die enge Begleitung der Umsetzung der Ergebnisse der Enquetekommission, die sowohl in einem fraktionsübergreifenden Antrag (Drs. 18/11648) als auch im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen vereinbart wurde. Im Rahmen der Arbeit an einer niedersächsischen Ehrenamtsstrategie muss eine Beteiligung der Freien Wohlfahrtspflege unbedingt sichergestellt werden, um diesen Prozess organisatorisch wie inhaltlich im Sinne der vielen Engagierten mitzugestalten.

Der Vertreter der LAG FW hat in der Position als einer der elf Sachverständigen aktiv Beiträge in die Enquetekommission eingebracht und auch nach dem Erscheinen des Abschlussberichts in zahlreichen Veranstaltungen die Bekanntmachung der Enquete-Ergebnisse unterstützt. Um die Wichtigkeit der Umsetzung der Enquetekommissions-Ergebnisse zu unterstreichen, initiierte die LAG FW am 03.05.2022 eine digitale Veranstaltung mit dem Titel „Ehrenamt stärken ist unverzichtbar!“

Zahlen und Fakten

Rund 500 000 Menschen engagieren sich ehrenamtlich in unterschiedlichen Funktionen und Aufgaben bei den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen.

Unter dem Dach der Verbände der LAG FW befinden sich 23 Freiwilligenagenturen sowie 33 Selbsthilfekontaktstellen und 75 Selbsthilfeorganisationen.

gez. Anne Brandt
Vorsitzende

Kurzbericht des Ausschusses »Europa«

Mitglieder:

Frau Garves	AWO
Frau Krawczyk-Balon (Vorsitzende)	CV
Herr Klotzbücher	DRK
Frau Wiglinghoff	DW
Herr Walter	PN

Ständige Gäste:

Frau Schmieta /	Stelle für Soziale
Frau Kuhlmann	Innovation
Herr Uhlen	Mitglied im ELER-
	Begleitausschuss
Herr Kühn	Mitglied im
	Begleitausschuss
	(BGA)

Aufgaben und Zielsetzung des Ausschusses

Der Fachausschuss Europa berät und nimmt Stellung zu Entwicklungen in der Europäischen Politik, die Auswirkungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene haben. Thematische Schwerpunkte sind dabei die Bereiche Daseinsvorsorge, Soziales, Beschäftigung, Armutsbekämpfung, Antidiskriminierung, Klimaschutz, demografischer Wandel sowie EU-Beihilfepolitik. Ein Fokus der Arbeit liegt auf der strategischen Begleitung und Umsetzung der EU-Strukturfonds auf Landes- und kommunaler Ebene.

Der Fachausschuss arbeitete eng zusammen mit der Stelle für Soziale Innovation (siehe Kurzbericht Stelle für Soziale Innovation).

Schwerpunkte und Aktivitäten 2022

Kohäsionspolitik in Niedersachsen – Förderperiode 2021 bis 2027

Der Ausschuss hat sich im Jahre 2022 intensiv mit der Ausrichtung und der zukünftigen Umsetzung der Strukturfonds 2021 - 2027 in Niedersachsen befasst. Die Strukturfonds (EFRE und ESF+) sind durch neue Schwerpunkte, wie Sicherung und Aktivierung von Nachwuchs- und Fachkräftepotenzialen, Stärkung von Bildung und Ausbildung, gesellschaftliche Teilhabe sowie Entwicklung sozialer Innovationen zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen definiert. Verglichen mit der Förderperiode 2014 - 2020 treten die Schwerpunkte „Green Deal“ und „Europäische Säule sozialer Rechte“ stärker in den Vordergrund. Neu ist auch der Schwerpunkt eines „bürgernäheren Europas“. Wichtiges Anliegen in der neuen Förderperiode ist die Kontinuität der Vereinfachung, wie Pauschalisierung oder vereinfachte Standardeinheitskosten für Personalausgaben.

Runder Tisch „Soziales Europa“

Das Niedersächsische Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung hat gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Landesjugendring und der LAG FW einen Runden Tisch „Soziales Europa“ initiiert. Hierzu wurde ein Positionspapier erarbeitet. Der Runde Tisch fokussiert sich auf die niedersächsische Perspektive eines sozialen Europas. Die Aktivitäten des Runden Tisches werden unter aktiver Beteiligung der LAG FW in 2023 fortgesetzt.

Begleitausschüsse

Über die Durchführung des Multifondsprogramms (EFRE / ESF+) „wacht“ in Niedersachsen ein Begleitausschuss (BGA). In der Förderperiode 2021 - 2027 ist die LAG FW durch Frau Krawczyk-Balon (Caritas) und Frau Imke Schmieta (Geschäftsstelle) vertreten. Die LAG FW ist auch in den Unterausschüssen Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung sowie Nachhaltige Entwicklung vertreten mit Frau Garves (AWO) und Herr Walter (Paritätischer). Die LAG FW wird auch im regionalen Begleitausschuss KLARA 2023 - 2027 vertreten. Vertreter*innen zeichnen sich durch eine aktive und konstruktive Beteiligung aus und sind somit verlässliche Partner der Politik und Verwaltung.

Zusammenarbeit auf Bundesebene

Auf Bundesebene veranstalteten die Fachausschussmitglieder eine digitale Austauschrunde zur niedersächsischen Richtlinie „Soziale Innovationen“ im ESF+. Die Vertreter*innen der LAG FW in den Begleitausschüssen waren auch in der Arbeitsgruppe Strukturfonds bei der BAG der Freien Wohlfahrtspflege aktiv (jährlich je eine Sitzung in Berlin und in Brüssel). Es wurden Gespräche mit Vertreter*innen des Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), der Europäischen Kommission sowie mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MdEPs) geführt.

Darüber hinaus hat Herr Uhlen die niedersächsischen Erfahrungen mit der ELER-Umsetzung in die AG Strukturfonds eingebracht.

Arbeitsaufenthalt in Brüssel

In der Zeit vom 26. - 28. September 2022 fand ein Arbeitsaufenthalt des Vorstands und des Fachausschusses der LAG FW in Brüssel statt. Im Mittelpunkt standen die aktuellen Entwicklungen der europäischen Sozialpolitik. Im Programm standen Begegnungen mit dem Europäischen Parlament (Frau Lena Düpont MdEP), der Europäischen Kommission, der Generaldirektion Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Integration (Herren Egbert Holthuis und Valentin Hillen), dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (Herren Krzysztof Balon und Thomas Kattinig, Berichterstatter der Stellungnahme über Ko-Kreation sozialer Dienste durch Freie Wohlfahrtspflege) sowie mit Herrn Gregor Tomschizek, Präsident des Verbandes der Europäischen Sozialarbeitgeber wie auch mit Frau Dr. Marta Barandiy, Präsidentin von Promote Ukraine. Gemeinsam mit der Niedersächsischen EU-Vertretung wurde am 27.09.2022 ein parlamentarischer Abend unter dem Motto „Für ein nachhaltig soziales Europa: „Armut bekämpfen, Inklusion fördern, Energiepolitik gerecht gestalten“ unter der Beteiligung von Frau Katrin Langensiepen MdEP, stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, veranstaltet.

Europäische Bewegung Niedersachsen e. V.

Seit 2019 ist die LAG FW aktives Mitglied der Europäischen Bewegung Niedersachsen. Das Netzwerk setzt sich für die Förderung des europäischen Gedankens in Niedersachsen, für die Förderung der grenzüberschreitenden Kooperation sowie für die Vertretung der Interessen der Zivilgesellschaft ein. Frau Krawczyk-Balon vertritt dort die LAG FW.

Ausblick / Herausforderungen für 2023

Die größte Herausforderung im Jahre 2023 ist nach wie vor die Neuausrichtung der EU-Strukturfonds in Niedersachsen. Die Absenkung der Interventionssätze sowohl in den stärker entwickelten Regionen (SER) als auch in der Übergangsregion (ÜR) Lüneburg stellt viele Träger*innen vor finanzielle Schwierigkeiten.

Hierzu kommen die zu erwartenden starken Gehaltssteigerungen, verursacht durch die hohen Inflationsraten. Eine weitere Herausforderung bildet die Rolle von EFRE und ELER beim Klimaschutz. Diese Faktoren erschweren auch die Beratung zu Fördermöglichkeiten in den Programmen des Landes und des Bundes.

Für die europapolitischen Aktivitäten der LAG FW werden 2023 darüber hinaus u. a. Verbesserung der Rahmenbedingungen der Sozialwirtschaft, EU-Pflegestrategie, Armutsbekämpfung und Europäische Kindergarantie sowie grenzüberschreitende faire Anwerbung von Fachkräften von großer Bedeutung sein. Eine besondere Rolle wird auch die durch russische Aggression verursachte Migration aus der Ukraine spielen (berufliche und gesellschaftliche Integration).

Zahlen und Fakten

Über 70 % der deutschen Gesetzgebung hat ihren Ausgangspunkt in der Europäischen Politik. Viele europapolitische Themen sind relevant für die Freie Wohlfahrtspflege, wie beispielsweise die Ausgestaltung der EU-Beihilfepolitik.

Aktuell werden auf der Landesebene im EFS+ elf und im EFRE drei Förderprogramme geplant, welche für die Freie Wohlfahrtspflege von Interesse sind. Auf der Bundesebene geht es um 28 Förderprogramme im ESF+ sowie um weitere EU-Förderprogramme, insbesondere AMIF, Erasmus+, REACT-EU und ELER.

gez. Agnieszka Krawczyk-Balon
Vorsitzende

Kurzbericht des Ausschusses »Familienhilfe«

Mitglieder:

Frau Dörlitz (Vertretung Vorsitzende)	AWO
Frau Dallmöller	CV
Frau Klapp	DRK
N.N.	DW
Frau Plinke	PN

Aufgaben und Zielsetzung des Ausschusses

Der Ausschuss Familienhilfe befasst sich mit Themen und Fragestellungen rund um den Bereich Familie, einschließlich der Themenbereiche häusliche Gewalt / Gewalt in sozialen Nahbeziehungen, Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung, Familienbildung und -beratung, Mütter- und Familienzentren sowie Mehrgenerationenhäuser und Familienerholung u. v. m. In diesem fachlichen Zusammenhang beteiligt er sich über seine Ausschussmitglieder an Gremien, themenbezogenen Arbeitsgruppen und Gesprächen. Im Rahmen von Verbandsanhörungen bereitet der Ausschuss fachliche Stellungnahmen vor. Der Ausschuss hat sich im Jahr 2022 fünfmal digital getroffen. Zum Ausschuss Familienhilfe gehört die Arbeitsgruppe Müttergenesung.

Schwerpunkte der Aktivitäten 2022

Das Jahr 2022 war durch die anhaltende Corona-Pandemie und deren Folgen, den Krieg in der Ukraine und die Energie- und Preissteigerungen geprägt. Die Auswirkungen dieser aktuellen Ereignisse auf die Familien sowie die Einrichtungen und Dienste spiegelten sich entsprechend auch im Austausch des Ausschusses Familienhilfe wider. Ein weiteres Thema, das Niedersachsen im Jahr 2022 prägte, war die Landtagswahl im Herbst. Wie die anderen Ausschüsse der LAG FW, befassten sich auch die Mitglieder des Ausschusses Familienhilfe mit Themen rund um die Wahl sowie mit dem Koalitionsvertrag der neu gewählten Landesregierung. In diesem Zusammenhang hat der Fachausschuss u. a. darauf hingewiesen, dass die Angebote für Familien mit Kindern unter drei Jahren ausgebaut und finanziell abgesichert werden sollten. Auch Themen wie der Fachkräftemangel, Inklusion und Teilhabe sowie Digitalisierung im Bereich der Familienbildung

und -unterstützung sind zu berücksichtigen. Neben diesen übergeordneten Themen waren einzelne inhaltliche Schwerpunkte des Ausschusses:

Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung

Im Jahr 2022 wurde der Gesprächsprozess durch den Ausschuss Familienhilfe und Experten*innen aus den Verbänden mit dem zuständigen Referat im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung bezüglich der Schwangeren- / Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen fortgeführt. Hintergrund ist, dass bereits im vergangenen Jahr mit einem Schreiben an das Sozialministerium auf notwendige Verbesserungen in der landesseitigen Finanzierung der Beratungsstellen hingewiesen wurde, woraufhin ein gemeinsamer Dialog startete. Im Zuge dessen fanden mehrere Gespräche statt und neben den anfänglichen Forderungen wurden durch die Verbände umfangreiche Informationen zu Themen, Tätigkeiten, Kompetenzen und Qualifikationsanforderungen der Schwangeren- / Schwangerschaftskonflikt- und Sexualberatung in Niedersachsen eingebracht. Diese sollen nun in eine durch das zuständige Referat angestrebte Novellierung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Nds. AG SchKG) einfließen. Der Ausschuss Familienhilfe und die Expert*innen aus den Verbänden werden weiterhin mit dem Ministerium in Kontakt treten, um auf eine zeitnahe Verbesserung hinzuwirken.

Hilfe und Schutz für von Gewalt betroffene Frauen

Anfang Februar trat rückwirkend zum 01.01.2022 die neue „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind“ des Landes Niedersachsen in Kraft. Im Rahmen der Richtlinie erhalten Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Beratungsstellen bei sexuellem Missbrauch sowie Beratungs- und Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt (BISS) eine anteilige Finanzierung des Landes Niedersachsen. Im Rahmen einer Abfrage unter den Trägern und Einrichtungen der Mitgliedsverbände wurde deutlich, dass sich die Umstellung der Finanzie-

rungssystematik der neugestalteten Richtlinie unterschiedlich auf die Einrichtungen und Dienste auswirkt. Für einige verbesserte sich die Landesförderung, bei anderen blieb sie gleich und bei wieder anderen entstanden große Defizite, wobei zum Teil nicht klar war, wie diese unmittelbar aufgefangen werden sollten. Der Ausschuss Familienhilfe erarbeitete ein Schreiben an das zuständige Referat im Sozialministerium, um auf die Situation hinzuweisen. Er wird sich auch weiterhin mit der (Landes-)Finanzierung der Frauengewaltschutzeinrichtungen auseinandersetzen, um auf Verbesserungen hinzuwirken. Denn noch immer gibt es keinen Rechtsanspruch auf Schutz oder Hilfe und es fehlt bundes- und landesweit an bedarfsentsprechenden, einheitlichen und gesicherten (finanziellen) Rahmenbedingungen für die wichtigen Schutz- und Beratungseinrichtungen.

Richtlinie Familienerholung

Im Rahmen der „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Familienerholungsurlauben und Familienfreizeiten“ (RL Familienerholung) können Familien mit einem geringen Einkommen Zuschüsse zu einer Urlaubsreise gewährt werden, für die ein Urlaub ansonsten nicht oder nur schwierig möglich wäre. Die Richtlinie wurde zum Jahreswechsel 2021 / 2022 erneuert. Die Änderungen haben u. a. zur Folge, dass Familien, die in eine Jugendherberge oder Familienferienstätte reisen, einen erhöhten Zuschuss erhalten. Familienfreizeiten werden nur noch bezuschusst, wenn mindestens drei der mitreisenden Familien unterhalb der festgelegten Einkommensgrenze liegen. Dies führt dazu, dass einige Träger aufgrund der nicht kalkulierbaren Finanzierung bspw. Freizeiten für Familien mit Pflegekindern oder Kindern mit Beeinträchtigung nicht mehr anbieten können. Die Auswirkungen der Richtliniennovellierung werden vom Ausschuss Familienhilfe diskutiert und in Gesprächen mit dem Sozialministerium eingebracht.

Ausblick / Herausforderungen für 2023

Die genannten Schwerpunktthemen des Jahres 2022 in den Bereichen Schwangeren- / Schwangerschaftskonfliktberatung, Frauengewaltschutz und Familienerholung werden den Ausschuss Familienhilfe auch über den Jahreswechsel hinausbegleiten. Genauso wird der Ausschuss weiterhin die Auswirkungen der aktuellen allgemeinen Krisen und Entwicklungen (Corona-Pandemie, Krieg in der Ukraine, Preis- und Kostensteigerungen usw.) auf Familien in Niedersachsen und die entsprechenden Angebote und Dienste in den Blick nehmen.

gez. Leonie Dörlitz
Vertretung Vorsitzende

Mitglieder:

Frau Winkler	AWO
Herr Kupczik (Vorsitzender)	CV
Herr Völker	DRK
Frau Witte	DW

Ständiger Gast:

Frau Dallmüller	Ausschuss Familienhilfe
-----------------	----------------------------

Kurzbericht 2022 der Arbeitsgruppe Müttergenesung

Die AG Müttergenesung ist strukturell dem Ausschuss Familienhilfe zugeordnet und übernimmt gleichzeitig die Funktion des Landesausschusses Niedersachsen im Deutschen Müttergenesungswerk (MGW).

Das Jahr 2022 war dadurch gekennzeichnet, dass die Vorsorge- und Rehakliniken im MGW-Verbund teilweise noch stärker als in den beiden Vorjahren zuvor von Corona betroffen waren, da sowohl die Patienten*innen als auch die Mitarbeiter*innen durch Erkrankungen ausfielen. Gleichzeitig wurden zum 30.06.2022 alle Unterstützungsmaßnahmen (Mindererlösausgleich, Hygienezuschlag) eingestellt, obwohl die einzuhaltenden Hygienevorschriften und Auflagen aus dem Infektionsschutzgesetz nicht gelockert wurden.

Für die Kliniken bedeutete dies einen zusätzlichen Aufwand, der nicht von den Kostenträgern refinanziert wurde. Zusätzliche finanzielle Belastungen resultierten ferner aus den stark gestiegenen Preisen in fast allen Kostenpositionen, die von den Kostenträgern ebenfalls nicht refinanziert wurden.

Über das Müttergenesungswerk (MGW), die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen wurden Briefe an die Bundes- und Landtagsabgeordneten sowie an die niedersächsische Gesundheits- und Sozialministerin geschickt, um auf die existenzgefährdende Situation der Kliniken aufmerksam zu machen und um Änderung der Gesetzes- und Verordnungslage gebeten.

Dies ist leider bisher ohne nachhaltigen Erfolg geblieben.

Im Gegensatz zur Deutschen Rentenversicherung, die auf freiwilliger Basis einen Hygienezuschlag pro Patienten ab dem 01.10.2022 weitergezahlt hat, lehnten die Krankenkassen dies bundesweit ab und verschärften somit die finanzielle Situation für die vom MGW anerkannten und von den Krankenkassen auch grundsätzlich finanzierten Vorsorge- und Rehaeinrichtungen.

Aufgrund der hohen Belastungen für die Familien während der Corona-Pandemie ist der Bedarf an Vorsorge- und Rehamaßnahmen weiterhin steigend, so dass Patienten teilweise Wartezeiten bis zu 12 Monaten einplanen müssen.

Die Anzahl an Plätzen in den bestehenden Vorsorge- und Rehakliniken ist eindeutig zu gering bei gleichzeitig steigendem Nachfragebedarf.

Die Patienten leiden oft an extremen Erschöpfungszuständen bis hin zum Burn-out.

Die ärztlichen Atteste bestätigen dies und weisen Corona Erkrankungen oder coronabedingte Belastungsstörungen aus. Auch bei den Kindern sind verstärkt nach den Jahren der Pandemie in erhöhtem Umfang Verhaltensauffälligkeiten festzustellen.

Die vorhandene Infrastruktur und Expertise der vom MGW anerkannten Vorsorge- und Rehakliniken muss nicht nur erhalten, sondern bedarfsgerecht ausgebaut werden.

In der AG Müttergenesung haben wir uns weiterhin mit dem AKTIVA Gutachten auseinandergesetzt und Kalkulationsgrundlagen für eine zukünftige Preisfindung erarbeitet.

Dies soll eine Grundlage für die zukünftigen Vergütungsvereinbarungen in Niedersachsen sein, die geprägt sein werden von den Bundesrahmenvereinbarungen (IPREG).

Aus diesem Grunde haben wir mit den Krankenkassenverbänden in Niedersachsen Gespräche zum bilateralen Austausch geplant, die sich aber erst in 2023 realisieren lassen.

Wir sind auch dem neuen Minister für Soziales und Gesundheit dankbar, dass er zu einem Gedankenaustausch in eine Vorsorge- und Rehaklinik am 06.03.2023 kommen möchte, um die inhaltliche Arbeit vorzustellen und die Herausforderungen aus Sicht der Klinik darstellen zu können.

Als AG Müttergenesung werden wir in 2023 versuchen, eine Tradition zu beleben und eine Schirmherrin für den Landesausschuss Müttergenesung in Niedersachsen zu gewinnen, um gemeinsam Lobbyarbeit für die Mütter und Väter in Familienverantwortung und für alle, die Verantwortung für die Pflegebedürftigen zuhause übernehmen.

Als AG Müttergenesung werden wir uns auch in 2023 für eine Absicherung dieses wichtigen Angebotes im MGW-Verbund einsetzen.

gez.
Ulrich Kupczik
Vorsitzender

Kurzbericht des Ausschusses »Grundsatzfragen und Querschnittsaufgaben«

Mitglieder:

Herr Putzier	AWO
Herr Uhlen	CV
Herr Vedder	DRK
Herr Dr. Lehmann (Vorsitzender)	DW
Herr Starkebaum	PN

Aufgaben und Zielsetzung

Der Ausschuss Grundsatzfragen und Querschnittsaufgaben ist direkt dem Vorstand der LAG FW zugeordnet. Er befasst sich mit übergreifenden und grundsätzlichen Fragestellungen der Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege.

Schwerpunkthemen im Jahr 2022

Corona und die Folgen für die Freie Wohlfahrt

Die Corona-Pandemie hat den Ausschuss Grundsatzfragen im Jahr 2022 nicht mehr mit der Intensität beschäftigt, wie noch im Jahr 2021. Die wirtschaftlichen Folgen für die Einrichtungen der Freien Wohlfahrt waren im Jahr 2022 weitgehend geklärt, die Ausgleichszahlungen aus den verschiedenen Rettungsschirmen sind abgewickelt worden. Neue, grundlegende Unterstützungsleistungen mit Bezug auf die Corona-Folgen wurden durch das Land nicht aufgelegt.

Der Ausschuss Grundsatzfragen hatte im Zusammenhang mit der Pandemie die regelmäßigen Verlängerungen der Absonderungsverordnung zu beurteilen. Zunächst wurde die Absonderungsverordnung monatsweise verlängert, zuletzt ist keine Befristung mehr vorgesehen gewesen. Derzeit ist es aus Sicht des Ausschusses Grundsatzfragen (noch) nicht erforderlich, sich für eine Beendigung der Absonderungsordnung (Quarantänepflicht, Isolation) einzusetzen, denn Einrichtungen der Freien Wohlfahrt melden zurück, dass sich Engpässe bei der Personalausstattung nicht aufgrund von Mitarbeitenden in der Isolation ergeben, sondern grundsätzlicher Natur sind. Zudem ist davon auszugehen, dass im Frühjahr 2023 im politischen Raum ohnehin über eine weitgehende Lockerung der Corona-Schutzmaßnahmen, bis hin zur Aufhebung der Absonderungspflicht, diskutiert wird.

Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ist auch die Auswertung des Berichts des Sonderausschusses des Landtags zur Covid-19-Pandemie zu nennen. Der Sonderausschuss des Landtags hatte die gewonnenen Erkenntnisse aus der Bekämpfung der Pandemie zusammengetragen und am 10.01.2022 vorgelegt. Der Ausschuss Grundsatzfragen hat sich vorbereitend für den Vorstand mit der Auswertung befasst.

Digitalisierung

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Ausschusses war auch im Jahr 2022 die Digitalisierung. Insbesondere das Onlinezugangsgesetz (OZG) war Gegenstand der Beratungen. Mit dem OZG werden der Bund, Länder und Kommunen verpflichtet, möglichst viele Leistungen der staatlichen Verwaltung digital vorzuhalten. Davon sind auch zahlreiche Angebote der Freien Wohlfahrt betroffen. Daher ist es wichtig, dass sich die LAG FW auf Landes-, aber auch auf Bundesebene engagiert, um bei den staatlichen Umsetzungsprozessen angemessen berücksichtigt zu werden. Der Ausschuss Grundsatzfragen hielt deshalb auch im Jahr 2022 engen Kontakt zum Sozialministerium und zum Innenministerium des Landes. Beiden Ministerien sind wichtige Aufgaben in Bezug auf das OZG zugewiesen. Zukünftig soll der Schwerpunkt des Kontaktes des Ausschusses Grundsatzfragen jedoch beim Innenministerium liegen, weil dieses dafür zuständig ist, die Leistungen für das Land Niedersachsen insgesamt umzusetzen, also auch jene Digitalisierungsvorgänge, die andere Bundesländer zur bundesweiten Verwendung entwickelt haben.

Die Digitalisierung wird in erster Linie durch den Expertenkreis Digitale Agenda wahrgenommen.

KMU-Problematik

Im Jahr 2022 hat sich der Ausschuss mehrfach mit der sog. „KMU-Problematik“ befasst. Dabei geht es darum, dass die freigemeinnützige Sozialwirtschaft insbesondere bei staatlichen Förderprogrammen nachteilig gegenüber gewinnorientierten Unternehmen behandelt wird. Aufgefallen war diese unterschiedliche Betrachtung erstmals bei den darlehnsweise gewährten

Corona-Soforthilfen, die den Einrichtungen der freigemeinnützigen Sozialwirtschaft vorübergehend nicht gewährt wurden. Ein weiterer Aspekt der KMU-Problematik ist, dass freigemeinnützige Träger typischerweise gesellschaftsrechtlich eng miteinander verflochten sind, was dazu führen kann, dass sie rechtlich als verbundene Unternehmen betrachtet werden und damit nicht mehr kleine oder mittlere Unternehmen (KMU) sind. Viele öffentliche Förderungen richten sich aber ausdrücklich an KMU. Dieses mögliche Herausfallen aus KMU-Förderprogrammen sollte verhindert werden. Die Problematik ist deshalb an die Politik adressiert worden.

Fachkräftemangel

Der Ausschuss Grundsatzfragen hat sich im Jahr 2022 in zweierlei Hinsicht mit dem Thema Fachkräftemangel befasst. Im Allgemeinen hat der Ausschuss Grundsatzfragen die Möglichkeiten zusammengetragen, mit denen man dem Fachkräftemangel insgesamt begegnen könnte. Im Besonderen hat er sich mit dem Instrument der Fachkräftegewinnung aus dem Ausland beschäftigt. Ziel war es, eine ethische Grundhaltung zur Fachkräfteeinwanderung zu entwickeln. Hierzu hat der Ausschuss Grundsatzfragen gemeinsam mit dem Fachausschuss Migration das Papier „Grundpositionierung für eine ethisch vertretbare Einwanderungspolitik zur Fachkräftesicherung“ angefertigt. Dieses bildet die Grundlage für weitere Forderungen und Überlegungen in Bezug auf eine dringend erforderliche Fachkräfteeinwanderung.

Koalitionsvertrag

Der Ausschuss Grundsatzfragen hat, wie die anderen Fachausschüsse auch, den Koalitionsvertrag der Landesregierung ausgewertet. Aus der Sicht des Ausschusses Grundsatzfragen ist positiv hervorzuheben, dass die Sozialwirtschaft als einer der größten Wirtschaftszweige Niedersachsens im Koalitionsvertrag benannt wird. Der Koalitionsvertrag hält ferner fest, dass dieser Bereich in Zukunft auch noch an Bedeutung gewinnen wird. Sehr erfreulich ist, dass insbesondere die gemeinwohlorientierte Sozialwirtschaft aufgeführt wird und dass eine Schlechterstellung

gemeinwohlorientierter Unternehmen bei Beratung, Förderung und Regulierung abgebaut werden soll (siehe auch KMU-Problematik).

Weitere Themen

Weiterhin hat sich der Ausschuss Grundsatzfragen mit dem Abschluss des Kostenerstattungsverfahrens vor dem Europäischen Gericht in Sachen Wohlfahrtsfördermittel befasst, er hat Rechtsfragen zur (vermeintlichen) „Doppelförderung“ der Freien Wohlfahrt im Rahmen des NWohlfFöG bearbeitet sowie die Vorschriften zum sog. Besserstellungsverbot geprüft und für den Vorstand aufbereitet. Schließlich war der Ausschuss Grundsatzfragen auch in 2022 an der Erarbeitung zahlreicher Stellungnahmen von Rechtsetzungsvorhaben des Landes beteiligt.

Ausblick

Auch im Jahr 2023 wird das Thema Digitalisierung eine besondere Bedeutung für den Ausschuss Grundsatzfragen haben. Das OZG und seine Umsetzung muss weiterhin im Blick bleiben.

Ferner wird das Thema Nachhaltigkeit neu hinzukommen, weil dieses eine typische Querschnittsaufgabe ist und weil die Parteien der Landesregierung laut Koalitionsvertrag hierauf einen Schwerpunkt setzen werden. Es ist sicher, dass sich diese Schwerpunktsetzung auch auf die freigemeinnützige Sozialwirtschaft auswirken wird.

Es wird weiterhin abzuwarten sein, wie sich die Corona-Regelungen des Landes entwickeln und ob die Absonderungsordnung weiterhin Bestand haben wird.

Die größte Herausforderung der Freien Wohlfahrt für die nächsten Jahre wird aber die Fachkräftegewinnung sein.

gez. Dr. Jens Lehmann
Vorsitzender

Mitglieder EK Digitale Agenda:

Frau Kollmorgen (Vorsitzende)	AWO
Herr Beyer	CV
Herr Schultz	DRK
Frau Friedemann	DW
Herr Domberg	PN

EK Digitale Agenda

Der EK Digitale Agenda unterstützte den Ausschuss Grundsatzfragen und Querschnittsaufgaben auch im Jahr 2022 wieder bei Themen der Digitalisierung.

Für den EK im Fokus stand immer noch das Onlinezugangsgesetz (OZG). Am 23. November 2022 lud der EK zu einer digitalen Infoveranstaltung ein, um über den aktuellen Sachstand und die Auswirkungen des OZG zu informieren. Über 100 Interessierte hatten sich angemeldet. Dies zeigte wieder einmal, wie hoch der Informationsbedarf in den Einrichtungen ist.

Durch die Entwicklung des **Onlinezugangsgesetz (OZG)** gibt es seit einigen Jahren eine Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen das OZG und hat auf Bundes-, Länderebene und der Kommunen diverse Digitalisierungsprozesse angestoßen. Mit dem endenden Jahr 2022 lief für alle Ebenen die Frist zur Umsetzung der digitalisierten Verwaltung aus. Das Land Niedersachsen ist unter anderem für die Digitalisierung der Themenfelder „Arbeit & Ruhestand“ sowie „Gesundheit“ zuständig, deren Leistungen dann später von anderen Bundesländern nachgenutzt werden sollen. Aus Perspektive der Freien Wohlfahrtspflege ist hier jedoch auch wichtig, die neuen digitalen Prozesse nicht zum Selbstzweck werden zu lassen, sondern diese als gewinnbringende Ergänzung einzusetzen.

Darüber hinaus konnte der EK auf der Digitalisierungsmesse **TECHTIDE 2022** zum zweiten Mal in Folge eine Session zum Thema „Chancengleichheit in der digitalen Welt - Der Einsatz von Gamification zur Teilhabe von jungen Menschen“ ausrichten. Die Digitalmesse, die vom Wirtschaftsministerium des Landes veranstaltet wurde, hat am 12. und 13. September 2022 auf dem Messegelände in Hannover stattgefunden.

Die **TECHTIDE** ist die niedersächsische Konferenz zur Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft, ausgerichtet vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr. Für die Session konnten neben Marco Brunotte auch Lasse Koop und Lisa Murua, zwei Expert*innen

aus der Praxis, gewonnen werden. Die beiden Referent*innen setzen bereits digitale Anwendungen in der Arbeit mit jungen Menschen ein und berichteten über Ihre Erfahrungen, aber auch Herausforderungen. Deutlich wurde, dass der Mehrwert solcher Projekte für alle Beteiligten auf der Hand liegt, aber die Sicherstellung einer langfristigen Finanzierung häufig noch kritisch ist.

gez. Kelly Kollmorgen
Sprecherin

Kurzbericht des Ausschusses »Jugendhilfe«

Mitglieder:

Frau Hampe	AWO
Herr Heine	CV
Frau Scheele	DW
Frau Spieker-Kuhmann	DRK
Herr Baier (Vorsitz)	PN

Ständiger Gast:

Frau Buskotte	LJS
David Janzen	LAG JSA

Aufgaben und Zielsetzung

Der Ausschuss Jugendhilfe beschäftigt sich mit sämtlichen Bereichen der Jugendhilfe mit Ausnahme des Fachgebietes Kindertagesstätten. Der Fachausschuss wird im Rahmen von Verbandsanhörungen an Landesgesetzen und Richtlinien fachlich zur Stellungnahme beteiligt. Im Ausschuss ist neben den Vertreter*innen der Verbände auch die Landesstelle Jugendschutz durch Frau Buskotte als ständiger Gast repräsentiert. Mitglieder des Ausschusses sind vertreten im

- Beirat zum Rahmenvertrag nach § 78 f SGB VIII, in der
- Niedersächsischen Schiedsstelle nach § 78 g SGB VIII, im
- Niedersächsischen Landesjugendhilfeausschuss (NLJHA), in den
- Unterausschüssen des NLJHA, in der
- Steuerungsgruppe zur Datenbank JuNi

Der Ausschuss Jugendhilfe tagte im Verlauf des Jahres 2022 fünfmal, davon einmal ganztägig in Form einer Klausur in Braunschweig.

Schwerpunkthemen und Aktivitäten des Jahres 2022

Corona-Pandemie

Die Einrichtungen und Dienste der Kinder- und Jugendhilfe waren weiterhin durchgehend geöffnet und mussten auch weiterhin flexibel auf vorübergehende Quarantänefälle und Erkrankungen von Personal und jungen Menschen, u. a. mit erweiterten Betreuungszeiten, reagieren. Wie im Vorjahr lässt sich festhalten, dass der weitüberwiegende Teil der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe auch in diesem Jahr die Krise mit großem Engagement gut gemeistert haben. Zunehmend führte die hohe Belastung im System in

Kombination mit der schwierigen Fachkräftesituation zu zunehmenden krankheitsbedingten Ausfällen.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF)

Stand Dezember sind in Niedersachsen rund 2 000 UMF in Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe (davon sind 2022 bisher rund 1 200 in diesem Jahr dazugekommen) - Tendenz deutlich steigend seit Oktober (zum Vergleich: 2016 / 2017 waren die Höchstzahlen bei knapp 6 000 in Niedersachsen). Aktuell ist die Situation in Niedersachsen sehr schwierig, da weitgehend alle Plätze in Jugendhilfeeinrichtungen belegt sind und es für eine Erweiterung vor allem an Personal fehlt. Der Ausschuss Jugendhilfe hat sich vorrangig in Videokonferenzen mit dem Nds. Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (MS) sowie dem Landesjugendhilfeausschuss mit konkreten Vorschlägen eingebracht, die zum einen die Realitäten anerkennen, aber auch eine dauerhafte Absenkung von Standards vermeiden.

Rahmenvertrag zum SGB VIII: Verhandlungen und Weiterentwicklung

a) Datenbank Jugendhilfeportal Niedersachsen (JuNi)

Die Datenbank JuNi ist seit Mitte 2020 online. Auf Grund der Arbeitsverdichtung durch die Pandemie wurden noch nicht alle Datensätze eingepflegt. Die Steuerungsgruppe, in der auch FA-Mitglieder vertreten sind, wird die weitere Entwicklung und Modifikation der Datenbank begleiten. Stand Dezember 2022 sind weitgehend alle Träger der LAG FW erfasst.

b) AG Personal – Dual-Studierende und Dual-Auszubildende

Die AG hat in diesem Jahr weiter an einer Empfehlung für den Einsatz und die Refinanzierung von Dual-Studierenden und Dual-Auszubildenden in den Jugendhilfeeinrichtungen gearbeitet und auf der Arbeitsebene abgestimmt. Leider konnte aufgrund eines negativen Votums des Präsidiums des Niedersächsischen Landkreistages keine gemeinsame Empfehlung verabschiedet werden, sodass lediglich eine Empfehlung durch den Verband privater Träger in Niedersachsen und die LAG FW verabschiedet und kommuniziert wurde.

Landesjugendhilfeausschuss

Das letzte Arbeitsjahr der 18. Legislaturperiode war u. a. geprägt von der Arbeit an zwei Themenschwerpunkten:

- Eckpunktepapier zu den qualitativen Anforderungen an eine kooperative Ganztagsbetreuung und -bildung für Kinder im Grundschulalter ab 2026. Das Eckpunktepapier wurde dem Kultus- und dem Sozialministerium zugeleitet und im Rahmen eines Expert*innen-Hearings mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis sowie dem Kultusminister und der Sozialministerin erläutert.
- Positionspapier zu Schwerpunktthemen der Kinder- und Jugendhilfe in der 19. Legislaturperiode: Hier wurden u. a. wichtige Themen aus dem Gesamtkonzept für die Kinder- und Jugendhilfe in Form von Hinweisen und Handlungsaufträgen an eine neue Landesregierung aufgegriffen.

Darüber hinaus haben die Vertreter*innen der LAG FW an verschiedenen Stellungnahmen mitgewirkt bzw. Stellungnahmen initiiert, z. B.:

- „Hinweise für die Erteilung der Betriebserlaubnis von Einrichtungen und sonstigen betreuten Wohnformen nach §§ 45 ff SGB VIII durch das Landesjugendamt“
- Prüfverfahren im Landesjugendamt zu grundständigen Studienabschlüssen, um die neuen Studienabschlüsse der Sozial- und Erziehungswissenschaft dahingehend zu prüfen, ob sie die fachlichen Anforderungen für die Beschäftigung in der stationären Jugendhilfe in Niedersachsen erfüllen.
- Verordnung über die Förderung von Ombudsstellen nach § 9a SGB VIII: Die Verbandsanhörung hat u. a. ergeben, dass die förderfähigen Personalkosten als nicht ausreichend eingeschätzt wurden. Das MS wird die Förderung für die nächsten Jahre begleitend durch ein externes Institut evaluieren.
- Themensetzung für den nächsten Schwerpunktbericht der Landesjugendhilfeplanung: „Politische Jugendbeteiligung und Demokratiebildung“. Ziel dieses Berichtes ist die Erarbeitung von Qualitätsstandards / Qualitätsleitlinien für die Entwicklung und Anwendung von Jugendbeteiligungsformaten und die Erstellung eines Handlungskonzepts für die

Beteiligung von jungen Menschen an der Politikgestaltung sein.

Schiedsstelle und Schiedsstellen AGs

Die Schiedsstellenkommission hat 2022 zwei Arbeitsgruppen gegründet. Zum einen die Arbeitsgruppe Risikomarge. Zum anderen die Arbeitsgruppe Tarifvertrag. Bei der Arbeitsgruppe Risikomarge geht es um die Frage, ob und wie Risiken in den Entgeltverhandlungen berücksichtigt werden können. Bei der Arbeitsgruppe Tarifvertrag geht es zum einen um die Frage, ob höhere Leitungskosten in einem Tarifvertrag von Seiten der Jugendämter bestritten werden können. Zum anderen wird in dieser Arbeitsgruppe darüber gesprochen, welche Anforderungen an die Plausibilität der Personalkostenkalkulation zu stellen sind, wenn der Leistungsanbieter nicht tarifgebunden ist.

Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Center

Der Ad-hoc-Ausschuss des Fachausschusses Jugendhilfe hat bis zum Zeitpunkt des Förderperiodenwechsel am 30.06.2022 das ESF-Landes-Programm zur Förderung der Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Centren begleitet. Im ersten Halbjahr des Jahres stand die fachpolitische Begleitung der neuen Förderrichtlinie, des ESF-EFRE-Erlasses zur Ermittlung der förderfähigen Personalkosten im Mittelpunkt sowie der Muster-Leistungsbeschreibung zur ergänzenden Jobcenter-Maßnahme, welche regelhaft zu Beginn eines neuen Förderzeitraums von der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen zur Verfügung gestellt wird. Bedauerlicherweise wurde zur Anpassung des maximalen Zuwendungsbetrags das ergänzende Landesprogramm für schulpflichterfüllende Jugendliche gestrichen. Da die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit für die Handlungsfelder u. a. der Jugendwerkstätten zuständig ist, wird mit Beschluss des Vorstandes der LAG FW vom 19.09.2022 dem Vorstandsvorsitzenden der LAG JSA ein Gaststatus im Fachausschuss Jugendhilfe gewährt.

Ambulante Hilfen

Anders als für die Bereiche der (teil-) stationären Angebote schreibt der Gesetzgeber für die Rahmung und

Abrechnung der ambulanten Erziehungshilfen nicht vor, dass diese in Landesrahmenverträgen (§ 78f. SGB VIII) beschrieben und dort zwischen den Vertreter*innen der öffentlichen und freien Jugendhilfe ausgehandelt werden müssen. In der Praxis führt dies zu einer Vielzahl unterschiedlichster Aushandlungspraktiken in den Zuständigkeitsbereichen der kommunalen Jugendämter.

Dies hat die LAG FW dazu bewogen, eine Landesrahmenempfehlung für den Bereich der ambulanten erzieherischen Hilfen anzuregen, womit sich die Vertreter*innen der kommunalen Spitzenverbände einverstanden erklärt haben.

Moderiert durch den Nds. Landkreistag (NLT) hat die „Unterarbeitsgruppe (UAG) ambulante Rahmenempfehlung“ im Jahr 2022 insgesamt fünf Mal getagt.

Aushandlungspartner*innen sind Vertreter*innen der kommunalen Spitzenverbände und der Freien Wohlfahrtspflege sowie des Verbands privater Träger in Niedersachsen, als Vertreter*in der privat gewerblichen Träger*innen. Die Rahmenempfehlung wird sich an die öffentliche und freie Jugendhilfe in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Niedersachsen richten und diese dabei unterstützen, die umfangreichen Fragen hinsichtlich einer qualitativen Rahmung der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität ambulanter Hilfen zu beantworten. Ziel ist eine nachhaltige, an den Unterstützungsbedarfen der Hilfeadressaten orientierte Hilfeebringung zu erreichen und durch eine angemessene Finanzierung zu sichern.

Ausblick / Herausforderungen 2023

Ausblick / Herausforderungen:

Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG): Das KJSG ist mit wesentlichen Veränderungen für die Kinder- und Jugendhilfe 2021 in Kraft getreten. Die Schaffung von Strukturen zur Umsetzung der neuen Gesetzesgrundlagen ist ein fortlaufender Prozess, der den FA Jugendhilfe auch im Jahr 2023 weiterhin

begleiten wird. Dabei wird es insbesondere um die folgenden Themenschwerpunkte gehen:

- Ausgestaltung und Einsatz von Verfahrenslotsen
- Weiterentwicklung von Möglichkeiten zur Selbstvertretung und Partizipation für Kinder und junge Menschen
- Verbesselter Kinderschutz in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe
- Entwicklung von ombudshaftlichen Strukturen in Niedersachsen
- Hilfe für junge Volljährige

Inklusive Jugendhilfe:

Das KJSG ist ein erster Schritt zu einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe. Die Gesamtzuständigkeit des SGB VIII für alle Kinder und Jugendlichen ist allerdings erst ab 2028 vorgesehen. Um eine bedarfsgerechte Angebotsstruktur für alle Kinder und Jugendlichen mit und ohne Beeinträchtigung zu schaffen, müssen die notwendigen Schritte jetzt gestaltet werden. Der FA Jugendhilfe möchte dazu beitragen, Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen zu inkludieren und die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe so zu gestalten, dass alle teilhaben und sich selbst beteiligen können.

Fachkräftemangel:

Der Mangel an pädagogischen Fachkräften in der Kinder- und Jugendhilfe ist jetzt schon immens. Einrichtungen der Jugendhilfe haben Probleme, ihre Angebotsstruktur aufrecht zu erhalten, da es an qualifiziertem Personal fehlt. Gleichzeitig werden die Herausforderungen, mit denen junge Menschen in die Einrichtungen kommen, immer größer und die äußeren Anforderungen an die Fachkräfte immer höher. Als FA Jugendhilfe sehen wir uns in der Verantwortung, die Angebotsstruktur der Kinder- und Jugendhilfe trotz bestehendem Fachkräftemangel auch zukünftig sicherzustellen und in die Diskussion zur Sicherung der Fachkräfte einzusteigen.

gez. Dominik Baier
Vorsitzender

Kurzbericht des Ausschusses »Migration & Integration«

Mitglieder:

Frau Syska	AWO
Frau Hasso	CV
Frau Beyer-Zamblé	DRK
Frau Jung	DW
Frau Krome (Vorsitzende)	PN
Herr Fürst	JW

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Herr Kelchheuser (Fachexperte Arbeitsmarkt und Migration)	AWO
Herr Heek (Experte Flüchtlingsfragen)	CV
Herr Remark	LAG JAW

Aufgaben und Zielsetzung des Ausschusses

Zu den Aufgaben des Fachausschusses gehören der verbandsübergreifende Austausch sowie Stellungnahmen und Lobbyarbeit zu Fragen der Asyl- und Migrationspolitik in Niedersachsen. Wichtigstes Ziel ist es, die fachlichen, gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Flüchtlings- und Migrationsarbeit zu verbessern bzw. zu erhalten. Zu diesem Zweck hat sich der Ausschuss im Jahr 2022 siebenmal getroffen, davon zweimal zur Abstimmung bzgl. der geplanten Umsetzung der Asylverfahrensberatung.

Schwerpunkte der Aktivitäten 2022

Migrations-, Flüchtlings- und Asylverfahrensberatung

Die landes- und bundesgeförderten Beratungseinrichtungen in Niedersachsen konnten von der Lobbyarbeit der LAG FW profitieren. Dazu gehörten z. B. Schreiben an die Landtags- und Bundestagsabgeordneten, Unterstützung von Aktionstagen, Netzwerktreffen oder Durchführung von Informationsgesprächen mit Abgeordneten. Die Finanzmittel wurden leicht erhöht oder – mit Blick auf die Asylverfahrensberatung – neu eingestellt, um die bedarfsgerechte Unterstützung der bei uns Schutz suchenden Menschen weiterhin zu gewährleisten.

Abschiebehaftmonitoring und -beratung

Abschiebehaftmonitoring und -beratung sind wichtige zivilgesellschaftliche Instrumente, die das staatliche Handeln engmaschig begleiten sollten. Die Unterstützung eines „Fürsprechers“ aus der Zivilgesellschaft kann dazu beitragen, die Prozesse humanitär zu gestalten, für mehr Vertrauen und Akzeptanz zu sorgen und weniger Rechtsbrüche zuzulassen. Da die Mitgliedstaaten im Rahmen der EU-Rückführungs-

richtlinie gewährleisten müssen, dass Abschiebungen in einem fairen und transparenten Verfahren durchgeführt werden, wird die LAG FW einfordern, ein entsprechendes Monitoring- und Beratungsangebot einzuführen, auszubauen und dauerhaft zu finanzieren.

Ukraine

Der Krieg in der Ukraine und die daraus resultierenden Fluchtbewegungen stellen nicht nur für die Migrations- und Flüchtlingsarbeit eine außerordentliche Herausforderung dar. Dem Engagement aller Beteiligten ist es zu verdanken, dass es bisher gelungen ist, die große Anzahl der Geflüchteten hier zu empfangen, unterzubringen und zu versorgen. Ein wesentliches Augenmerk der LAG FW liegt darin, die guten Rahmenbedingungen bei der Aufnahme ukrainischer Geflüchteter auch auf alle anderen zu übertragen, um ungleiche Bedingungen zu vermeiden und für alle bessere Perspektiven zu schaffen.

Zu den weiteren Aktivitäten des Ausschusses Migration im Jahr 2022 gehörten u. a.

- die Teilnahme an Sitzungen der Landtagskommission Migration und Teilhabe
- die Mitarbeit in der Nds. Fachkonferenz für Flüchtlingsfragen sowie
- die Erarbeitung von Stellungnahmen (u. a. zum „Bericht des Landtags-Sonderausschusses zur Covid19-Pandemie“, zum „Erlassentwurf zur Durchführung des Härtefallverfahrens“ sowie zum Thema „Fachkräftesicherung und ethisch vertretbare Einwanderungspolitik“).

willigung, wie auch die Auswertung der Evaluation der Migrationsberatungsstellen, werden wichtige Aspekte sein. Und nicht zuletzt wird die Umsetzung der angekündigten bundesgeförderten Asylverfahrensberatung in Niedersachsen viel Aufmerksamkeit, Abstimmung und Engagement der LAG FW erfordern.

Zahlen und Fakten

Der FA pflegt regelmäßig eine Liste der landes- und bundesgeförderten Beratungsstellen. Dazu gehören (Jugend-) Migrations- und Flüchtlingsberatungsstellen, Rückkehrberatungsstellen sowie die Angebote der landesgeförderten Asylverfahrensberatung. Insgesamt gibt es derzeit in Niedersachsen rund 185 Stellen, dazu kommen rund 85 bundesgeförderte Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) -Stellen, gut 70 bundesgeförderte Stellen bei den Jugendmigrationsdiensten (JMDs) (incl. Respect Coaches), sieben Stellen im Bereich der Asylverfahrensberatung sowie an zehn Standorten Rückkehrberatungsstellen.

gez. Regina Krome
Vorsitzende

Ausblick / Herausforderungen für 2023

Der Status quo der Beratungsstrukturen konnte - nicht zuletzt aufgrund der Lobbyarbeit der LAG FW – gesichert werden. Dennoch bleiben die Anhebung der pauschalierten Förderung sowie die Schaffung von mehr Planungssicherheit für die Träger (z. B. durch mehrjährige Rahmenverträge) wichtige Themen, insbesondere vor dem Hintergrund migrationspolitischer Krisen. Die Frage nach transparenten Kriterien der Be-

Kurzbericht des Ausschusses »Pflege und Gesundheit«

Mitglieder:

Frau Hirsing (Vorsitzende)	DW
Frau Heidrich	CiN
Frau Jaster	PN
Herr Lindenkamp	JW
Frau Mutz	AWO
Herr Schultz	DRK

Ständiger Gast:

Frau Jünke-Mielke	DW
-------------------	----

Aufgaben und Zielsetzung

Der Ausschuss Pflege und Gesundheit beschäftigt sich mit sämtlichen Themenstellungen der Pflege. Dabei werden die in Kraft tretenden Bundes- und Landesgesetze im Fachausschuss beraten und bewertet. Der Fachausschuss entwickelt, im Rahmen von Verbandsanhörungen, auch Stellungnahmen zu Landesgesetzen und Richtlinien.

Auch zu möglichen pflegerelevanten Entschließungsanträgen wird der Fachausschuss gebeten, eine Stellungnahme abzugeben und an Anhörungen teilzunehmen. Hierbei gibt es eine Vielzahl von Schnittstellen zu anderen Gremien der Freien Wohlfahrtspflege.

Die fachliche Zuarbeit zum Vorstand der LAG FW für sozialpolitische Gespräche sowie die Begleitung und Bündelung der Ergebnisse aus den weiteren Pflegegremien auf Landesebene gehören ebenfalls zu den Aufgaben des Ausschusses. Dies umfasst die Organe der Selbstverwaltung wie die Pflegesatzkommission, die Pflegevergütungskommission und die SGB XI-Schiedsstelle sowie weitere Landesgremien, in denen Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder des Ausschusses vertreten sind.

Mit Umsetzung der Pflegeberufereform (4/2020) sind in Niedersachsen weitere Gremien eingerichtet worden, die regelmäßig arbeiten. Hier seien die alle zwei Jahre wiederkehrenden Budgetverhandlungen für die Träger der praktischen Ausbildung sowie für die Schulen genannt. Eine Schiedsstelle gemäß § 36 des Pflegeberufgesetzes (PflBG) wurde neu gebildet, mit einer vierjährigen Amtszeit.

Zur Ergänzung und fachlichen Unterstützung des Fachausschusses sind die zwei Experten*innenkreise „Ausbildung und Qualifizierung in der Pflege“ und „Pflegedokumentation und Qualitätssicherung“ tätig.

In ihrer Funktion als LAG FW-Mitglied der SGB XI-Schiedsstelle nimmt Frau Jünke-Mielke (DW) als ständiger Gast an den Ausschusssitzungen teil.

Schwerpunktt Themen im Jahr 2022

Pandemie-Geschehen des SARS-CoV-2

Über das Jahr hinweg blieb ein konstantes Infektionsgeschehen gesamtgesellschaftlich zu beobachten und dies auch über die Sommermonate hinweg.

Dabei ging es weiterhin darum, die Entwicklungen rund um das Pandemiegeschehen und weitere Infektionswellen mit SARS-COV-2-Varianten in Verbindung mit dem Schutz von vulnerablen Personengruppen und der Vermeidung einer Überlastung des Gesundheitssystems zu begleiten.

Im Vordergrund standen verschiedene Gesetzgebungsverfahren der Bundes- und Landesebene z. B. die Änderungen im Infektionsschutzgesetz mit Einführung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht zum 16.03.2022 und weitere Veränderungen des Infektionsschutzgesetzes ab dem 01.10.2022.

Die gesetzlichen Regelungen im Infektionsschutzgesetz reichen in Teilen noch bis in den April 2023; die einrichtungsbezogene Impfpflicht ist mit Wirkung des 31.12.2022 außer Kraft gesetzt.

Die Umsetzung und Gesetzesauslegungen erforderten regelmäßige Abstimmungen mit der Landesebene. Die Entwicklungen rund um das Pandemiegeschehen bewegen sich in Richtung Normalität und hin zu einem routinierten Umgang mit einem Infektionsgeschehen.

Rahmenvertrag für die ambulante Pflege sowie Rahmenvereinbarung für die häusliche Krankenpflege

Die Inhalte zur Rahmenvereinbarung ‚Häusliche Krankenpflege‘ wurden über ein Schiedsverfahren abschließend geklärt. Ein weiteres Schiedsverfahren wird für die Vergütungsfindung in der ersten Jahreshälfte 2023 angestrebt werden.

Die Verhandlung des Rahmenvertrages für die ambulante Pflege nach dem SGB XI stehen noch aus und werden nach Abschluss der Rahmenvereinbarung ‚Häusliche Krankenpflege‘ und der nachfolgenden Vergütungsfindung aufgegriffen.

Kalkulationsschema für die ambulante Pflege

Auf Basis der von der Pflegevergütungskommission Niedersachsen beschlossenen Grundsätze für die Kalkulation von ambulanten Vergütungssätzen wurde innerhalb einer Arbeitsgruppe der Pflegevergütungskommission an einem geeinten Kalkulationsschema für die ambulante Pflege gearbeitet. Es wurden Disenspunkte festgehalten, zu denen keine Einigung erzielt werden konnte. Die Thematik ruht derzeit.

Pflegeberufereform

Mit der Umsetzung des Pflegeberufgesetzes wurden die bisher im Altenpflegegesetz und im Krankenpflegegesetz getrennt geregelten Pflegeausbildungen zum 01.04.2020 zusammengeführt. In der ersten Jahreshälfte 2023 müssen routinemäßig die Pauschalen für die Schulen sowie für die Träger der praktischen Ausbildung für die Jahre 2024 / 2025 verhandelt werden.

Konzertierte Aktion Pflege in Niedersachsen (KAP.Ni)

In einer Pflegekonferenz im Oktober 2019 wurde eine Kooperationsvereinbarung geschlossen und in drei Foren konkrete Maßnahmen verabredet.

Forum A: „Entlohnungsbedingungen in der Pflege“

Forum B: „Personalmanagement / Betriebliches Gesundheitsmanagement“

Forum C: „Innovative Versorgungsansätze“

Im Sommer 2022 wurde diese KAP.Ni mit den umgesetzten Maßnahmen bewertet und beendet.

Im Rahmen eines Workshops des Landespflegeausschusses wurde ein neues Maßnahmenpaket für eine Konzertierte Aktion Pflege in Niedersachsen 2.0 (KAP.Ni 2.0) entwickelt. Weitere Vorschläge für Maßnahmen und Aktivitäten seitens der Verbände der Pflegekassen und Leistungsanbieter konnten eingebracht werden.

Mit anderen Themenschwerpunkten soll die ‚Konzertierte Aktion Pflege in Niedersachsen 2.0‘ weitergeführt werden.

Personalkostenzentrierter Ansatz – Refinanzierungsmodell ambulante Pflege

Das neue Refinanzierungsmodell für die ambulante Pflege zieht die Höhe der Personalkosten eines Dienstes unmittelbar zur Bemessung der Vergütungen heran. Es sieht gestaffelte Punktwerte und Wegepauschalen je nach Höhe der tatsächlichen Personalkosten vor. Die Pflegekassen und die Mehrzahl der Anbieter haben sich auf das Modell einigen können. Eine erste Anwendung hat im Jahr 2022 stattgefunden. Die Umsetzung und mögliche Weiterentwicklungsbedarfe werden für 2023 mit aufzugreifen sein.

Bildungsoffensive Pflegeassistentenz

Vor dem Hintergrund der Herausforderung, Pflegeassistentenkräfte mit einer abgeschlossenen Ausbildung zu finden und den gesetzlichen Anforderungen des Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetzes (GVWG) Rechnung zu tragen, wurde im Fachausschuss im Jahr 2021 ein Positionspapier zu einer Bildungsoffensive für „Hilfskraftpersonal mit landesrechtlich geregelter Assistenz Ausbildung in der Pflege“ in Niedersachsen erarbeitet. Im Jahr 2022 erweiterte sich die initiierte Arbeitsgruppe um Teilnehmende aus dem Bereich Schulen, der Landesarbeitsgemeinschaft Private Pflege Niedersachsen (LAG PPN) und der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft (NKG).

In dieser Konstellation werden regelmäßig Gespräche auf der Fachebene mit Vertreter*innen des Niedersächsischen Kultusministeriums und des Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung geführt, um eine Bildungsoffensive zur Pflegeassistentenz auf den Weg zu bringen.

Dabei sind berufsbegleitende Qualifizierungen und verschiedene Prüfungsmöglichkeiten von nicht qualifizierten Pflegehilfskräften zu entwickeln, zu refinanzieren und modellhaft zu projektieren. Dies wird auch im Jahr 2023 ein Schwerpunktthema sein.

Personalbemessung in der vollstationären Pflege gemäß § 113c SGB XI

Anfang des Jahres wurde im Fachausschuss eine temporäre AG gebildet, um ein Modell zur Umsetzung der Personalanhaltswerte nach § 113c SGB XI zu erstellen. Auch eine mögliche Konvergenzphase wurde entwickelt. Erste Gespräche innerhalb der Pflegesatzkommission als Selbstverwaltung haben zum Austausch von verschiedenen Positionen geführt.

Für die zweite Jahreshälfte 2022 wurden die Gespräche und die AG pausiert, da die Beteiligten die Bundesrahmenempfehlung zur Umsetzung des § 113c SGB XI abwarten wollen.

Die konkreten Inhalte gilt es zunächst zu bewerten und die weiteren Schritte auf Landesebene zu planen.

Kostensteigerungen Energie- und Verbraucherpreise

Aufgrund des Zusammentreffens gleich mehrerer Krisen wurde in der ersten Jahreshälfte ein kontinuierlicher Preisanstieg beobachtet. Zunächst hatte dies mit pandemiegedingten Störungen der Lieferketten und damit der Verknappung von Gütern und entsprechenden Preiserhöhungen zu tun. Mit Beginn des Ukraine-Krieges sind die Energie- und Verbraucherpreise erneut überdurchschnittlich gestiegen und ein Ende des Krieges ist aktuell nicht absehbar.

Die Preise für medizinischen Sachbedarf sind weiterhin überdurchschnittlich hoch. Derartige Preissteigerungen waren bei den zuletzt geführten Vergütungsverhandlungen für niemanden absehbar.

Im Sommer konnte für die stationäre Langzeitpflege ein Beschluss in der Pflegesatzkommission geeint werden, in dem drei Verfahrensvarianten für eine mögliche Refinanzierung der Sachkostensteigerungen in den Bereichen medizinischer Sachbedarf, Energie und Lebensmittel getroffen wurde.

Im Bereich der ambulanten Pflege konnte zur Refinanzierung der Sachkostensteigerungen in den Bereichen medizinischer Sachbedarf und Kraftstoff ein Zuschlag

auf die Wegepauschale für das Jahr 2023 geeint werden.

Die Einrichtungen im Gesundheitswesen profitieren auch von den am 15. / 16.12.2022 im Bundesrat verabschiedeten Gesetzen zur Einführung von Preisbremsen im Bereich Erdgas, Wärme und Strom und insofern erfahren die Pflegeeinrichtungen hier eine weitere Entlastung.

Anhörungen / Stellungnahmen und Positionierungen

Der Ausschuss Pflege und Gesundheit hat im Berichtsjahr u. a. zu folgenden Themen Stellungnahmen verfasst bzw. sich damit beschäftigt:

- Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes vom 20.01.2022
- Ergänzende Bestimmungen für das berufsbildende Schulwesen vom 01.02.2022
- Entwurf einer Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Projekten zur praxisorientierten regionalspezifischen Beruflichen Orientierung in der Covid-19-Pandemie vom 11.02.2022
- Entwurf der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Ausbildungsverbünden vom 07.03.2022
- Entwurf zur Verordnung über die Kommission für ethische Fragen in der Pflege vom 09.03.2022
- Schriftliche Stellungnahme anlässlich des Erlasses zur Entschädigung der Mitglieder in Prüfungsausschüssen bei der Abnahme von Prüfungen für andere als ärztliche Heilberufe vom 29.03.2022
- Entwurf der Verordnung zur Förderung der Schulgeldfreiheit in den Bildungsgängen Berufsfachschule Sozialpädagogische Assistentin / Sozialpädagogischer Assistent, Fachschule Sozialpädagogik und Berufsfachschule Pflegeassistentin von Schulen in freier Trägerschaft vom 04.04.2022
- Beteiligung zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Niedersächsischen SARS-CoV-2-Absonderungsverordnung vom 03.05.2022
- Neuauflage der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Projekten oder Maßnahmen zur Stärkung der ambulanten Pflege im ländlichen Raum vom 14.07.2022

- Vorschläge von Personen zur Entsendung in die Ethikkommission für Berufe in der Pflege vom 27.09.2022

Ausblick auf das Jahr 2023

Der Fachausschuss Pflege und Gesundheit wird auch im Jahr 2023 gemeinsam mit den Mitgliedern der Verhandlungsgruppe ambulante Pflege tagen. Für das kommende Jahr 2023 werden unter anderem folgende Punkte als Schwerpunktthemen in der Arbeit des Fachausschusses Pflege und Gesundheit identifiziert:

- Schiedsverfahren der Vergütungsfindung in der häuslichen Krankenpflege
- Verhandlung des Landesrahmenvertrages gemäß § 75 SGB XI für die ambulante Pflege mit Einbindung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes
- Begleitung der Umsetzungsschritte zur neuen Personalbemessung in der vollstationären Pflege gemäß § 113c SGB XI,
- Bildungsoffensive für „Hilfskraftpersonal mit landesrechtlich geregelter Assistenz Ausbildung in der Pflege“ in Niedersachsen
- Verhandlung der Pauschalen für die Schulen und Träger der praktischen Ausbildung nach dem PflBG für 2024 / 2025

4. Zahlen und Fakten

Durch den Fachausschuss Pflege und Gesundheit werden in Niedersachsen 740 voll- und teilstationäre Pflegeeinrichtungen mit insgesamt 44 113 Plätzen beraten und vertreten.

Die Anzahl ambulanter Pflegedienste in Trägerschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen beläuft sich auf 404, in denen 44 917 Pflegebedürftige in der eigenen Häuslichkeit versorgt werden.

(Quelle: Pflegestatistik 2019)

gez. Andrea Hirsing
Vorsitzende

Kurzbericht des Ausschusses »Soziale Dienste«

Mitglieder:

Herr Wintermann	AWO
Herr Kühn (Vorsitzender)	CV
Frau Malonnek	DRK
Frau Wellhausen	DW
Frau Günther	PN

Ständiger Gast:

Herr Cuypers	NLS
Frau Schmieta	Stelle f. Soz. Innovation
Frau Kuhlmann	Stelle f. Soz. Innovation

Aufgaben & Ziele

Im Fachausschuss Soziale Dienste werden die Themen im Bereich der sozialen Arbeit und der damit verbundenen Sozialpolitik bearbeitet. Die soziale Sicherung gegen Risiken wie Arbeitslosigkeit, drohendem Wohnungsverlust, Mangel an bezahlbarem Wohnraum, Verschuldung und Armut bildet dabei den Schwerpunkt. In diesem Kontext gestaltet der Fachausschuss die Zusammenarbeit mit den Expert*innenkreisen Betreuungsrecht, Straffälligenhilfe, Wohnungslosenilfe und Schuldnerberatung. Ziel ist es dabei, die Identifizierung von Schnittstellen und übergeordneten relevanten Themen, um diese für die Lobbyarbeit des Vorstandes der LAG FW mit Landespolitik und -verwaltung aufzubereiten. Der Fachausschuss wird dabei im Rahmen von Verbandsanhörungen an Landesgesetzen und Richtlinien fachlich zur Stellungnahme beteiligt. Die Koordinierung und Mitwirkung am sogenannten Anlagenbericht der LAG FW zur „Handlungsorientierten Sozialberichterstattung“ ist ebenfalls ein wichtiges Feld der Tätigkeit des Fachausschusses.

Jahr 2022

Das Jahr 2022 war erneut durch die Coronapandemie und zusätzlich durch die Energiekrise und Teuerungswelle geprägt. Besonders Menschen, die in die sozialen Beratungsstellen kommen sind durch diese beiden Krisen stärker als andere Bevölkerungsgruppen betroffen. Für sie erhöhen sich die Risiken durch Arbeitslosigkeit, die prekäre Situation am Wohnungsmarkt sowie durch Überschuldung und Armut in ausweglose Situationen zu kommen. Hier unterstützen die Träger*innen der Freien Wohlfahrtspflege durch vielfältige Angebote und Beratungsstellen vor Ort. Der Fachausschuss arbeitet dazu eng mit den oben genannten Expert*innenkreisen zusammen.

Erneut haben zwei Vertreterinnen des Fachausschusses an der Beratung und Ausführung des Wettbewerbes „Gute Nachbarschaft“ zur Förderung der Gemeinwesenarbeit und Quartiersentwicklung teilgenommen. Im Jahr 2021 wurde im Land Niedersachsen das Bündnis für gute Nachbarschaft ins Leben gerufen. Die LAG FW war dabei Gründungsmitglied. Mitglieder des Fachausschusses Soziale Dienste haben mitgewirkt bei Vorbereitung und Gründung des Bündnisses. Zudem ist der Fachausschuss Soziale Dienste insbesondere vertreten in der AG Wohnen und Wohnumfeld und ein Mitglied des Fachausschusses hat die AG Soziale Aktivitäten und Soziale Infrastruktur geleitet. In dieser AG standen Fragen im Raum, wie z. B.:

- Wie können soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur vor Ort verbessert werden? (Schaffung von Beratungsangeboten, Begegnungsräumen, Angebote für Kinder und Jugendliche, Gestaltung von familienfreundlichen Quartieren)
- Wie können Lebens-, Bildungs- und Teilhabechancen verbessert werden?

Der Fachausschuss Soziale Dienste und die Expert*innenkreise waren darüber hinaus u. a. an folgenden Verhandlungen und Stellungnahmen beteiligt:

- Rahmenvertragsverhandlungen zu Hilfen nach §§ 67ff SGB XII
- Verhandlungen über die verstärkte Förderung der Schuldnerberatungsstellen
- Landesausführungsgesetz zum Betreuungsorganisationsgesetz

Darüber hinaus haben Mitglieder des Fachausschusses in der AG 1 - Soziale Härten bei der Staatskanzlei mitgearbeitet, um Hilfen für Bürger*innen in Niedersachsen zu entwickeln, die aufgrund der gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten in existenzielle Not geraten. Hier wurde seitens der LAG FW ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgeschlagen. Mit der Vorlage des Anlagenberichts 2022 der „Handlungsorientierten Sozialberichterstattung Niedersachsen“ zum Thema Kinderarmut hat die LAG FW erneut deutlich gemacht, dass das Thema Kinderarmut in Niedersachsen weiterhin auf einem hohen Niveau verweilt,

das fast jedes fünfte Kind betrifft. Neben der Analyse finden sich eine Reihe guter Praxisbeispiele aus Niedersachsen zur Reduzierung von Armutsfolgen für Kinder. Die Forderungen der LAG FW, z. B. nach Einrichtung einer Enquetekommission des Landtages zur Erarbeitung einer landesweiten Gesamtstrategie zur Bekämpfung von Kinder-, Jugend- und Familienarmut, komplettieren den Anlagenbericht.

Ausblick 2023

Der Fachausschuss Soziale Dienste wird klären müssen, wie sich die LAG FW weiterhin im Bündnis „Gute Nachbarschaft“ des Landes Niedersachsen ergebnisorientiert engagieren kann. Der Fachausschuss wird die „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung“ begleiten und beim Anlagenbericht mitwirken. Die Zusammenarbeit mit der „Stelle Soziale Innovation“ der LAG FW wird intensiviert. Die Kolleginnen werden weiterhin als Gäste im Fachausschuss vertreten sein.

gez. Reinhard Kühn
Vorsitzender

Mitglieder EK Betreuungsrecht:

Herr Falkenberg	AWO
Herr Jacobs (Sprecher)	CV
Herr Garlich	DW
Frau Pousiné	PN
Frau Neusel	PN

Mitglieder EK Schuldnerberatung:

Herr Bode	AWO
Frau Braun (Sprecherin)	CIIN
Herr Hodemacher	DRK
Frau Sievers	DW
Frau Rensen	PN

Mitglieder EK Straffälligenhilfe:

Herr Schmeinck (Sprecher)	CV
Herr Kupka	DW
Herr Voß	PN

Mitglieder EK Wohnungslosenhilfe:

Herr Jäger	CV
Herr Brauner (Sprecher)	DW

EK Betreuungsrecht

Aufgabe und Ziel

Aufgabe und Ziel des EK Betreuungsrecht ist es, den Austausch unter den Betreuungsvereinen und das Betreuungswesen in Niedersachsen zu fördern.

Erfahrungsaustausch

Am 09.02.2022 konnte, wenn auch nur digital, wieder ein Erfahrungsaustausch durchgeführt werden. Inhaltlich wurden die Betreuungsrechtsreform 2023 und die Anforderungen an die Digitalisierung in den Betreuungsvereinen vorgestellt und in Arbeitsgruppen konkretisiert.

Politische Vertretung und Gespräche

Die Vorbereitung auf die zum 01.01.2023 in Kraft tretende umfangreiche Betreuungsrechtsreform war insgesamt der Schwerpunkt der Arbeit des EKs. Dazu wurden mit der zuständigen Referentin im Justizministerium im Mai ein konstruktives Gespräch und im weiteren Verlauf des Jahres mehrere Telefonate geführt. Auf die Notwendigkeit der Änderung der Förderrichtlinie zur nachträglichen Verteilung von in 2021 coronabedingt nicht ausgezahlten Mitteln wurde hingewiesen. Auch in Gesprächen mit den Vorsitzenden des Rechtsausschusses war die Weiterentwicklung der Querschnittsförderung Hauptthema. Bei der Informationsveranstaltung der Landesbetreuungsstelle am 31.08.2022 wurde zudem auf die Vereinfachung des Abrechnungsverfahrens gedrängt. Der Expert*innenkreis bereitete die Stellungnahme der LAG FW zum Landesausführungsgesetz vor und konnte einzelne Änderungswünsche durchsetzen.

Runder Tisch Betreuung

Beim „Runden Tisch Betreuung“ am 29.09.2022 auf Einladung des niedersächsischen Justizministeriums wurde deutlich, dass für die Förderung der Betreuungsvereine ab 2023 keine zusätzlichen Haushaltsmittel eingeplant sind, obwohl sich die Aufgaben und damit auch der Arbeits- und Zeitaufwand durch die Reform zu mehr Selbstbestimmung der Betreuten deutlich erhöhen werden. Die Vertreter der LAG FW

forderten, den im § 17 Betreuungsorganisationsgesetz bestimmten Anspruch auf eine „bedarfsgerechte Finanzierung“ umzusetzen und die bestehende Förderrichtlinie durch eine Finanzierungsregelung zu ersetzen.

Finanzielle Förderung von Betreuungsvereinen

Die Finanzierung der Betreuungsvereine, die staatliche Pflichtaufgaben subsidiär erfüllen, bleibt damit weiterhin prekär. Es wird darüber zu streiten sein, wie eine „bedarfsgerechte“ Querschnittsarbeit in Niedersachsen auszusehen hat. Der EK hält zum Start der Reform eine Querschnittsstelle pro 100 000 Einwohner (bzw. mindestens eine pro Landkreis) als Mindestausstattung für erforderlich.

Ausblick

Der EK Betreuungsrecht wird im Jahr 2023 weitermachen, wo er 2022 aufgehört hat und die Kontakte zu den neu gewählten Fachpolitiker*innen suchen.

Da die Betreuungsrechtsreform nicht mit den erforderlichen Finanzmitteln ausgestattet wurde, sind auch die Gerichte und die Betreuungsbehörden mit Umsetzungsproblemen konfrontiert. Hinzu kommt, dass infolge der Inflation rasant gestiegene Kosten der Führung von Betreuungen durch Vereinsbetreuer*innen durch die im Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz bestimmten Fallpauschalen schon jetzt nicht gedeckt sind. Sie sollen erst bis zum 31.12.2024 evaluiert und dementsprechend später angepasst werden. Ob die Vereine bis dahin durchhalten können und werden, ist mehr als fraglich.

gez. Klaus Jacobs
Sprecher

EK Schuldnerberatung

Aufgaben des EK Schuldnerberatung

Der EK Schuldnerberatung bündelt die Aktivitäten der Freien Wohlfahrtspflege im Bereich der Schuldner- und Insolvenzberatung und ist Ansprechpartner*innen des niedersächsischen Sozial- und des Justizministeriums sowie des Landessozialamtes.

Schwerpunkte 2022

Während sich der Arbeitsmarkt im Jahr 2022 erholt hat und weniger Menschen in Kurzarbeit waren, wurden die Verbraucher*innen seit dem Jahresanfang 2022 durch die steigende Inflation und vor allem dem starken Anstieg der Energiekosten belastet. Trotz der staatlichen Hilfspakete haben nicht nur Sozialleistungsbezieher*innen sondern sogar normalverdienende Menschen Probleme, mit einem gleichbleibenden oder kaum gestiegenen Haushaltsbudget ihre Familien über die Runden zu bringen.

Die Teuerungswelle war auch Thema der diesjährigen Aktionswoche Schuldnerberatung unter dem Titel „... und plötzlich“. Schon im Frühjahr wurde deutlich, dass den Haushalten bei steigenden Kosten immer weniger bleibt, um die laufenden Verpflichtungen zu bedienen. Immer weniger Menschen sind in der Lage, Rücklagen zu bilden.



Auch das Land Niedersachsen hat erkannt, dass in dieser Situation mehr Schuldnerberatung gebraucht wird. Das Land unterstützt daher die Ausweitung der Beratungskapazitäten über das Jahr 2022 hinaus, damit mehr Haushalte bei der Haushalts- und Budgetplanung und bei der Beantragung von staatlichen Leistungen und Hilfgeldern unterstützt werden können.

Herausforderungen für 2023

Die Wirtschaftsauskunftei Creditreform rechnet in ihrem neuen Schuldenatlas mit steigenden Überschuldungszahlen im Jahr 2023. Denn der Winter wird teuer werden, auch wenn die Gas- und Strompreise bereits gedeckelt wurden.

Wichtiger denn je bleibt: Der Bundesgesetzgeber muss einen Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung schaffen, damit die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen allen Haushalten helfen können, Überschuldung zu vermeiden.

Zahlen und Fakten

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sind Träger von über 120 Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in ganz Niedersachsen. Gemeinsam haben sich die Verbände bereits im Jahr 2014 auf eine Rahmenkonzeption „Soziale Schuldnerberatung in Niedersachsen“ verständigt.

gez. Antje Braun
Sprecherin

EK Straffälligenhilfe

Aufgaben und Zielsetzung des EKs Straffälligenhilfe

Der EK Straffälligenhilfe vertritt die 14 Anlaufstellen für Straffälligenhilfe und die 13 Wohnraumhilfen für straffällige und haftentlassene Menschen unter dem Dach der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen.

Regelmäßig und verbindlich nehmen die Vertreter*innen des Justizministeriums und der Leitenden Abteilung des Ambulanten Justizsozialdienstes (AJSD) an den Sitzungen des EKs teil. Im Jahr 2022 ging es in den intensiven und konstruktiven Gesprächen im EK:

- um die finanzielle Absicherung der Arbeit der Freien Straffälligenhilfe,
- um die einheitliche Dokumentation der Arbeit,
- um die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Partner*innen aus anderen Diensten, aus der Politik, mit dem Justizministerium und der Bewilligungsbehörde,
- um die inhaltliche Weiterentwicklung,
- um Arbeitsabsprachen explizit im Bereich des Projektes „Geldverwaltung statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen“ und
- um die Organisation landesweiter Veranstaltungen.

Das gemeinsame Ziel aller Beteiligten ist, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine gelingende Resozialisierung. Die Arbeit mit den Tätern ist Prävention und Opferschutz. Es sollen Rückfälle in die Straffälligkeit vermieden werden.

Schwerpunkte der Aktivitäten 2022

Durch viele Gespräche mit politischen Vertretern*innen wurde auf die Deckungslücke in der Finanzierung der Freien Straffälligenhilfe in Niedersachsen hingewiesen. Zumindest konnten über die politische Liste fehlende Finanzmittel für den Doppelhaushalt 2022 und 2023 zur Verfügung gestellt werden.

Der geplante landesweite Praxisworkshop zum Übergangsmanagement in Niedersachsen konnte nach pandemiebedingten Absagen in den Vorjahren dann vom 23.05. - 24.05.2022 in Stapelfeld nachgeholt werden.

Über 70 Fachleute aus den drei Diensten, AJSD, Justizvollzug und Freie Straffälligenhilfe haben sich zu einem zweitägigen Austausch getroffen. Schwerpunkt aller Themenbereiche war die Frage, wie die erfolgreiche Zusammenarbeit weiter ausgestaltet werden kann, um den Rückfall zu verhindern.

600.000 Euro Geldstrafen über vereinbarte Ratenzahlungen bezahlt werden. Ein sehr erfolgreiches Projekt der Freien Straffälligenhilfe in Niedersachsen.

gez. Hermann-Josef Schmeinck
Sprecher

Ausblick / Herausforderungen für 2023

Es muss weiter um eine verlässliche und planbare Finanzierung der Freien Straffälligenhilfe gehen. Die Grundlage dazu ist die auskömmliche finanzielle Ausstattung gemäß der bisherigen Förderrichtlinie. Die Einlassungen im Koalitionsvertrag geben berechtigte Hoffnungen darauf.

Die Förderrichtlinie läuft am 31.12.2023 aus. Der gemeinsam erarbeitete Richtlinienentwurf ist eine gute Grundlage für die nachfolgende Richtlinie. Hier sollte wieder eine bewährte gemeinsame Arbeitsgruppe aus den Mitgliedern des EKs und den Mitarbeitenden des Justizministeriums sowie der Bewilligungsbehörde AJSD gebildet werden.

Im EK wird es auch weiterhin um die inhaltliche Ausrichtung der Straffälligenarbeit gehen. Nach den pandemiebedingten Absagen in den letzten beiden Jahren soll der Parlamentarische Abend am 04.05.2023 im Landtag stattfinden. Die Vorbereitungen haben dazu begonnen.

Zahlen und Fakten

Die Anlaufstellen der Freien Straffälligenhilfe beraten jährlich über 5 000 Klienten, führen über 70 000 Gespräche mit Betroffenen und besuchen regelmäßig die Justizvollzugsanstalten in Niedersachsen. Durch die Wohnraumhilfen stehen niedersachsenweit 130 Wohnplätze für straffällige und haftentlassene Menschen zur Verfügung.

Über das Projekt „Geldverwaltung statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafe“ konnten von 2010 bis 2020 über 33 000 Hafttage eingespart werden. Das entspricht einem Gegenwert von 5 Millionen Euro. Es konnten in diesem Zeitraum außerdem mehr als

EK Wohnungslosenhilfe (WLH)

Im Jahr 2022 war der Expert*innenkreis (EK) weiterhin nur mit Vertretern der Spitzenverbände der Caritas und der Diakonie besetzt. Im ersten Halbjahr hat sich der EK zu zwei und im zweiten Halbjahr zu einer Beratung getroffen. Wie im Jahr 2021 haben die Zusammenkünfte digital stattgefunden.

Im Mittelpunkt des Austausches standen dabei zunächst die Überlegungen zur Weiterentwicklung der Vergütungspauschale im Kontext der Übergangswohnungen. Im Jahr 2021 hatte die LAG FW zu Verhandlungen aufgefordert. Darüber hinaus hat weiterhin die Pandemie die Diskussionen bestimmt, z. B. bei der Frage der Entwicklung der Kontaktzahlen und damit der Grundlage für die finanzielle / personelle Ausstattung der Tagesaufenthalte. Beide Themen sind in der Folge auch zum Gegenstand der im Jahresverlauf gestarteten Verhandlungen in der von der Gemeinsamen Kommission Hilfen nach §§ 67ff. SGB XII (GK 67) eingesetzten Unterarbeitsgruppe (UAG GK67) geworden.

Wie sich bereits Ende 2021 abzeichnete, hat sich der EK über den Jahreswechsel (bis zur Unterzeichnung im Februar 2022) mit den (Zwischen-) Ergebnissen der Rahmenvertragsverhandlungen entsprechend § 80 SGB XII auseinandergesetzt und Hinweise für diese Verhandlungen zuarbeiten können.

Im Jahresverlauf sind nach Einbindung durch den Fachausschuss drei Stellungnahmen erstellt worden. Zwei Stellungnahmen bezogen sich dabei auf die Entwicklungen am Wohnungsmarkt / Bauen und die dritte Stellungnahme auf die Inhalte des Koalitionsvertrages der neuen Landesregierung. Hierzu ist insgesamt festzustellen, dass die besonderen Bedarfe aus dem Helfefeld nur unzureichend wahrgenommen und in die sozialpolitischen Konzepte / Handlungsansätze eingeflochten wurden. Der Koalitionsvertrag bleibt mit allgemeinen Aussagen (die bereits lange vor der Landtagswahl von der Vorgängerregierung in Landtagsdebatten geäußert wurden) hinter den Möglichkeiten bzw. Erfordernissen zurück.

Die Arbeit der Experten aus dem EK WLH hat sich im Jahr 2022 sehr stark auf die Arbeit in den Verhandlungsgremien (GK 67 und UAG GK 67) auf Landesebene fokussiert und die eigentlich zur Verfügung stehenden Ressourcen bei Weitem überschritten. Ab Juni 2022 sind 14-tägige Arbeitstreffen auf Landesebene, Vorbereitungstreffen der Verbände der LAG FW sowie Arbeitstreffen einzelner Mitwirkender erfolgt.

Maßgeblich für die inhaltliche Arbeit sind dabei die Beschlüsse der GK 67, die dreimal getagt hat. Einvernehmlich konnte über die GK 67 bzw. die UAG GK 67 ein weitreichendes Entwicklungsprogramm für die Hilfen nach §§ 67ff. SGB XII erarbeitet und angegangen werden. Eine vergleichbare Entwicklung hat es im Helfefeld nach Einschätzung von Beteiligten seit 20 Jahren nicht gegeben. Mit den Gesprächen und Beratungen sind eine Vielzahl an sehr positiven Entwicklungen und Chancen für den entsprechenden Personenkreis verbunden. Nach aktuellen Beschlüssen wird diese Themenbearbeitung mindestens bis Ende 2024 andauern und entsprechende Ressourcen binden.

Unabhängig dieser sehr zu begrüßenden Entwicklung, die nicht zuletzt durch die handelnden Personen im Sozialministerium und der GK 67 eingeleitet wurden, stellt die desolante Situation am Wohnungsmarkt für den Personenkreis der wohnungslosen oder von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen ein sehr zentrales Problem dar. Auf diesen Sachverhalt hatte der EK in seiner Stellungnahme hingewiesen. Gleichzeitig ist diese Ausgangssituation keine auf das Helfefeld begrenzte Problemstellung, sondern eine helfefeldübergreifende und gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Die Bewältigung dieser Aufgabe erfordert aus der Sicht des EK einen entsprechend tief verankerten und fundiert / breit aufgestellten sozialpolitischen Handlungsansatz.

gez. Christoph Brauner
Sprecher

Kurzbericht des Ausschusses »Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder (TTK)«

Mitglieder:

Frau Tetzl (Vorsitzende)	AWO
Frau Lessel-Dickschat	CV
Frau Koschinka	DRK
Frau Dr. Berns	DW
Frau Maserkopf	PN

Aufgaben und Zielsetzung des Ausschusses

Der FA TTK tagte im Jahr 2022 im monatlichen Rhythmus, aufgrund der weiteren Corona-Lage vorwiegend per Videokonferenz. Dabei wurde das gesamte Spektrum der vorschulischen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit fachpolitisch diskutiert und alle in Kraft tretenden Bundes- und Landesgesetze wurden in den Blick genommen und beraten. Der Fachausschuss wurde im Rahmen von Verbandsanhörungen an Landesgesetzen und Richtlinien fachlich zu unterschiedlichen Stellungnahmen beteiligt. Der Schwerpunkt lag auf der Änderung der neuen Verordnung zur Durchführung (DVO) zum Niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kindertagespflege (NKiTaG), bei der aktuellen Lage der kriegsbedingten Flüchtlingslage und Aufnahme von geflüchteten Kindern in die Kindertagesstätten und der stetig ansteigende Fachkräftemangel.

Durch fachpolitische Überschneidungen bestand ein enger Kontakt zu den Ausschüssen „Behindertenhilfe“ und „Jugendhilfe“.

Ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit des Fachausschusses war eine themenorientierte Zuarbeit zum Vorstand für sozialpolitische Gespräche, vorwiegend mit Kultusminister Grant Hendrik Tonne und Sozialministerin Daniela Behrens und damit verbunden, die Begleitung und Bündelung von Ergebnissen.

Zudem nahmen im Jahr 2022 einzelne Mitglieder des Fachausschusses Vertretungen in fachlichen und politischen Gremien für die LAG FW wahr:

- Jour fixe des Kultusministeriums,
- Niedersächsischer Landesjugendhilfeausschuss,
- Kuratorium und in der Mitgliederversammlung des nifbe,
- Aktionsbündnis NKiTaG und

– Unterarbeitskreis Umsetzung Bundesteilhabegesetz (BTHG) - Kindertageseinrichtungen

Schwerpunkte der Aktivitäten 2022

Umgang mit geflüchteten Familien aus der Ukraine

Als Reaktion auf den befürchteten hoch einsetzenden Flüchtlingsstrom aus der Ukraine Ende März 2022 wurde die sog. „Notfall-Verordnung (VO)“ verabschiedet, zunächst befristet bis 31.07.2022. Hierdurch war es möglich, sofern die verfügbaren Plätze ausgelastet waren, in allen Gruppen der Kindertageseinrichtungen befristet bis zum 31.07.2022 jeweils ein zusätzliches Kind aufzunehmen. Für Kindertageseinrichtungen, die sehr kurzfristig geschaffen werden mussten, wurden die Anträge auf Betriebserlaubnisse oder Anträge auf Ausnahmen von den räumlichen Mindestanforderungen an den Betrieb einer Gruppe, auch ohne weitere Prüfung, befristet bis zum 31.07.2022 direkt erteilt.

Der Fachausschuss bewertete die Verordnung von Anfang an kritisch, da nur vereinzelt ukrainische Flüchtlingskinder in den Kitas auftauchten und u. E. erstmal andere Bedarfe vorrangig waren, dennoch wurde die VO ein zweites Mal, bis zum 31.12.2022 verlängert und ist jetzt ein drittes Mal, bis zum 31.07.2023 verlängert worden.

Corona-Lage

Das Land hat auch in diesem Jahr an einer Teststrategie in den Kitas festgehalten und zwei Antigen-Schnelltests pro Woche zur Verfügung gestellt, damit Kinder ab drei Jahren bis zur Einschulung anlassbezogen getestet werden können. Die Strategie verlängert sich zunächst bis zum 31.03.2023.

Die Herausforderung in den Kitas gestaltete sich darin, wieder zurück in den pädagogischen Alltag mit Kindern, Eltern und Personal zu finden. Eltern durften wieder in die Kitas, das Miteinander musste wieder neu gelernt werden.

Der Fachausschuss stellte hier zwischen den Trägern und den Fachkräften in den Kitas ein wichtiges Binde-

glied zur Vertretung deren Belange gegenüber der Politik und des Kultusministeriums dar.

Fachkräftebindung und -mangel

Es gibt nach wie vor einen steigenden Bedarf an Fachkräften bei gleichzeitig eklatantem Fachkräftemangel in niedersächsischen Kindertageseinrichtungen.

Wesentliche Ursachen für die Probleme bei der Bindung und des Mangels von Fachkräften gemäß NKiTaG § 9 liegen in relativ unattraktiven Ausbildungs- und vor allem den aktuellen Arbeitsbedingungen. Das spiegelt sich besonders in der Dauer der Ausbildung, der fehlenden Ausbildungsvergütung und den sich, trotz neuem NKiTaG, nicht wesentlich verbesserten Rahmenbedingungen in den Kitas wider.

Hohe Krankenstände in den Kitas, auch immer noch von Corona und deren Folgeerscheinungen geprägt, haben zu flächendeckenden Betreuungsausfällen, teilweisen Gruppenzusammenlegungen und -schließungen, auch durch fehlende Fachkräfte für Vertretungssituationen und Planstellen, im Jahr 2022 geführt. Auf der Klausurtagung des Fachausschusses im Juni 2022 in Cuxhaven wurde sich mit der Thematik intensiv auseinandergesetzt. In einem gemeinsamen Gespräch mit dem Kultusministerium (MK), hier mit Frau Walter und Frau Duda, beide Referat 43 Sozialpädagogische Bildungsgänge, wurde sich zum Thema Fachkräftemangel und Ausbildung ausgetauscht und ein Entwurf des Niedersachsenplans 2.0. durch das MK vorgestellt.

Aktionsbündnis Novellierung NKiTaG

Anlässlich der letzten Sitzung des niedersächsischen Landtages vor der Wahl am 09.10.2022 wurden im Aktionsbündnis Novellierung NKiTaG die Ansprüche an eine gute Kita formuliert. Gefragt waren hier Antworten auf den Personalmangel in den niedersächsischen Kindertagesstätten.



Dazu wurden vom Aktionsbündnis Landtagsabgeordnete auf dem Weg zu ihrer letzten Plenumsitzung vor der Landtagswahl zu einem Speed-Dating eingeladen, mit dem Hinweis darauf, wenn eine neue berufliche Zukunft zu planen ist, weil ggf. keine Wiederwahl erfolgen sollte, auch vielleicht ein Quereinstieg in eine Kita in Frage käme?

Dafür gab es das „Kita-Job-Speed-Dating“ direkt neben dem Landtag. Es wurde so damit einmal mehr auf die dramatische Situation in den Kitas aufmerksam gemacht, dass es in den Kindertagesstätten einen eklatanten Personalmangel gibt, der sich weiter zuspitzen werde. Ursachen dafür sind, dass auf dem Arbeitsmarkt nicht genug Fachkräfte mehr zur Verfügung stehen, durch Corona viele Fachkräfte aus dem Beruf gegangen sind und die Rahmenbedingungen für Kinder und Fachkräfte zu wünschen lassen und dringend verbessert werden müssen.

Anhörungen / Stellungnahmen und Positionierungen

Der Fachausschuss Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder hat im Berichtsjahr 2022 u. a. zu folgenden Themen Stellungnahmen, Positionen und Briefe, zum Teil in Abstimmung mit dem FA Behindertenhilfe, Jugendhilfe und Grundsatzfragen der LAG FW, verfasst:

- Ergänzende Bestimmungen für das berufsbildende Schulwesen (EB-BbS)
- Auswertung des Berichts des Sonderausschusses „zur Aufarbeitung der bisher gewonnenen Erkenntnisse aus der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und - daraus schlussfolgernd - zur Vorbereitung auf künftige pandemiebedingte Gesundheits- und Wirtschaftskrisen“, hier Kurzbericht der Auswertung aus Sicht des Ausschusses
- Es wurde die mögliche Entwicklung der Erzieher*innenausbildung beraten und ein entsprechendes Papier dazu erstellt
- Entwurf einer Verordnung zur Gewährleistung der Kindertagesbetreuung für geflüchtete Kinder; Verbandsbeteiligung
- Verbandsanhörung zur Änderung der Absonderungsverordnung

- Beteiligungs- und Anhörungsverfahren: Änderungserlass zur RIT zum Maßnahmenende
- Expert*innenhearing und Synopse Erzieher*innenausbildung im Bundesgebiet
- Anhörung zum Entwurf der RL zum infektionsschutzgerechten Lüften an Schulen und Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege
- Stellungnahme zur Änderung der VO NKiTaG über Kindertagesstätten und Kindertagespflege
- Anhörung zum Richtlinienentwurf (RL) Praxismentoring und Vernetzung für Kitas
- Benennung LAG FW Landesjugendhilfeausschuss
- Thesenpapier zur Kita-Krise und zum Fachkräftemangel
- Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Niedersächsischen Verordnung zur Gewährleistung der Betreuung in Kindertagesstätten für geflüchtete Kinder, Verlängerung bis 31.07.2023
- Beteiligungs- und Anhörungsverfahren: Änderungserlass zur RIT zum Maßnahmenende

Ausblick auf das Jahr 2023

Im Jahr 2023 wird der Fachausschuss „Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder“ mit der neuen Kultusministerin Kontakt aufnehmen und nachfragen, wie die Themen der Koalitionsvereinbarungen konkret umgesetzt werden können.

In diesem Rahmen wird auch die Arbeit im Aktionsbündnis NKiTaG mit Aktionen weitergeführt werden. Ein wesentlicher Themenschwerpunkt wird weiterhin der Umgang mit dem hohen Fachkräftebedarf und -mangel mit seinen Folgen sein. Der sich bereits landesweit umgreifende Fachkräftemangel in Verbindung mit akutem krankheitsbedingten Fachkräfteausfall wird im Jahr 2023 die LAG FW und auch den Fachausschuss weiter begleiten und vor neue Herausforderungen stellen. Hier werden wir uns besonders über die Qualitätsstandards mit der Politik und dem Kultusministerium auseinandersetzen müssen. Dazu ist von der LAG FW in der ersten Jahreshälfte ein Expert*innenhearing vorgesehen.

Um dem Fachkräftemangel in der Kindertagesbetreuung entgegenzuwirken, kündigte Kultusministerin Hamburg bereits Mitte November 2022 ein umfangreiches Maßnahmenpaket in Form des „Niedersachsen-Plans 2.0“ an, dass sowohl Personalgewinnung als auch Personalbindung zum Ziel hat. Beides, Personalgewinnung und Personalbindung, sei bereits konzeptionell über den Entwurf eines ‚Niedersachsen-Plans 2.0‘ entwickelt worden. Dieser Entwurf muss jetzt zeitnah vom MK mit den Trägern diskutiert werden, damit eine schnelle Umsetzung erfolgen kann.

Aufgrund der Änderungen im SGB VIII wird das Thema der Inklusion in Kitas einen besonderen Stellenwert bei der Umsetzung bekommen.

Gemäß Anschreiben des Regionalen Landesamtes für Schule und Bildung Hannover - Landesjugendamt - sind die Träger für ihre betriebserlaubnispflichtigen Einrichtungen gemäß § 45 Abs. 2 Nr. 4 SGB III auch in Verbindung mit § 48a Abs. 1 SGB VIII oder 15 AG SGB VIII aufgefordert, jeweils ein entsprechendes Konzept zum Schutz vor Gewalt der Behörde bis zum 31.07.2023 vorzulegen. Die Umsetzung ist von uns als Fachausschuss beratend zu begleiten und sich mit den Konsequenzen auseinanderzusetzen.

Die gesamte Sozial- und Gesundheitswirtschaft, so auch die Kitas, stehen angesichts der drastisch steigenden Energiepreise durch den Krieg in der Ukraine vor sehr großen Herausforderungen. Hier mangelt es bisher an Perspektiven zur finanziellen Entlastung durch die Bundes- und Landespolitik für die Träger und deren Einrichtungen. Die Kitas und die Tagespflegepersonen müssen weiterhin in die Lage versetzt sein, die Betreuung der Kinder zur Erfüllung des Rechtsanspruches auch bei steigenden Energiekosten aufrechtzuerhalten. Auch das wird für 2023 ein Thema für den FA TTK sein, in dem Katastrophenpläne gemeinsam mit dem Land für die Kitas entwickelt werden müssen, um im Krisenfall gut aufgestellt sein zu können.

Wir müssen ferner 2023 auch erste Ideen für die Umsetzung der geplanten Ganztagsbetreuung in den

Schulen, gemeinsam mit dem FA Jugendhilfe, entwickeln.

Zahlen und Fakten

Zum Stichtag 1. März 2022 gab es in Niedersachsen insgesamt 5 802 Tageseinrichtungen für Kinder. 345 035 Kinder im Alter bis maximal 14 Jahren besuchten eine Tageseinrichtung wie Krippe, Kindergarten oder einen Hort. Damit waren es im Vergleich zum Vorjahr 118 Einrichtungen mehr. Die Gesamtzahl der in Tageseinrichtungen betreuten Kinder stieg im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 11 107 Kinder. Weitere 22 354 Mädchen und Jungen wurden von einer Tagespflegeperson betreut.

Die Anzahl der Kleinkinder, die in einer Tageseinrichtung betreut wurden, nahm im Jahr 2022 um 8,3 % gegenüber dem Stichtag 2021 zu. So wurden im März dieses Jahres 61 095 Kleinkinder bis unter drei Jahren in einer Krippe oder einem Kindergarten für einen Teil des Tages versorgt, 2021 waren es noch 56 438 Kleinkinder. Im Jahr 2022 wurden 211 564 Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren in Tageseinrichtungen betreut. Das waren 2,3 % mehr als noch ein Jahr zuvor (206 709). In der Altersgruppe der sechs- bis elfjährigen wurden 71 586 Kinder betreut. Das waren 2,2 % mehr als im Jahr 2021 (70 026).

Zum Stichtag 1. März 2022 waren insgesamt 79 773 Personen in Tageseinrichtungen für Kinder mit einer Betriebserlaubnis nach § 45 Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) tätig.
(Quelle: LANDESAMT FÜR STATISTIK NIEDERSACHSEN, PRESSEMITTEILUNG Nr. 134 vom 24.11.2022)

Aktuell vertritt der Fachausschuss über $\frac{3}{4}$ aller Tageseinrichtungen für Kinder mit und ohne Behinderung mit rund 190 000 Kindern in Niedersachsen.

gez. Ursula Tetzl
Vorsitzende



Jahresbericht 2022 der Stelle für Soziale Innovation

3

Jahresbericht der „Stelle für Soziale Innovation (SSI)“ der Freien Wohlfahrtspflege

Aufgaben und Zielsetzung

Die Stelle für Soziale Innovation (SSI) koordiniert im Schwerpunkt ‚Daseinsvorsorge‘ das Förderprogramm Soziale Innovation in Niedersachsen und macht es landesweit bekannt. Das Projektteam der SSI initiiert, berät und begleitet Projekte vor und während der Umsetzungsphase in den vier niedersächsischen Regionen: Weser-Ems, Leine-Weser und Braunschweig (Stärker entwickelte Regionen / SER) sowie Lüneburg (sog. Übergangsregion / ÜR).

Die von der SSI begleiteten Projekte verfolgen unterschiedliche Schwerpunkte, haben aber alle gemeinsam, dass sie im Rahmen der Daseinsvorsorge den Zugang zu Gesundheits- und Sozialdienstleistungen – besonders in strukturschwachen Regionen und auf dem Land – auf ganz neue und bisher unerprobte Weise verbessern.

Sie sind darauf ausgelegt, auf andere Regionen und andere Träger übertragbar zu sein, möglichst viele relevante Akteure in der Region einzubeziehen und nach Auslaufen der Projektlaufzeit weiter zu wirken – im Idealfall sogar in einer Regelversorgung.

Die SSI ist Mitglied in der Steuerungsgruppe ‚Soziale Innovation‘ des programmverantwortlichen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (MB). In dieser Funktion ist sie an der Auswahl von Ideenbekundungen im Rahmen des zweistufigen Antragsverfahrens sowie an der Bewertung der abgeschlossenen Projekte für ein Mainstreaming beteiligt.

Neben der SSI in der Trägerschaft der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Niedersachsen (LAG FW Nds.) gibt es zwei Weitere: Eine ist an die Unternehmerverbände (UVN) angegliedert und eine an den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).

Gemeinsam arbeiten sie an Verbesserungen der Rahmenbedingungen sowie an der Weiterentwicklung des Förderprogramms in den Förderschwerpunkten Daseinsvorsorge und Arbeitswelt im Wandel.

Die SSI und die von ihr begleiteten Projekte werden aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert.

Schwerpunkte der Aktivitäten 2022

Veranstaltungen im Förderprogramm Soziale Innovation: Start der neuen EU-Förderperiode

Im vergangenen Jahr lief die alte Förderperiode aus. Zeitgleich trat die neue Richtlinie (2021 - 2027) in Kraft und damit verbunden der erste Aufruf zur Einreichung neuer Projektideen.

Der Schwerpunkt des Projektteams lag bei der abschließenden Beratung der auslaufenden Projekte und ihrer möglichen Verstetigung. Gleichzeitig fanden seit dem Frühjahr verstärkt Informationsveranstaltungen zur Bekanntmachung und Bewerbung des vereinfachten Antragsverfahrens statt und ab dem Sommer intensive Beratungsgespräche mit interessierten und potenziellen Antragsteller*innen.

Ausgewählte Veranstaltungen der SSI:

- Fortsetzung des regelmäßigen Austauschs für alle Digitalisierungsprojekte zu aktuellen Themen, moderiert durch die SSI.
- 17.05.2022: Online-Info-Veranstaltung zum ESF-Förderprogramm Soziale Innovation, gemeinsam mit dem FA Europa und dem Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten (MB).
- 16.06.2022: Meet Up Soziale Innovation in Hannover unter Federführung des MB: Die Veranstaltung war zugleich ein Abschluss der auslaufenden EU-Förderperiode sowie ein Auftakt in die neue – eine Misch-

form aus Projektmesse, Vernetzungsforum, Erfahrungsaustausch und Information der Öffentlichkeit über bisherige Projekte. Staatssekretär Matthias Wunderling-Weilbier zeigte sich den Träger*innen gegenüber sehr interessiert und lobte Ihre innovativen Projektideen.

- 27.06.2022: Online-Projektvorstellung „HEDI – Schwangerenversorgung digital unterstützt“.
- 01.07.2022: Regionale Informationsveranstaltung zum EU-Förderprogramm „Soziale Innovation“ in Hildesheim: Begrüßung durch Ministerin Honé und Vorstellung ausgewählter Projektideen.
- 05.07.2022: Digitale Infoveranstaltung zur Vorstellung des Förderprogramms zusammen mit dem Paritätischen Niedersachsen.
- 09.06.2022: Ideenwerkstatt für Projektinteressierte in Lauenbrück: Mithilfe der „Design Thinking Methode“ haben die drei Stellen (SSI) gemeinsam mit dem MB gesellschaftliche Bedarfe in einer Analysewerkstatt identifiziert, aus denen Lösungsmöglichkeiten und Projektansätze herausgearbeitet wurden.
- 31.08.2022: Workshop zum Ideenaufbau in der neuen Förderperiode in Hannover: Gemeinsam mit den beiden anderen SSI, dem MB, dem Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg und der NBank wurden Interessierte über die Anforderungen sowie das Antragsverfahren im neuen Förderprogramm informiert.
- 26. - 29.09.2022 Vernetzungstreffen mit Parlamentarischem Abend in Brüssel: Vorstand LAG FW, FA Europa und SSI tauschen sich auf EU-Ebene zu sozialpolitischen Themen aus, informieren sich über

Förderungsprogramme für Niedersachsen und bringen Verbesserungsvorschlägen ein.

- 28.09.2022: Hybride Vorstellung des Förderprogramms beim Herbsttreffen der Leitungen der großen diakonischen Einrichtungen in Hannover.
- 29.09.2022: Digitale Vorstellung des Förderprogrammes in der AG Strukturfonds der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAG FW).

Auszeichnungen für Projekte

Besonders erfreulich waren die diesjährigen Preisverleihungen für zwei Projekte:

- Niedersächsischer Gesundheitspreis 2022: Projekt „HEDI – Hebammenversorgung digital unterstützt“, in der Kategorie: ‚eHealth: Digitale Technologien für mehr Gesundheit‘, Projektträger*in: Gesundheitsregion Göttingen / Südniedersachsen.
- Niedersächsischer Integrationspreis 2022: Projekt „Brothers – Gewaltprävention bei (geflüchteten) Jugendlichen, unter dem Motto „Integration von Kindern und Jugendlichen – gemeinsam stark in die Zukunft!, Projektträger*in: Bonveno Göttingen gGmbH.

Die SSI beteiligte sich regelmäßig an Workshops und Veranstaltungen des MB zur Vorbereitung und Themensetzung der nächsten EU-Förderperiode für Niedersachsen im Rahmen des Multifondsprogramms ESF / EFRE und war Teil der AG Strukturfonds der BAG FW. Außerdem arbeitet die SSI eng mit dem Fachausschuss Europa und dem Fachausschuss Soziale Dienste zusammen.



Ausblick / Herausforderungen für 2023

Öffentlichkeitsarbeit zum neuen Förderprogramm Soziale Innovation

Im März 2023 starten die ersten bewilligten Projekte im Rahmen des erneuerten und optimierten Förderprogrammes. Zukünftig können halbjährlich Anträge eingereicht werden – im Frühjahr und im Herbst. Der nächste Aufruf wird voraussichtlich im Februar 2023 veröffentlicht.

Es gilt, interessierte Träger*innen aus den Themenfeldern Gesundheit und soziale Dienstleistungen für die Durchführung von Projekten in ganz Niedersachsen zu gewinnen, zu unterstützen und gemeinsam an Projektentwicklungen für das Förderprogramm zu arbeiten. Die SSI berät deshalb Interessierte und unterstützt bei Fragen rund um das Förderprogramm. Im nächsten Jahr müssen die Erkenntnisse und Ergebnisse der abgeschlossenen Projekte gesichert und ausgewertet sowie für ein Mainstreaming bewertet werden.

Zahlen und Fakten

Begleitete Projekte

Seit Start des Förderprogramms Soziale Innovation im Jahr 2016 wurden bis Ende des Berichtsjahrs insgesamt 24 Projekte aus dem Schwerpunkt Daseinsvorsorge gefördert und von der SSI begleitet. Eine umfängliche Beschreibung finden Sie auf unserer Homepage und in unserer Broschüre.



Die thematischen Schwerpunkte der sozial-innovativen Projekte sind sehr unterschiedlich und reichen von Pflege und Teilhabe über Mobilität, Netzwerken und Freiwilligenarbeit bis hin zu Digitalisierung.



Im Berichtsjahr liefen folgende Projekte im Bereich Daseinsvorsorge aus, die die SSI beim Übergang in die Verstetigung unterstützt hat:

- MoPo gesund – Mobilitätsportal für das Gesundheitswesen
- HEDI - Schwangerenversorgung digital unterstützt
- DiCaSA - Digital Care Supply Advisor
- Welcome@CUX
- OPAL - Optimierung der Pflege in der Altenhilfe durch Sensornetzwerke
- Mobile Inklusion - MoIn
- Auszeithöfe - Landerlebnis für Körper und Geist
- Dictum Rescue Braunschweig: Digitale Kommunikationshilfen für nicht-deutschsprachige Patienten im Rettungsdienst
- „WaNTed Dozent*innen“: Wissenstransfer und Nachwuchsgewinnung in der Erwachsenenbildung
- Brothers: Gewaltprävention bei (geflüchteten) Jugendlichen

Die Mitgliedsverbände der LAG FW profitieren

Die Freien Wohlfahrtsverbände bzw. ihre Untergliederungen konnten an allen 24 Projekten beteiligt werden. Zudem ist die Weitergabe von Informationen und praktischen Handlungsempfehlungen durch die Teilnahme der SSI am FA Europa und seit Ende 2021 am FA Soziale Dienste gewährleistet.

Gleichzeitig konnten durch die Arbeit der SSI neue Projektakteure gewonnen und intersektorale Netzwerke aufgebaut werden (z. B. Wohlfahrt mit Landwirtschaftskammer, Kliniken, StartUps, Mobilitätsfirmen,

EU-Kommission, ESF / EFRE Multifonds-Verwaltungs-
behörde, Nds. Europaministerium, DGB, UVN).

Personal

Projektteam der SSI in 2022:

- Anna Low – Projektleiterin bis 09/2022 und
Imke Schmieta seit 10/2022
- Sarah Kuhlmann – Projektmitarbeiterin
- Daniela De Luca – Verwaltung

EU-Förderung

Die Personalkosten des Projektteams der SSI werden
mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) im
Rahmen des niedersächsischen Programms Soziale
Innovation gefördert.

Website

www.stelle-fuer-soziale-innovation.de

mit Informationen zur SSI, aktuellen Aktivitäten, den
sozial-innovativen Projekten und zum Förderpro-
gramm Soziale Innovation.

gez. Imke Schmieta
Projektleitung



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds





**Jahresbericht 2022 der
Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit | Bildung | Teilhabe
(LAG A | B | T) in Niedersachsen**

4

Jahresbericht der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit | Bildung | Teilhabe (LAG A | B | T) in Niedersachsen

Die Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit | Bildung | Teilhabe (LAG A | B | T) in Niedersachsen ist der Zusammenschluss der Rechtsträger von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und am Leben in der Gemeinschaft für Menschen mit Behinderung in Niedersachsen. Die aktuell 91 Mitgliedseinrichtungen, die auch den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege angehören, sind Werkstätten, andere Leistungsanbieter*innen (§ 60 SGB IX) Inklusionsunternehmen sowie Anbieter*innen von tagesstrukturierenden Angeboten.

Insgesamt sind in den Mitgliedseinrichtungen der LAG A | B | T Niedersachsen über 33 000 Menschen mit Behinderung, davon ca. 3 000 im Berufsbildungsbereich beschäftigt. In Tagesförderstätten / Fördergruppen werden darüber hinaus ca. 3 000 Menschen mit sehr hohem Assistenzbedarf gefördert.

Die LAG A | B | T Niedersachsen gliedert sich in fünf Regionale Arbeitsgemeinschaften (RAG A | B | T). Diese Organisationsstruktur gewährleistet eine schnelle und landesweite Interessenvertretung.

Dem Vorstand der LAG A | B | T Niedersachsen gehörten zum 31.12.2022 an:

Guido Uhl, Bersenbrück	RAG A B T Süd-West Niedersachsen
Michael Korden, Meppen	
Nahid Chirazi, Bassum	RAG A B T Nord-West Niedersachsen
Erwin Koops, Leer	
Manfred Willems, Hannover	RAG A B T Hannover
Andrea Sewing, Burgwedel	
Robert Bau, Bremerhaven	RAG A B T Nord-Ost Niedersachsen
Werner Ludwigs-Dalkner, Cuxhaven	
Helge Staack, Hildesheim	RAG A B T Süd-Ost Niedersachsen
Hans Henning Müller, Neuerkerode	
Anja Rinck, Hannover	LAG A B T-Geschäftsführerin
Stefan Sukop, Altenoythe	ständiger Gast für die LAG Integrationsfirmen Niedersachsen
Marianne Steppat	ständiger Gast für die LAG FW e.V.
Nicole Kaiser	ständiger Gast für die LAG Werkstatträte
Monica Blasynski	ständiger Gast für die LAG Werkstatträte

Geschäftsführender LAG A | B | T – Vorstand:

Vorsitzender	Michael Korden (VITUS, Meppen)
stellv. Vorsitzende	Nahid Chirazi (Delme Werkstätten)
stellv. Vorsitzender	Werner Ludwigs-Dalkner (Werkhof und Wohnstätten Lebenshilfe Cuxhaven).

Im Jahr 2022 hat sich der LAG A | B | T-Vorstand durchgängig mit den Herausforderungen und Folgen der Coronakrise und dem Angriffskrieg in der Ukraine, insbesondere in Bezug auf die daraus resultierenden immensen Kostensteigerungen und die einhergehende hohe psychische Belastung bei Mitarbeiter*innen, mit und ohne Behinderung, in den Mitgliedseinrichtungen auseinandergesetzt.

Die zunehmende kritische Berichterstattung über Werkstätten in den Medien war ebenfalls ein Dauerthema.

Folgende verschiedene **Positionspapiere, Stellungnahmen und Pressemitteilungen** wurden in 2022 veröffentlicht:

- Positionspapier LAG A | B | T Niedersachsen zu steigenden Kosten
- Positionspapier zur bundesweiten Entgeltreform (niedersächsische Position)
- Pressemitteilung zum Aktionstag Schichtwechsel (Schirmherrschaft Ministerpräsident Weil)
- Gemeinsame Pressemitteilung mit der LAG FW zu Änderungen des Infektionsschutzgesetzes
- Stellungnahme zur Änderung der Richtlinien zur Qualifizierung in der Hauswirtschaft und im Garten- u. Landschaftsbau der Landwirtschaftskammer
- Positionspapier zum Koalitionsvertrag
- Stellungnahme zur kritischen Berichterstattung über WfbM in der NDR Sendung „DAS“

Die LAG A | B | T stand kontinuierlich im engen Austausch mit der LAG FW und den entsprechenden Ausschüssen, insbesondere dem FA Behindertenhilfe und der Verhandlungsgruppe.

Darüber hinaus stand die LAG A | B | T regelmäßig mit dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, dem Landessozialamt, Integrationsamt, der Arbeitsagentur, auf Bundesebene mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) und den Landesarbeitsgemeinschaften der einzelnen Bundesländer, insbesondere in Norddeutschland, im engen Kontakt.

Ein sehr wichtiger Kooperationspartner ist weiterhin die Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstattträger (LAG WR). Neben der selbstverständlichen Teilnahme an den Vorstandsitzungen wurde die LAG WR bei allen relevanten Gesprächen und Prozessen beteiligt. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Werkstattträger und die Stärkung der Selbstvertreter*innen haben einen hohen Stellenwert. Die LAG A | B | T unterstützt das Anliegen aus dem Jahr 2021 zur besseren personellen Ausstattung der Assistenz von Werkstattträgern inklusive einer entsprechenden Refinanzierung und verhandelt dies gemeinsam mit der LAG WR mit dem Sozialministerium.

Die LAG A | B | T unterstützt die Forderungen nach einer fairen Entlohnung in der WfbM und setzt sich dafür auch auf Bundesebene ein.

Die LAG A | B | T hat sich in 2022 mit Themen, die die Teilhabequalität von Menschen mit Behinderung verbessern, intensiv beschäftigt und folgende **Veranstaltungen, Vorträge und Fachtage durchgeführt:**

- Zweiteiliger Mitgliederdialog zur Reform des Entgeltsystems am 31.03.2022 und 25.08.2022
- Benchmarking- Abschluss- Workshop „Qualität der Teilhabe am Arbeitsleben“ am 24.05.2022
- Fachvortrag im Rahmen des BAG Werkstätten:tag in Saarbrücken am 01.06.2022
- Fachtagung „Arbeit, Bildung und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen“ und „Qualitätsstandards in Tagesförderstätten“ gemeinsam mit dem Diakonischen Werk in Niedersachsen (DWiN) am 28.06.2022
- Fachtagung „Budget für Arbeit“ gemeinsam mit dem Sozialministerium, dem Integrationsfachdienst und der LAG WR am 07.07.2022
- Schichtwechsel am 12.09.2022. Aus Niedersachsen haben sich 19 LAG A | B | T Mitgliedseinrichtungen beteiligt. Das war bundesweit die höchste Beteiligung eines Bundeslandes und hat zu viel positiver Presse geführt
- Landeskonzferenz am 03.11.2022 inklusive Fachvortragsprogramm am Vormittag. Unter dem Titel „Fürsorge versus Teilhabe: (k)ein Widerspruch?!“ hielt Frau Prof. Dr. Sophia Falkenstörfer (Julius-Maximi-

lians-Universität, Würzburg) einen Vortrag, der einen durchaus kritischen Blick auf das Bundesteilhabegesetz (BTHG) warf.

In verschiedenen Arbeitsgruppensettings wurden mit dem Ziel, die gute Arbeit WfbM in Niedersachsen noch sichtbarer zu machen, unter der Einbeziehung von Expert*innen aus den fünf Regionen in Niedersachsen, folgende **LAG A | B | T Qualitätsstandards** bearbeitet und veröffentlicht:

Qualitätsstandards für Menschen mit höheren Hilfebedarfen in Tagesförderstätten (TaFö)

– Fertigstellung April 2022 - im internen Bereich auf der Website verfügbar

Qualitätsstandard Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt

– Seit 03/22 in Arbeit

Qualitätsstandard Berufliche Bildung

– Seit 03/22 in Arbeit

Die LAG A | B | T ist in 2022 in die nächste Phase des **Modellprojekt Übergang TaFö – Eingangsverfahren WfbM** gestartet. Nach dem Ende der Förderung durch die Aktion Mensch wurden Anpassungen in Bezug auf Steuerungs-, Umsetzungs- und Unterstützerguppe beschlossen und der IST-Stand neu bewertet. 15 Mitgliedseinrichtungen nahmen in 2022 am Modellprojekt teil. Die aktive Beteiligung ist aufgrund von allgemeinen Herausforderungen für viele Modellprojekteinrichtungen schwierig. Die Gründe dafür sind vielschichtig und stehen u. a. in Zusammenhang mit den aktuellen Krisen und / oder personellen Veränderungen.

Zentrales Ziel der **Beruflichen Bildung in Werkstätten** ist die Qualifizierung von Menschen mit Behinderungen für die Teilhabe am Arbeitsleben und die Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt. Deswegen sollten Bildungsangebote und -inhalte so konzipiert werden, dass sie sich an den Ausbildungsrahmenplänen der anerkannten Ausbildungsberufe orientieren und vergleichbar sind.

Die LAG A | B | T befürwortet deshalb ausdrücklich die Umsetzung und Anwendung der bundesweit einheitlichen harmonisierten Bildungsrahmenpläne und hat diesbezüglich eine Empfehlung an die Mitgliedseinrichtungen ausgesprochen. Besonderen Wert legt die LAG A | B | T dabei weiterhin darauf, Inhalte der bereits bestehenden, anerkannten Qualifizierungsmaßnahmen mit den harmonisierten Bildungsrahmenplänen zu verknüpfen.

Im Rahmen einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Vertreter*innen des LAG A | B | T Landesausschusses berufliche Bildung und der Agentur für Arbeit wurde ein konkreter Prototyp eines „reduzierten Eingliederungsplans“ unter Berücksichtigung datenschutzrelevanter Fragen erarbeitet. Ziel ist es, bis zur verpflichtenden Einführung der eM@V Schnittstelle auch Berichte über die Schnittstelle zu vermitteln. Dies ist zurzeit aus datenschutzrechtlichen Gründen seitens der Agentur für Arbeit noch nicht möglich.

Am 13.06.2022 hat sich nach intensiven Vorgesprächen eine Arbeitsgruppe aus Vertreter*innen der LAG A | B | T und der Agentur für Arbeit zusammengefunden, um anhand eines **gemeinsamen Kalkulationsmodells für Eingangsverfahren / Berufsbildungsbereich** eine einheitliche Grundlage für zukünftige Verhandlungen der Maßnahmenpreise zu erarbeiten.

Insgesamt sieben beteiligte Berufsbildungsbereiche haben Modellberechnungen durchgeführt. Die Ergebnisse wurden gemeinsam mit der Agentur für Arbeit bewertet und erste Parameter für ein „niedersächsisches Kalkulationsmodell“ abgestimmt. Eine gemeinsame Klausurtagung ist für Januar 2023 geplant.

Ausblick 2023

- Erarbeitung eines gemeinsamen Kalkulationsmodells EV / BBB als Grundlage für zukünftige Verhandlungen der Maßnahmenpreise mit der Agentur für Arbeit.
- Abschluss der Verhandlung zum Thema Assistenz für Werkstattträte und Stärkung der Übergangsassistenz

- Veröffentlichung eines Leitfadens und einer Muster-geschäftsordnung zur Zusammenarbeit im Fachausschuss (gemeinsam mit dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung und der Agentur für Arbeit)
- Implementierung einer AG zur Verbesserung der Personalschlüssel in WfbM
- Mitarbeit an der Weiterentwicklung zum Budget für Arbeit
- Weiterentwicklung und Veröffentlichung weiterer Qualitätsstandards
- Durchführung von themenspezifischen Fachveranstaltungen/Fachtagungen
- Durchführung von Mitgliederdialogen, um inhaltliche und konzeptionelle Themen mit der Mitgliedschaft zu diskutieren
- Neugestaltung der LAG A | B | T-Homepage und Aktualisierung der Kommunikationsstrategie

gez. Anja Rinck



**Jahresbericht 2022 der Niedersächsischen
Landesstelle für Suchtfragen (NLS)**

5

Jahresbericht der Niedersächsischen Landesstelle für Suchtfragen (NLS)

Die NLS - Organisation und Aufgaben

Die Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen (NLS) ist eine Facharbeitsgemeinschaft der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V. (LAG FW). Sie verfügt mit einer eigenen Satzung, einer Mitgliederversammlung und einem eigenen Vorstand über vereinsähnliche Strukturen.

Als Dachorganisation der Einrichtungen der Suchthilfe und Suchtselbsthilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen vernetzt die NLS 75 Fachstellen für Sucht und Suchtprävention (ambulante Suchtberatungsstellen), 42 stationäre Einrichtungen und mehrere hundert Suchtselbsthilfegruppen. Sie fördert und koordiniert die präventiven, beratenden, therapeutischen und rehabilitativen Maßnahmen der Mitglieder im Arbeitsfeld Suchthilfe und Suchtprävention und vertritt die verbandsübergreifenden fachlichen Interessen in den Bereichen Suchtprävention, Suchtberatung, Suchtbehandlung.

Mitglieder der NLS sind die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen und die Landesverbände der unabhängigen Abstinenz- und Suchtselbsthilfeverbände (Blaues Kreuz in der Evangelischen Kirche, Blaues Kreuz in Deutschland, Freundeskreise für Suchtkrankenhilfe, Guttempler, Kreuzbund).

Vorstandsarbeit

Der Vorstand besteht aus vier Vertreter*innen der Spitzenverbände der FW und drei Mitgliedern der Abstinenz- und Suchtselbsthilfeverbände. Die Vorsitzende und die beiden Stellvertreter sind nach § 30 BGB besondere Vertreter des Vorstandes des LAG FW e. V.

Der Vorstand

Vorsitz: Evelyn Popp (AWO)

Stv. Vorsitz: Rüdiger Blomeyer (Kreuzbund) -

Conrad Tönsing (Caritas; bis März 2022);

Serdar Saris (Paritätischer, seit November 2022)

Beisitzerin: Andrea Strodtmann (Diakonie) -

Wilhelm März (Freundeskreise; bis März 2022),

Frank Nothnagel (Freundeskreise, seit November 2022) -

Gerrit Mühlbrandt (Guttempler) -

Günter Sandfort (Caritas, seit November 2022).

Der Vorstand der NLS trat im Berichtsjahr zu insgesamt neun Sitzungen zusammen, davon drei als außerordentliche Treffen. Der Vorstand pflegte in diesem Rahmen den Austausch mit verschiedenen Gesprächspartnern*innen, insbesondere mit der Drogenbeauftragten des Landes Niedersachsen, Frau Lörcher-Straßburg.

Neben dem Umgang mit der Coronapandemie in der Suchthilfearbeit war die kritische finanzielle Situation der ambulanten Suchtberatungsstellen ein wichtiges Thema im Vorstand. Erfreulicherweise hat der Landtag entschieden, den Suchthilfeetat des Landes für die Jahre 2022 und 2023 zu erhöhen und die Finanzhilfe für die Glücksspielsuchtberatung und -prävention dauerhaft zu steigern.

Der Vorstand befasste sich darüber hinaus mit der Aufstellung des neuen Arbeitsbereiches „Digitalisierung der Suchtberatung“, den das Land befristet bis zum Ende des Jahres 2023 mit einer zusätzlichen halben Stelle für die Geschäftsstelle der NLS fördert. Die Fortsetzung der politischen Gespräche unter anderem mit Frau Behrens, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung standen ebenso auf der Agenda und wie die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit, unter anderem im Rahmen des Aktionstages Suchtberatung.

In der Klausursitzung wurde u. a. der verstärkte fachliche Austausch der Mitgliedsverbände, eine Intensivierung der Kontakte zu den sozialpolitischen Bündnispartner*innen und anderen wichtigen Akteuren, die Einführung eines Rotationsprinzips bei der Besetzung des Vorsitzes sowie die Einführung von Expert*innenkreisen zur Verbesserung des fachbezogenen Austauschs zu aktuellen suchtfachlichen Themen verabredet. Erstes Ergebnis dieser Verabredung war die Veröffentlichung des Positionspapiers "Prävention jetzt – Gesundheit geht vor!" Ein weiteres Thema war die Neuordnung der Zusammenarbeit von LAG FW und NLS mit dem Ziel, die fachliche und politische Eigenständigkeit der NLS zu bewahren.

Die Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle der NLS unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben. Sie wird überwiegend vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (MS) finanziert. Der Arbeitsbereich Glücksspielsucht wird auf der Grundlage des Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung der Freien Wohlfahrtspflege (NWoIfFöG) finanziert. Projekte werden aufgrund von Förderrichtlinien oder durch Projektträger*innen finanziert. Zum Ende des Jahres waren acht Mitarbeitende für die NLS tätig.

Mitarbeitende der NLS Geschäftsstelle (Stand November 2022):

- Michael Cuypers – Geschäftsführer
- Andrea Beltrop – Projektreferentin, Landeskoordinatorin HaLT
- Ricarda Henze – Referentin Suchtprävention, Landeskoordinatorin
- Fabienne Jaax - Projektreferentin, Landeskoordinatorin Digitale Suchtberatung
- Martina Kuhnt – Referentin, Landeskoordinatorin Glücksspielsucht - Prävention und Beratung
- Christian Petersen – Hilfskraft Glücksspielsucht
- Nicole Poppinga – Verwaltung
- Mirjam Rauterberg – Verwaltung

- Neela Schremmer – Projektreferentin Glücksspielsucht
- Tobias Trillmich – Referent Suchthilfe

Die Aktivitäten der NLS fokussieren sich auf die Arbeitsbereiche Suchtprävention, Suchthilfe, Glücksspielsuchtprävention und -beratung, Suchtselbsthilfe und Projekte. Ein Teil der Aktivitäten wird in dem Flyer „Seminare und Fachtagungen“ dokumentiert und kommt insbesondere auch in der kontinuierlichen Arbeit in den Arbeitskreisen zum Ausdruck.

Arbeitskreise der NLS

- Arbeitskreis Suchtprävention
- Arbeitskreis Substitution
- Arbeitskreis CMA-Einrichtungen
- Arbeitskreis Mediensucht
- Arbeitskreis Präventionsteam Glücksspielsucht
- Arbeitskreis Suchtselbsthilfe
- Gesprächskreis Stabile Finanzierung
- Arbeitskreis Förderrichtlinie
- Arbeitskreis Digitale Suchtberatung

Arbeitsbereich Prävention

In Niedersachsen wurde 2022 in 24 Städten und Landkreisen in 27 Fachstellen für Sucht und Suchtprävention umfassende suchtpreventive Arbeit mit speziellen Fachkräften geleistet. Die NLS unterstützt diese Arbeit der Fachkräfte durch Koordination, Konzept- und Projektentwicklung, Qualitätssicherung, Evaluation, Fortbildungen sowie Materialerstellung. Darüber hinaus gibt es 24 „HaLT“-Standorte in Niedersachsen. „HaLT – Hart am Limit“ ist ein kommunales Alkoholpräventionsprogramm mit reaktiven und proaktiven Elementen. Die NLS übernimmt auch hier die Landeskoordination.

Die Angebote der Suchtprävention setzten vor der Corona-Pandemie ganz vorrangig auf die persönliche Interaktion. Somit waren diese Angebote auch stark von den Kontaktbeschränkungen der Corona-Pandemiebekämpfung betroffen. Bereits 2021 erholte sich

die Anzahl der Maßnahmen der Fachkräfte für Suchtprävention und im Rahmen des HaLT-Programms deutlich (2 609 Maßnahmen; + 42 % zum Vorjahr). Jede vierte Maßnahme wurde digital durchgeführt, 3 % hybrid.

Die NLS führte im Rahmen der Suchtprävention bewährte landesweite Projekte und Maßnahmen fort, u. a.:

- Fachtagung im Rahmen der Tagungsreihe „Professionalisierung kommunaler Alkoholprävention“ zum Thema „Viel Konsum – wenig Prävention: Möglichkeiten und Versorgungslücken in der Suchtprävention für und mit jungen Erwachsenen“
- Fortbildungen z. B. zu den Präventionsprogrammen „Net-Piloten“ und „starKids – Starke Kinder von Anfang an“,
- Programmkoordination und Abschluss des Programms „1000 Schätze – Gesundheit und Suchtprävention in der Grundschule“,
- Koordination und Begleitung der Weiterentwicklung des Projektes „HaLT - Hart am Limit“ auf Landesebene inkl. einer verstärkten Landeskoordination.

Die NLS koordinierte die Beteiligung am Transferprojekt „HöhenRausch – Kletterevent und Cannabisprävention“. Das Programm richtet sich eher an benachteiligte Jugendliche in der Jugendfreizeit und -hilfe und wird an drei niedersächsischen Standorten erprobt und vom Institut für interdisziplinäre Sucht- und Drogenforschung (ISD) Hamburg evaluiert.

Im Rahmen des Arbeitskreises Fachkräfte für Suchtprävention wurden u. a. drei eintägige Fortbildungen zu den Themen Fetale Alkoholspektrum-Störungen (FASD), Jugendliche und Medikamente und Visualisierungstechniken angeboten und es wurden vier Newsletter erstellt.

Die NLS wirkte beratend im „ressortübergreifenden Facharbeitskreis Suchtprävention“ des Landes mit, der im Berichtsjahr das Niedersächsische Suchtpräventionskonzept vorgelegt hat. Es wurde in der Kabi-

nettssitzung am 26.04.2022 von der Landesregierung beschlossen. Die NLS unterstützte die Informationsveranstaltung des federführenden Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung.

Die NLS präsentierte die Aktivitäten und Unterstützungsmöglichkeiten im Bereich Suchtprävention auf dem Niedersächsischen Präventionstag in Wolfsburg und dem Deutschen Präventionstag in Hannover.

Projekt 1 000 Schätze: Das Projekt ist ein von der Kaufmännische Krankenkasse Hannover (KKH) gefördertes Programm zur Stärkung der psychosozialen Gesundheit von Schüler*innen der ersten Klasse. Die Roll Out Phase I endete im September 2022. Die NLS fungierte als Programmkoordinator, Ansprechperson und Schnittstelle zwischen alle Programmeteiligten. Sie war befasst mit der Organisation und Durchführung von Bundesnetzwerktreffen, Erstellung und Herausgabe des 1 000 Schätze-Newsletters, Entwicklung und Erstellung von Programmaterialien und der Erstellung des Abschlussberichts für die Roll-Out Phase I

Insgesamt haben das Programm in der ersten Roll-Out Phase 21 Schulen, 101 Klassen mit 2 238 Schüler*innen umgesetzt. Seit Oktober 2022 hat das 1 000 Schätze-Kompetenzzentrum in Berlin die Koordination des Programms übernommen mit dem Ziel, das Programm bundesweit auszuweiten.

Arbeitsbereich Glücksspielsucht

Die NLS steuert den Ausbau und Betrieb von 24 Beratungsstellen für die Glücksspielsucht. Sie koordiniert und begleitet fachlich die vom Land finanzierten Fachkräfte für Prävention und Beratung von Glücksspielsucht. Die NLS dokumentiert diese Arbeiten und sie organisiert Arbeitskreistreffen für das Präventionsteam Glücksspielsucht in Niedersachsen. In 2022 fanden die Treffen wieder in Präsenz statt. Die Schwerpunktthemen: Achtsamkeit – Übungen für Beratende und Klient*innen, Ergebnisse des Glücksspielsurveys 2021, Problematisches Glücksspielen bei Spielhallen-

Servicekräften, Training der Emotionsregulation für Glücksspieler*innen.

Die Kommunikation zu den Fachkräften wurde außerdem durch Gesprächsräume im Intranet, mittels Rundbriefe und zahlreiche Telefon- und Videokontakte gehalten und intensiviert. Die NLS bot moderierte Fallbesprechungen für die Fachkräfte an. Sie pflegte darüber hinaus den Kontakt zu den für die Aufgabe wichtigen Ministerien (MS, MF und MW)

Im Rahmen des Auftrages beriet die NLS die Glücksspielaufsicht und pflegte den fachlichen Austausch zu den zuständigen Mitarbeitenden im Ministerium für Inneres und Sport als Zuwendungsgeber. Abermals spielte die fachliche Bewertung der gesetzlichen Regulierung des Glücksspiels eine wesentliche Rolle. Die Landeskoordinatorin erarbeitete Stellungnahmen u. a. zur Änderung des Nds. Glücksspielgesetzes, zum Gesetz spielhallenrechtlicher Bestimmungen, außerdem zur Qualifikation von Sozialkonzeptbeauftragten in Spielbanken, zur Fortführung der Telefonhotline und a. m. Eine besondere Herausforderung stellte die Prüfung der Finanzhilfe und die Entwicklung von Verfahrensweisen dar.

Weitere Aktivitäten (Auszug) im Bereich der Prävention und Beratung bei Glücksspielsucht

- Aktionstag Glücksspielsucht 2022 „Zocken stoppen“
- Qualifizierung nebenamtliche Suchtarbeit im Betrieb
- Kurz & Gut zu Bücher für Kinder von Suchtkranken
- Onlineberatung Glücksspielsucht (in Kooperation mit NRW)
- Einführung neuer Fachkräfte
- 2 Treffen der Länderkoordinator*innen (www.bundesweit-gegen-Gluecksspielsucht.de)

Modellprojekt „Prävention und Frühintervention von Glücksspielsucht für Menschen mit Migrationshintergrund“, BZgA (2021 - 2023)

Projekt „Überarbeitung des Glücksspielparcourskoffers zur Prävention von problematischem Glücksspielverhalten bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen“,

Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK). In dem Projekt geht es u. a. darum, dass der Einstieg ins Glücksspiel vermieden oder hinausgezögert wird und die Jugendlichen Gefahren und Risiken von Glücksspielen besser einschätzen können. Der seinerzeit vom Landesinstitut für Lehrerfortbildung und Schulentwicklung in Kooperation mit Fachkräften entwickelte Kofferparcours, der interaktive Stationen zum Thema Glücksspiel enthält, wird aktualisiert. Es geht insbesondere darum, die Handhabbarkeit zu vereinfachen, die Aufgabenvielfalt auf das Wesentliche zu reduzieren, Handlungsschritte zu verschlanken und die Inhalte zu aktualisieren.

Arbeitsbereich Suchthilfe

Die kontinuierliche Begleitung der Arbeitskreise Substitution, ChronischMehrfachAbhängige (CMA) Einrichtungen und Mediensucht gehörte zu den wesentlichen Aufgaben in diesem Arbeitsbereich (Organisation, inhaltliche Vorbereitung, Koordination und Moderation sowie die Betreuung der Online-Gruppen). Hinzu kam die Aufbereitung der Informationen bezüglich der Corona Pandemie für die Fachstellen für Sucht und Suchtprävention sowie für die stationären Einrichtungen.

Außerdem galt es, das Kooperationsprojekt „Flucht-Trauma-Sucht“ mit dem NTFN - Netzwerk Traumatisierte Flüchtlinge Niedersachsen e. V., abzuschließen; es wurden Schulungen für Mitarbeitende in Geflüchteten- und Suchthilfe angeboten und an der Erstellung eines Handouts für die Suchthilfe zum Umgang mit dieser Klientel mitgearbeitet. Weitere Aktivitäten waren (Auszug):

- Erstellung von Bericht zur Psychosozialen Betreuung (PSB) Bericht 2021 und Suchthilfestatistik 2021
- Planung der Suchthilfe-Berichterstattung durch das IFT München in Expert*innenrunde
- Mitwirkung am Positionspapier der NLS zur Neueregulierung der Abgabe von Cannabis
- Durchführung einer SKOLL- Trainer*innenausbildung mit sechs Teilnehmenden

- Durchführung des Kurses „Qualifizierung für die nebenamtliche Suchtarbeit im Betrieb“
- Vortrag bei der außerordentlichen Niedersächsischen Suchtkonferenz zum Thema „Bedeutung der PSB bei der Substitutionsbehandlung“
- Mitwirkung an der Erstellung und Abstimmung eines Grundsatzpapiers zur Kooperation zwischen Jobcenter / Arbeitsagentur und Suchthilfe sowie Empfehlungen zur Erstellung einer regionalen Kooperationsvereinbarung
- Weiterleitung und Bündelung der Rückmeldungen von Anfragen seitens des MS.

Zum Arbeitsbereich Suchthilfe gehört auch das neue Aufgabengebiet Digitalisierung in der Suchthilfe – das Projekt „DigiSucht“. Es steht für eine seit Oktober 2022 kostenfreie professionelle Beratung für suchtgefährdete und suchtkranke Menschen sowie deren Angehörige auch auf digitalem Weg (www.suchtberatung.digital.de). Die Website ist seit Oktober 2022 erreichbar. Die Vorteile der zusätzlichen Kommunikationsmöglichkeiten für Ratsuchende liegen in der einfachen Überbrückung von Entfernungen und dem niedrigschwelligen Zugangsweg. Das Angebot kann ausschließlich digital wahrgenommen werden oder in Kombination mit einer persönlichen Beratung vor Ort. Der Beratungsprozess wird mit Tools (bspw. Konsumtagebuch, Motivationswaage) unterstützt. Derzeit erproben vier Modellberatungsstellen in Osnabrück, Delmenhorst, Braunschweig und Hannover die Beratungsplattform. Im Auftrag des MS hat die NLS die Funktion der Landeskoordination übernommen. Zum Auftakt organisierte die NLS einen Fachtag. Außerdem wurde ein neuer Arbeitskreis eingerichtet mit dem Ziel, den Digitalisierungsprozess zu befördern und zu begleiten. Für die Fachkräfte wird die NLS im Frühjahr 2023 eine Schulungsreihe für die Onlineberatung anbieten, um die digitalen Beratungskompetenzen in der Mail-, Chat-, und Videoberatung zu stärken und zu erweitern.

Tagungen, Seminare, Fortbildungen

Im Berichtsjahr hat die NLS zahlreiche Fachtagungen, Seminare, Fortbildungen und ähnliche Aktivitäten angeboten und durchgeführt. Zu ihnen zählen (Auszug):

- Jahrestagung 2022: „So vielfältig wie das Leben – Leistungen der Suchthilfe“
- Fachtagung Digitalisierung der Suchtberatung
- Empfang / Begleitung einer am Thema Suchthilfe interessierten Delegation aus Japan
- 1 000 Schätze – Gesundheit und Suchtprävention in der Grundschule (Netzwerktreffen, Programmabschluss)
- HaLT-Landesnetzwerktreffen, HaLT-QM-Workshop, Re-Zertifizierungsschulung
- Net-Piloten - Programmschulung
- HöhenRausch Fachkräfteschulung
- Tagungsreihe Professionalisierung kommunaler Alkoholprävention: „Viel Konsum – wenig Prävention: Möglichkeiten und Versorgungslücken in der Suchtprävention für und mit jungen Erwachsenen“
- starKids – Starke Kinder von Anfang an (Programmschulung)
- Fortbildung zum / zur SKOLL / SKOLL-Spezial-Trainer*in und nebenamtliche Suchtarbeit im Betrieb

Die NLS setzte die erfolgreiche Online-Fortbildung KURZ&GUT fort. Die Veranstaltungsreihe ermöglicht in kompaktem Format praxisnahe Einblicke in unterschiedlichste Themen der Suchthilfe und Suchtprävention.

KURZ&GUT – Digitale Fortbildungsangebote zu folgenden Themen:

- Möglichkeiten und Grenzen gesetzlicher Betreuung
- Sucht im Alter – Herausforderung für die Beratung
- Betriebliche Suchtprävention: Unterweisung als Fachstellenangebot für Betriebe
- Leichte Sprache
- MPU-Vorbereitung bei Auffälligkeiten mit Cannabis und anderen illegalen Drogen
- Das neue Suchtpräventionskonzept des Landes
- Illegale Drogen im Darknet und Soziale Arbeit
- Kinderbücher zum Thema Sucht in der Familie

- Interessenvertretung - Anliegen und Forderungen erfolgreich politisch voranbringen
- Social Media als mögliche Öffentlichkeitsarbeit in der Suchthilfe?

Veröffentlichungen, Materialien (Auszug)

Im Berichtsjahr hat die NLS die folgenden Veröffentlichungen und Flyer erstellt bzw. herausgegeben:

- Jahresbericht der NLS für das Jahr 2021
- Seminare und Fachtagungen 2022 (Jahresprogramm der NLS)
- Suchthilfestatistik 2021 für ambulante Einrichtungen in Niedersachsen
- Psychosoziale Betreuung Substituierter in Niedersachsen 2021
- Jahresbericht 2021 der Fachstellen für Suchtprävention in Niedersachsen und des HaLT in Niedersachsen-Programms
- Flyer „Fachstellen für Suchtprävention in Niedersachsen“
- Umgang mit Cannabis im Lebensraum Schule – Handreichung zum Hinsehen und Handeln

Die Web-Seite der NLS im Internet (www.nls-online.de) wurde im Laufe des Jahres von weit über 100 000 Besucher*innen genutzt. Die große Nachfrage der NLS-Web-Seite ist über Jahre hinweg belegt.

Die NLS ist fachlicher Ansprechpartner für verschiedenste Organisationen sowie für Schulen, Fachhochschulen, Universitäten, Jugendämter, Betriebe und Behörde sowie Einrichtungen der Mitgliedsverbände. Zudem erkundigen sich etliche Einzelpersonen nach Hilfeeinrichtungen und erbitten Informationen.

Ein herzliches „Danke“ an alle Mitglieder, Förderer und Kooperationspartner*innen der NLS für die gute Zusammenarbeit, Unterstützung und die vielfältigen Formen der Unterstützung und des Miteinanders.

gez. Michael Cuypers



Jahresbericht 2022 der Landesstelle Jugendschutz (LJS)

6

Jahresbericht der Landesstelle Jugendschutz (LJS)

1. Aktuelle Situation der LJS

1.1. Personelle Ausstattung

Das Team der LJS bestand 2022 aus insgesamt elf Mitarbeiterinnen.

- Imke Schmieta, Leitung (bis 30.09.2022)
- Eva Hanel, Referentin für Medienpädagogik und stellvertretende Leitung
- Andrea Buskotte, Referentin Gewaltprävention
- Dominika Lachowicz, Referentin Suchtprävention
- Tanja Opitz, Referentin Sexualpädagogik
- Christine Eichholz, Referentin im Projekt „Gemeinsam gegen sexuellen Missbrauch“
- Irina Kubicki, Projektleitung Elterntalk
- Nicole Wockenfuß, Projektkoordinatorin Elterntalk
- Anja Brückner, Buchhaltung und Projektverwaltung
- Maike Krahe, Seminarorganisation und Projektverwaltung
- Jasmin Töpfer, Projekt- und allgemeine Verwaltung und Materialshop

1.2. Fortbildungen und Projektarbeit

Das Fortbildungsangebot der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen umfasste im Jahr 2022 **34 Veranstaltungen mit insgesamt 48 Fortbildungstagen**. Die Tagungen und Seminare fanden sowohl digital als auch in Präsenz statt. Die Referentinnen konzipierten und führten weitere Fortbildungen für andere Träger*innen durch, die in den jeweiligen Arbeitsbereichen aufgelistet sind.

Darüber hinaus wurden sieben Projekte konzipiert und unterstützt durch freie Mitarbeitende durchgeführt. Im Rahmen dieser Projekte wurden **vielfältige Fortbildungsangebote für Multiplikator*innen** sowie **zahlreiche Projekttag** mit Kindern und Jugendlichen und Elternabende durchgeführt.

Die **sieben Projekte** wurden flächendeckend in Niedersachsen angeboten. Projekttag in Schulen in Einrichtungen der Jugendhilfe sind sehr organisations- und beratungsintensiv und binden einen Teil der Arbeitskraft der Referentinnen. Umgesetzt wurden die Projekte mit freien Mitarbeiter*innen.

1.3. Teilnahme an Arbeitskreisen und Gremien

Die Mitarbeit der Referentinnen in Arbeitskreisen und Gremien dient dem fachlichen Austausch mit Expert*innen und der Kooperation mit verschiedenen Institutionen, der Begleitung modellhafter Projekte und der Entwicklung von Jugendschutzaspekten in Kontrollgremien und weiteren Arbeitszusammenhängen.

Arbeitskreise:

- Bundesweite Referent*innentreffen der Landesstellen Jugendschutz, pro Arbeitsbereich Gewalt, Medien, Sucht, Sexualpädagogik und Elterntalk
- Treffen der Geschäftsführer*innen der Landesstellen Jugendschutz (Imke Schmieta)
- Arbeitstagen des Landesjugendamtes
- AK Nordverbund Suchtprävention (Dominika Lachowicz)
- Arbeitskreis Kommunale Alkoholprävention der NLS, LPR, LS, LVG und LJS (Dominika Lachowicz)
- AK "Sexuelle Bildung und Gesundheit" der Region Hannover (Tanja Opitz)
- Netzwerk Medienkompetenz der Nds. Staatskanzlei (Eva Hanel)
- Beisitzerin im Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder – und Jugendschutz (Imke Schmieta)

Gremien / Institutionen:

- Nds. Vertretung des Vertreters der Obersten Landesjugendbehörden (OLJB) bei der Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) (Andrea Buskotte)

- Stv. Länderbeisitzerin bei der BPjM (Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien) (Andrea Buskotte)
- Beirat Projekt „Schutz vor sexualisierter Gewalt im Sport“, Landessportbund Nds. (Andrea Buskotte)
- Vorsitz des Nds. Landesjugendhilfeausschuss (Andrea Buskotte)
- Jugendschutzsachverständige bei der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK), Sprecherin der Jugendschutzsachverständigen der USK, USK-Beirat und IARC-Ausschuss (Eva Hanel)
- Landespräventionsrat Niedersachsen (Eva Hanel)
- Sprecherin der Landesgruppe Niedersachsen der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) (Eva Hanel)
- Mitglied im Expert*innenbeirat Digitale Souveränität Jugendlicher (DiSoJu), Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Pädagogik mit dem Schwerpunkt Medienpädagogik (Eva Hanel)

1.4. Beratungsarbeit

Die LJS beantwortet Einzelfragen zum erzieherischen Kinder- und Jugendschutz. Auf der Website www.jugendschutz-niedersachsen.de werden „Oft gestellte Fragen zum Jugendschutz“ (FAQ) erläutert und regelmäßig aktualisiert. Im Glossar werden zentrale Begriffe aus den Kontexten von Gewalt- und Suchtprävention, Medien- und Sexualpädagogik erklärt.

2. Die Arbeit der Fachreferate

2.1. Fachreferat Gewalt: Gewaltprävention / Prävention gegen sexuellen Missbrauch

Inhaltliche Schwerpunkte

- Mobbing und Cyber-Mobbing
- Diskriminierung und Rassismus
- Konfliktkompetenz und Gewaltprävention

Projekte

- Cyber-Mobbing – Medienkompetenz trifft Gewaltprävention
- Gemeinsam gegen sexuellen Missbrauch

- Jugendliche stärken für den Schutz vor sexuellen Übergriffen - Pilotprojekt zu Bystander-Prävention mit Jugendlichen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

Projekte



Gemeinsam gegen sexuellen Missbrauch

Das Projekt wird seit Ende 2019 vom Sozialministerium gefördert. Hauptaufgabe und Schwerpunkt des Projektes sind die **Konzeption und Durchführung von Inhouse- und Teamfortbildungen** in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und in Schulen. Durch die Vermittlung von Basiswissen zu sexualisierter Gewalt, zu Prävention und Intervention sollen die Einrichtungen bei der Klärung und Sicherung ihrer Handlungsoptionen im Kontext von Interventionsbedarf und bei der Entwicklung von Präventionsarbeit unterstützt werden.

- 24 Inhouse-Seminare
- 2 Workshops / Vorträge bei Fachtagungen anderer Veranstalter

Cyber-Mobbing – Medienkompetenz trifft Gewaltprävention

Im Projekt „Cyber-Mobbing“ wurden Methoden und Materialien für die pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen entwickelt, die von Teamer*innen der Landesstelle in unterschiedlichen Kontexten (Jugendarbeit, Schulklassen aller Schulformen) ein-



gesetzt werden. Zielgruppe des Projektes sind Kinder und Jugendliche ab ca. 10 Jahren.

Ziele des Projektes sind die Sensibilisierung für die Folgen von Cyber-Mobbing und die Erarbeitung persönlicher und gruppenbezogener Strategien für den Schutz vor Übergriffen. Darüber hinaus werden Ideen für zivilcouragiertes Verhalten im Netz erarbeitet. Kinder und Jugendliche werden dabei nicht als potenzielle Opfer oder Täter*innen, sondern vor allem als potenzielle „Helfer*innen“ und „Unterstützer*innen“ adressiert.

- 38 Projekttag mit Kindern und Jugendlichen
- 5 Fortbildungsveranstaltungen mit Fachkräften durch Projektmitarbeiter*innen

Ein Schwerpunkt des Projektes ist die Vermittlung von Informationen und Handlungsorientierung an Fachkräfte. Für diesen Kontext wurde 2022 erstmals eine umfangreiche Modul-Fortbildung angeboten:

Jugendliche stärken für den Schutz vor sexuellen Übergriffen

Pilotprojekt zu Bystander-Prävention mit Jugendlichen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe
In Zusammenarbeit mit dem AWO-Bezirksverband Braunschweig und der Beratungsstelle Sichtbar (Braunschweig) führt die LJS ein Projekt mit dem Fokus auf „Bystander“ bei sexueller Gewalt durch. Bei Übergriffen sind häufig weitere Jugendliche involviert: als Beobachter*innen der Situation, als Vertrauenspersonen oder Mitwisser*innen. Diese Bystander sind also potentielle Unterstützer*innen für Betroffene, ihre Perspektive ist deshalb relevant für die Prävention und relevant für die Intervention in akuten Situationen. Sich

bei Gewaltproblemen jemandem anzuvertrauen, kann Betroffene entlasten und eine Ressource für Hilfe und Unterstützung sein. Für das Anvertrauen spielen neben Freundschaften vor allem die sozialen Normen und das Gewaltverständnis einer Gruppe eine wesentliche Rolle. Sie sind Grundlage dafür, ob und wie Gleichartige bei einem Übergriff oder danach aktiv werden und eine betroffene Person unterstützen. Dieses Unterstützungspotential wird im Rahmen des Projektes reflektiert und aktiviert: in Workshops mit Jugendlichen und in Fortbildungen für Mitarbeiter*innen.

2.2. Fachreferat Medien: Medienpädagogik / Jugendmedienschutz

Inhaltliche Schwerpunkte

- Digitale Spiele, exzessives Spielen
- Mediale Gewaltdarstellungen
- Frühkindliche Mediennutzung
- Mobile Mediennutzung, Smartphone und Tablets
- Jugendmedienschutz, technischer Jugendmedienschutz

Projekte

- Digitale Welten – Was nutzt Ihr Kind?
- Eltern-Medien-Trainer*innen

Projekte

Eltern-Medien-Trainer*innen

Eltern-Medien-Trainer*innen sind pädagogische Fachkräfte, die medienpädagogische Elternveranstaltungen im Land Niedersachsen durchführen. Im Herbst begann der 10. Fortbildungskurs mit 24 pädagogischen Fachkräften. Der Baustein zum Thema „Warum lieben Kinder Filme und Fernsehen? Altersfreigaben und Wirkungsvermutungen“ fand am 03. und 04.11.2022 in der Heimvolkshochschule in Springe statt. Der zweite Baustein am 08. und 09.12.2022 stand unter der Überschrift „Online rund um die Uhr - Instagram, WhatsApp, TikTok, YouTube...“.



Für die langjährig aktiven Eltern-Medien-Trainer*innen konnte der alljährlich stattfindende zweitägige Methodenbaustein mit einigen Teilnehmenden in Präsenz und weiteren, die online dabei waren, stattfinden. Neben der Zeit zum Netzwerken und dem Austausch über gut gelingende Methoden in der medienpädagogischen Elternarbeit, referierte Roland Müller vom Verein PEP (Prävention Essstörungen Praxisnah) zum Thema „Mediale Einflüsse auf das Schönheitsideal: Fokus auf Jungs und junge Männer“. Dr. Iren Schulz von SchauHin informierte die Teilnehmenden zum Thema Missbrauch im Netz: „Familien über das Phänomen Cybergrooming aufklären und stärken“. Lidia de Reese und Ulrike Bastians von der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedienanbieter (FSM) arbeiteten mit den Teilnehmenden zum Thema „Unscripted Social Media? Antisoziales Verhalten und problematische Inhalte in Online-Formaten und sozialen Netzwerken“. [Eltern-Medien-Trainer | Ein Projekt der Landesstelle Jugendschutz \(jugendschutz-niedersachsen.de\)](https://www.jugendschutz-niedersachsen.de/Eltern-Medien-Trainer-Ein-Projekt-der-Landesstelle-Jugendschutz)

LAN-Partys für Eltern

Aufgrund der geltenden Hygiene- und Abstandsregeln konnten die LAN-Partys für Eltern, bis auf zwei Ausnahmen in Osnabrück und Göttingen, nicht stattfinden.

[LAN-Party für Eltern | Ein Projekt der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen \(jugendschutz-niedersachsen.de\)](https://www.jugendschutz-niedersachsen.de/LAN-Party-fuer-Eltern-Ein-Projekt-der-Landesstelle-Jugendschutz)

Digitale Welten – Was nutzt Ihr Kind?

Die Corona-Situation wirkt sich noch auf die Anzahl der medienpädagogischen Elternabende aus. Dennoch fanden 91 kostenfreie medienpädagogische Elternveranstaltungen (28 online und 63 in Präsenz) im



Land Niedersachsen statt, finanziert durch die Niedersächsische Landesmedienanstalt und das Niedersächsische Sozialministerium.

Der Referent*innenkreis (31) setzt sich aus medienpädagogischen Fachkräften der NLM, einigen Kolleginnen und Kollegen vom Blickwechsel e. V. und erfahrenen Eltern-Medien-Trainer*innen zusammen.

[Digitale Welten – Was nutzt Ihr Kind? | Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen \(jugendschutz-niedersachsen.de\)](https://www.jugendschutz-niedersachsen.de/Digitale-Welten-Was-nutzt-Ihr-Kind-Landesstelle-Jugendschutz-Niedersachsen)



3. Fachreferat Sucht: Suchtprävention / Gesundheitsförderung

Inhaltliche Schwerpunkte

- Cannabis und Jugendschutz
- Basiswissen zur Suchtprävention
- Suchtprävention in der stationären Jugendhilfe
- Suchtprobleme in der Familie
- Rechtliche Aspekte in der Arbeit mit Suchtmittel konsumierenden Jugendlichen

Projekte

- MOVE (Motivierende Kurzintervention mit konsumierenden Jugendlichen)
- Kita-MOVE (Schwierige Elterngespräche führen)

Veröffentlichung

Niedersächsisches Suchtpräventionskonzept

Die Mitwirkung als beratendes Mitglied im Ressortübergreifenden Facharbeitskreis Suchtprävention (ReFAS) des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung endete mit der Veröffentlichung des Niedersächsischen Suchtpräventionskonzeptes: Tielking, K. & Raabes, M.: Niedersächsisches Suchtpräventionskonzept des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung.

Projekte

MOVE

Motivierende Kurzintervention

MOVE ist ein Fortbildungsangebot für pädagogische Fachkräfte in Motivierender Gesprächsführung. Ziel ist es, mit Drogen konsumierenden Jugendlichen ins Gespräch zu kommen und ihre Veränderungsbereitschaft zu fördern.

Im Jahr 2022 konnten 16 neue Fachkräfte aus der Jugendarbeit, Sucht- und Jugendhilfe zu MOVE-Trainer*innen ausgebildet werden. Als solche bieten sie künftig eigenständig MOVE-Seminare für pädagogische Fachkräfte in Ihren jeweiligen Regionen an.

Drei dreitägige MOVE-Fortbildungen konnten in Niedersachsen im Jahr 2022 angeboten werden. Darüber hinaus wurde Cannabis-MOVE in der AG Suchthilfe der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden (AOLG) vorgestellt. Die Schirmherrschaft für das Projekt MOVE wurde im Jahr 2022 von dem Sucht- und Drogenbeauftragten der Bundesregierung übernommen.

Im Rahmen der Motivierenden Kurzintervention für Eltern im Elementarbereich (Kita-MOVE) konnten im Jahr 2022 sieben Fachkräfte aus dem Elementarbereich zu Kita-MOVE-Trainer*innen ausgebildet werden. Insgesamt sind nun 24 Kita-MOVE-Trainer*innen in Niedersachsen aktiv. Vier dreitägige Kita-MOVE-Fortbildungen konnten im Jahr 2022 in Niedersachsen durchgeführt werden.

Zudem wurde ein ergänzender Baustein für das Curriculum von Kita-MOVE zum Thema Migration inhaltlich erarbeitet und praktisch erprobt.

2.4. Fachreferat Sexualität

Inhaltliche Schwerpunkte

- Kindliche Sexualität
- Sexuelle Gesundheit und Jugendschutz
- Chancen und Grenzen der sexualpädagogischen Arbeit mit Jugendlichen
- Pubertät
- Jugendliche, Sexualität und Medien

Veröffentlichung



„Erst einmal tief durchatmen“

Interview im Scout-Magazin (HEFT 2/2022) zum Thema Pornografie und Jugendschutz

2.5. Projekt Elterntalk Niedersachsen

Elterntalk Niedersachsen – ein Projekt zur niedrigschwelligen Elternarbeit

Elterntalk ist ein niedrigschwelliges Angebot, das Eltern von Kindern bis zu 14 Jahren ermöglicht, sich mit anderen Eltern zu Medien- und Erziehungsthemen



im privaten Raum auszutauschen. Die Gesprächskreise werden moderiert und können in verschiedenen Sprachen stattfinden. So können Mütter und Väter, u. a. aus anderen Kulturkreisen, in ihren Erziehungskompetenzen gestärkt werden.

Konzeptionelle Arbeit, Fortbildungen

Im Arbeitsbereich Elterntalk wurden 2022 vier interne Weiterbildungen angeboten. Die Handbücher für die Regionalbeauftragten und die Moderator*innen wurden überarbeitet und erweitert. Ein neues Talkthema „Familienleben“, also Bildkarten und entsprechende Broschüre, wurde zusammen mit dem Arbeitsbereich Sexualität von Frau Opitz konzipiert, gedruckt und an alle Regionalbeauftragten sowie Moderator*innen verteilt. Dazu gab es eine Einführungsveranstaltung in Zusammenarbeit mit Tanja Opitz, die online stattgefunden hat und es wurden zusätzlich vier Themenvideos erstellt.

Die Homepage von Elterntalk Niedersachsen kann nun auch in englischer Sprache aufgerufen werden. Außerdem wurde mit der Überarbeitung der Medienthemen begonnen.

Interne Weiterbildung – Treffen der Regionalbeauftragten

Die zweitägige Veranstaltung konnte in Präsenz stattfinden und beinhaltete einen Vortrag zum Thema „Vorbilder im System Familie“ sowie die Arbeit in Kleingruppen zu den Themen „Evaluation von zehn Jahren Elterntalk“ und „Öffentlichkeitsarbeit“. Zudem hatten die Regionalbeauftragten die Möglichkeit, sich untereinander auszutauschen, ihre bisherige Arbeit zu reflektieren und Wünsche für das nächste Jahr zu formulieren.

Interne Weiterbildung – Treffen der Moderator*innen

Ein Treffen für Moderator*innen und deren Regionalbeauftragten fand in Hannover und eines in Bremen statt. Neben der Möglichkeit eines Austausches gab es einen Fachvortrag von Olaf Jantz vom Verein Mannigfaltig e. V. zum Thema „Migrationssensible Väterarbeit“ mit anschließender Diskussionsrunde.

Entwicklung der Standorte

2022 haben zwei Standorte begonnen, das Projekt vor Ort umzusetzen: Die Gemeinde Stuhr aus dem Landkreis Diepholz und Braunschweig. Der Landkreis Oldenburg setzte das Projekt nach einer Pause mit einem neuen Standortpartner und einer neuen Regionalbeauftragten um. Zwei Standorte mussten die Umsetzung des Projektes beenden, weil sie es nicht in die Verstetigung geschafft haben. Insgesamt verzeichnete das Jahr 2022 18 Standorte, vier Standorte befanden sich in der Implementierungsphase, d. h., dass die LJS den Großteil der Finanzierung für die Umsetzung des Projektes übernahm und 14 Standorte befanden sich in der Verstetigungsphase. Diese finanzierten die Umsetzung des Projektes größtenteils mit Eigenmitteln. Pandemiebedingt konnten die Standortbesuche durch die Projektverantwortlichen nur teilweise umgesetzt werden. Einige Gespräche mit Standortpartner*innen fanden online statt.



Derzeit werden an 18 Standorten in Niedersachsen Elterntalks angeboten. 2022 nahmen insgesamt 4 962 Eltern an 1 047 Talks teil, 87 % der Teilnehmenden haben dabei eine andere Herkunftssprache als Deutsch angegeben.



Besonders die Themen „Gesundes Aufwachsen“, „Regeln und Grenzen setzen in der Erziehung“ und „Familienleben“ waren neben den Medienthemen „Smartphone“ und „Fernsehen“ in diesem Jahr sehr gefragt.

3. Veröffentlichung der LJS, Materialdienst

Oft gestellte Fragen zum Jugendschutzgesetz Informationen für Eltern

Die Broschüre gibt Eltern und Interessierten kompakte Antworten auf Fragen zum Jugendschutzgesetz und soll bei Erziehungsaufgaben unterstützen.



Oft gestellte Fragen zum Jugendschutzgesetz Informationen für Jugendliche

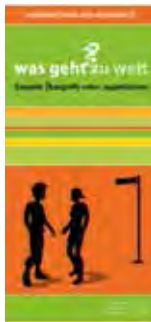
Diese Broschüre informiert Jugendliche über das Gesetz zu ihrem Schutz in der Öffentlichkeit in Form von Antworten auf konkrete Fragen: Wie lange darf ich am Wochenende im Club bleiben? Ab welchem Alter darf ich ein eigenes TikTok-Profil haben? Ab wann darf ich Shisha rauchen? Ist das Gucken von Pornos strafbar? Zu den Informationen gehören auch Hinweise zum neuen Spielhallengesetz in Niedersachsen sowie eine Linksammlung zu Beratungsmöglichkeiten rund um die Fragen zum Jugendschutzgesetz.



Was geht zu weit? Sexuelle Übergriffe unter Jugendlichen – Informationen für Fachkräfte

Jugendliche machen häufig Erfahrungen mit sexuellen Grenzverletzungen, oft sind sie auch als Beobachter*innen, als Freund*in oder Mitwisser*in involviert. Die Broschüre fasst zentrale Informationen zu sexueller Gewalt unter Jugendlichen zusammen und gibt Hinweise zum Handeln in akuten Situationen und für die Präventionsarbeit.

1. Auflage 2022 | 3 000 Stück



Gemeinsam gegen sexuellen Missbrauch – Handlungsorientierungen für Intervention und Prävention

4. Auflage (alle Auflagen insgesamt: 10 000 Stück)

Elterninfo Sexualität

3. Auflage 12/2022, 10 000 Exemplare

In der Elterninformation sind Tipps und Informationen zusammengetragen, die Eltern helfen sollen, die sexuelle Entwicklung ihrer Kinder bewusst zu begleiten.



gez. Eva Hanel



Anschriftenverzeichnis der Mitgliedsverbände
der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien
Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V.

7



Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Hannover e. V.

Körtingsdorfer Weg 8 · 30455 Hannover
Tel.: 05 11 / 49 52 -0 · Fax: 05 11 / 49 52 -2
E-Mail: info@bv-hannover.awo.de
www.awo-bv-hannover.de

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Weser-Ems e. V.

Klingenbergstraße 73 · 26133 Oldenburg
Tel.: 04 41 / 48 01 -0 · Fax: 04 41 / 48 01 -103
E-Mail: info@awo-ol.de
www.awo-ol.de

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Braunschweig e. V.

Marie-Juchacz-Platz 1 · 38108 Braunschweig
Tel.: 05 31 / 39 08 -0 · Fax: 05 31 / 39 08 -108
E-Mail: info@awo-bs.de
www.awo-bs.de



Caritasverband für die Diözese Hildesheim e. V.

Moritzberger Weg 1 · 31139 Hildesheim
Tel.: 0 51 21 / 9 38 -0 · Fax: 0 51 21 / 9 38 -119
E-Mail: dicv@caritas-dicvhildesheim.de
www.caritas-dicvhildesheim.de

Caritasverband für die Diözese Osnabrück e. V.

Knappsbrink 58 · 49080 Osnabrück
Tel.: 05 41 / 3 49 78 -0 · Fax: 05 41 / 3 49 78 -481
E-Mail: dicv-os@caritas-os.de
www.caritas-os.de

Landes-Caritasverband für Oldenburg e. V.

Neuer Markt 30 · 49377 Vechta
Tel.: 0 44 41 / 87 07 -0 · Fax: 0 44 41 / 87 07 -610
E-Mail: info@lcv-oldenburg.de
www.lcv-oldenburg.de



Deutsches Rotes Kreuz

Landesverband Niedersachsen e. V.

Erwinstraße 7 · 30175 Hannover
Tel.: 05 11 / 2 80 00 -0 · Fax: 05 11 / 2 80 00 -177
E-Mail: info@drklvnds.de
www.drklvnds.de

Deutsches Rotes Kreuz

Landesverband Oldenburg e. V.

Maria-von-Jever-Straße 2 · 26125 Oldenburg
Tel.: 04 41 / 9 21 79 -0 · Fax: 04 41 / 9 21 79 -79
E-Mail: zentrale@lv-oldenburg.drk.de
www.lv-oldenburg.drk.de



**Diakonisches Werk evangelischer
Kirchen in Niedersachsen e. V.**

Ebhardtstraße 3 A/Lutherhaus · 30159 Hannover
Tel.: 05 11 / 36 04 -0 · Fax: 05 11 / 36 04 -108
E-Mail: geschaeftsstelle@diakonie-hannovers.de
www.diakonie-hannovers.de

Diakonisches Werk der Ev.-luth

Kirche in Oldenburg e. V.

Kastanienallee 9 - 11 · 26121 Oldenburg
Tel.: 04 41 / 2 10 01 -0 · Fax: 04 41 / 2 10 01 -99
E-Mail: lv@diakonie-ol.de
www.diakonie-oldenburger-land.de

Diakonisches Werk der Ev.-ref. Kirche

Saarstraße 6 · 26789 Leer
Tel.: 04 91 / 91 98 -0 · Fax: 04 91 / 91 98 -148
E-Mail: diakonischeswerk@reformiert.de
www.reformierte.de



Landesverband der
Jüdischen Gemeinden
von Niedersachsen K.d.ö.R.

Jüdische Wohlfahrt Landesverband Niedersachsen

Haeckelstraße 10 · 30173 Hannover
Tel.: 05 11 / 8 1 04 72 · Fax: 05 11 / 85 29 83
E-Mail: info@jg-hannover.de
www.jg-hannover.de



Paritätischer Wohlfahrtsverband Nds. e. V.

Gandhisträße 5 A · 30559 Hannover
Tel.: 05 11 / 52 48 6 -0 · Fax: 05 11 / 52 48 6 -333
E-Mail: landesverband@paritaetischer.de
www.paritaetischer.de

LAG·FW



Freie Wohlfahrtspflege in Niedersachsen

LAG-Geschäftsstelle

Gruppenstraße 4 · 30159 Hannover
Tel.: 05 11 / 85 20 99 · Fax: 05 11 / 2 83 47 74
E-Mail: info@lag-fw-nds.de
www.lag-fw-nds.de

Stelle für Soziale Innovation

Imke Schmieta · Sarah Kuhlmann
Gruppenstraße 4 · 30159 Hannover
Tel.: 05 11 / 8 56 24 75 -0
E-Mail: schmieta@lag-fw-nds.de
E-Mail: kuhlmann@lag-fw-nds.de
stelle-fuer-soziale-innovation.de



Niedersächsische Landesstelle
für Suchtfragen

Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen

Gruppenstraße 4 · 30159 Hannover
Tel.: 05 11 / 62 62 66 -0 · Fax: 05 11 / 62 62 66 -22
E-Mail: info@nls-online.de
www.nls-online.de



Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen

Leisewitzstraße 26 · 30175 Hannover
Tel.: 05 11 / 85 87 88 · Fax: 05 11 / 85 30 61
E-Mail: info@jugendschutz-niedersachsen.de
www.jugendschutz-niedersachsen.de



NIEDERSACHSEN

LAG A|B|T

Landesarbeitsgemeinschaft
Arbeit | Bildung | Teilhabe

Landesarbeitsgemeinschaft

Arbeit | Bildung | Teilhabe Niedersachsen

Anja Rinck
Gruppenstraße 4 · 30159 Hannover
Tel.: 05 11 / 70 81 04 64
E-Mail: a.rinck@lag-abt-niedersachsen.de
www.lag-abt-niedersachsen.de



www.lag-fw-nds.de

**Landesarbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e.V.**
Gruppenstraße 4, 30159 Hannover
Tel.: 05 11 - 85 20 99 . Fax: 05 11 - 2 83 47 74
E-Mail: info@lag-fw-nds.de